



Plenarprotokoll

132. Sitzung

Mittwoch, 16. November 2016

Vereidigung des Abgeordneten Stefan Bolln	11010	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11011
Bericht zur Geflügelpest	11011	Tobias Koch [CDU].....	11013
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4881		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11016
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	11011	Dr. Heiner Garg [FDP].....	11017
Aktuelle Stunde Ergebnis der Finanzverhandlungen zwischen Land und Kommunen	11011	Torge Schmidt [PIRATEN].....	11020
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		Lars Harms [SSW].....	11022
		Klaus Schlie [CDU].....	11024
		Torsten Albig [SPD].....	11025
		Aktuelle Stunde Zustimmung des Innenministers Studt zu Plänen der SPD-Innen- ministerkonferenz unter anderem zur Ausweitung von Überwa- chungsmaßnahmen	11026
		Antrag der Fraktion der PIRATEN	

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11026	Beschluss: Überweisung des Gesetz-	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	11027	entwurfs Drucksache 18/4809 an	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	11029	den Umwelt- und Agrarausschuss.	11061
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11032	Gemeinsame Beratung	
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	11034	a) Kulturbericht 2013 bis 2016	11061
Lars Harms [SSW].....	11036	Antrag der Fraktionen von SPD,	
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	11037	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita- Geldes	11039	Drucksache 18/4817	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/4814 (neu)		b) Bericht zum Programm „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“	11062
Daniel Günther [CDU].....	11039	Bericht der Landesregierung	
Serpil Midyatli [SPD].....	11041	Drucksache 184591	
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11041	Anke Spoorendonk, Ministerin für	
Anita Klahn [FDP].....	11043	Justiz, Kultur und Europa.....	11062
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	11044	Beate Raudies [SPD].....	11064
Flemming Meyer [SSW].....	11045	Peter Sönnichsen [CDU].....	11065
Dr. Heiner Garg [FDP].....	11046	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	11067
Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	11047	Anita Klahn [FDP].....	11069
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 18/4814 (neu) an den Sozialausschuss.....	11049	Sven Krumbek [PIRATEN].....	11071
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz des National- parks Wattenmeer vor Ölbohrun- gen	11050	Jette Waldinger-Thiering [SSW]... Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/4817 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt 2. Überweisung des Be- richts der Landesregierung Druck- sache 18/4591 an den Bildung- ausschuss zur abschließenden Be- ratung.....	11072 11073
Gesetzentwurf der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/4809		Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Hochschulmedizin	11073
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11050, 11061	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4813	
Heiner Rickers [CDU].....	11051	Kristin Alheit, Ministerin für So- ziales, Gesundheit, Wissen- schaft und Gleichstellung.....	11074
Thomas Hölck [SPD].....	11053	Volker Dornquast [CDU].....	11075
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	11055	Martin Habersaat [SPD].....	11076
Oliver Kumbartzky [FDP].....	11056	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11078
Flemming Meyer [SSW].....	11058	Christopher Vogt [FDP].....	11079
Klaus Jensen [CDU].....	11059	Uli König [PIRATEN].....	11080
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	11060	Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 11082	

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11083	Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 18/4639	
Beschluss: Überweisung des Gesetzesentwurfs Drucksache 18/4813 an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss.....	11083	Rainer Wiegard [CDU].....	11084, 11087
Beobachterstatus für das Land Schleswig-Holstein im Nordischen Rat	11083	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	11084
		Regina Poersch [SPD].....	11085
		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11088
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	11089
		Angelika Beer [PIRATEN].....	11090
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	11091
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4839		Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/4843 an den Europaausschuss und mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss	
Beschluss: Annahme des Wahlvorschlags Drucksache 18/4839 mit der Änderung, dass die Wahl der vorgeschlagenen Abgeordneten bis zum Ende der 18. Wahlperiode erfolgen soll.....	11084	2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/4844 an den Europaausschuss, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss	
Gemeinsame Beratung		3. Kenntnisnahme des Berichts Drucksache 18/4397.....	11093
a) Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zu nachhaltigem Wirtschaften	11084	Bericht zur Geflügelpest	11093
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4843		Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4881	
b) Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und Entschließung zum Arbeitsmarkt	11084	Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	11093
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4844		Sandra Redmann [SPD].....	11095
c) Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2015/2016 (Ostseebericht 2016)	11084	Heiner Rickers [CDU].....	11095
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4397		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11097
		Oliver Kumbartzky [FDP].....	11097
		Angelika Beer [PIRATEN].....	11098
		Flemming Meyer [SSW].....	11098
		Beschluss: Antrag Drucksache 18/4881 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	11099

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 47. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist Frau Abgeordnete Angelika Beer, und Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki ist beurlaubt. Frau Abgeordnete Ines Strehlau, die wir hier heute Morgen begrüßen dürfen, ist ab 16 Uhr beurlaubt. Wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen ist Herr Minister Meyer heute ganztägig beurlaubt.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Wir wünschen den Erkrankten vor allen Dingen gute Genesung. - Vielen Dank für den Hinweis. Frau Abgeordnete Waldinger-Thiering, herzlichen Dank.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Immer wieder gern!)

Frau Abgeordnete Heike Franzen ist auch als erkrankt gemeldet. Auch ihr wünschen wir natürlich gute Genesung.

(Beifall)

Der jetzt kommende Tagesordnungspunkt hat mich so fasziniert, dass ich das eben übersehen habe. Daher sage ich herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frau Abgeordnete Simone Lange hat ihr Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag niedergelegt. Als Nachfolger hat der Landeswahlleiter Herrn Stefan Bolln festgestellt. Herr Bolln hat sein Landtagsmandat am 7. November 2016 angenommen.

Herr Kollege, ich bitte Sie, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor und bitte Sie, die rechte Hand zu heben und mir nachzusprechen.

(Stefan Bolln wird nach folgender Eidesformel vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Land unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen.)

- Alles Gute für die Arbeit. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

(Präsident Klaus Schlie)

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen mit der Drucksache 18/4881 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Bericht zur Geflügelpest, vor.

Bericht zur Geflügelpest

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4881

Da ich vernommen habe, dass die Fraktionen sich verständigt haben, gehe ich davon aus, dass es dazu keine Wortmeldungen gibt. - Das ist der Fall.

Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, mir mitzuteilen, wo dieser Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung eingereicht werden soll.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 6, 11 sowie 34 bis 36 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 3, 17, 19, 25, 27, 28, 31, 33, 38, 39 sowie 41 bis 44.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 13 und 37, Kulturbericht 2013 bis 2016 und Bericht zum Programm „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“, die Tagesordnungspunkte 22, 23 und 30, Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zu nachhaltigem Wirtschaften, Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga sowie Entschließung zu Arbeitsmarkt- und Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2015/2016 (Ostseebericht 2016), sowie die Punkte 18 und 29, Kein Ausreisezentrum in Schleswig-Holstein und Integrationsgesetz des Bundes umsetzen: „3-plus-2-Regelung“ für Ausbildungsverhältnisse muss auch in der Praxis angewandt werden.

Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor. Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Anträge vor. Ich schlage vor, dass beide Gegenstände mit jeweils

45 Minuten Beratungszeit aufgerufen werden. Begonnen werden wir mit dem Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, der zuerst eingereicht wurde. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren. Ich bitte bei den Redezeiten darauf zu achten, dass wir zwei Anträge zur Aktuellen Stunde haben.

Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen, da die Sitzung voraussichtlich um 13 Uhr endet. - Meine Damen und Herren, ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Delegation des Landeskommandos der Bundeswehr, Hamburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte dies gern zum Anlass nehmen, unserem Herrn Landtagsdirektor, Herrn Professor Dr. Schliesky, zu seinem heutigen runden Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des ganzen Hauses auszusprechen. - Alles Gute für die Zukunft!

(Beifall)

Ich habe das Datum nicht verraten, aber das Jahr 1966 war durchaus ein gutes Jahr.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Ergebnis der Finanzverhandlungen zwischen Land und Kommunen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen Städte und Gemeinden so stark machen, dass sie ihre Aufgaben gut erfüllen können. Nur gemeinsam, Land und Kommunen Hand in Hand, können wir die Herausforderungen bewältigen. Ich darf feststellen, dass die Kommunen von dem Politikwechsel seit dem Jahr 2012 vielfältig profitiert haben.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren gesteigert. Während Schwarz-Gelb von den Kommunen verklagt wurde, haben wir uns mit den Kommunen verständigt. Wir haben die Schulsozialarbeit deutlich verstärkt. Wir haben kontinuierlich Mittel für Wohnungsbauförderungsprogramme zur Kofinanzierung der Bundesprogramme vorgesehen. Wir haben das verfassungsrechtlich bedenkliche Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte aufgehoben und durch eines ersetzt, das den Kommunen wirklich hilft und ihnen Spielräume gibt. Wir haben uns darange-macht, den kommunalen Finanzausgleich zu reformieren, wir haben ihn sozialer und gerechter gemacht; und wir haben 12,8 Millionen € mehr im kommunalen Finanzausgleich. Wir haben mehr Mittel gestellt für Krankenhäuser, soziale Einrichtungen, öffentlichen Personennahverkehr und Breitbandversorgung zur Verfügung. All dieses ist seit 2012 bereits geschehen, und das ist gut für die Kommunen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden ja bei der Beantwortung der Großen Anfrage zur Situation der Kommunen im Frühjahr noch Gelegenheit haben, das zu vertiefen.

Heute wollen wir über das reden, was Herr Ministerpräsident Albig und seiner Landesregierung im Kontext mit den Verhandlungen mit den Kommunen gelungen ist, nämlich ein 100-Millionen-€-Paket zu schnüren, das noch einmal deutlich macht, wie gut das Land an der Seite seiner Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land steht.

((Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Paket ist enthalten, dass wir die Mittel für die Versorgung und Integration von Flüchtlingen, für Infrastruktur und für Schulbegleitung verbessern. Alleine, was die **Integration von Flüchtlingen** angeht, werden wir in den Jahren 2017 und 2018 45 Millionen € mehr haben. Das ist eine großartige Nachricht für all diejenigen, die diese Arbeit in den Kommunen zu leisten haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das tun wir, indem wir den Integrationsfestbetrag und die Aufnahmepauschale neu regeln und einen Festbetrag von 17 Millionen € festlegen und indem

wir den Personenkreis ausweiten, was wiederum eine gute Nachricht für die Flüchtlinge und Familien ist, indem nämlich die Kinder von Personen mit Aufenthaltsgestaltung, die internationalen Schutz genießen, jetzt einbezogen werden können. Die Angehörigen der Kernfamilien der Asylberechtigten, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bekommen am Ende das, was wir mit der Integrationspauschale machen wollen. Ihnen wird bei der Integration geholfen. Das ist gut für die Menschen in diesem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir helfen den Kommunen auch mit den Vorhaltekosten, die sie für Unterkünfte hatten, mit einem Restrukturierungsprogramm, das wir in Kürze auf den Weg bringen werden. Auch das ist wichtig und war etwas, was die Kommunen angesprochen haben. Die Kommunen wollten es; wir haben es geregelt.

Wir unterstützen die Städte und Gemeinden bei der Prozessentwicklung. Die haben ja sehr vieles zu regeln, wenn Flüchtlinge kommen. Auch da helfen wir ihnen und optimieren die Prozesse, indem wir ihnen 200.000 € zusätzlich für solche Beratungsleistungen geben.

Wir haben die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge auf den Weg gebracht, die Sie ja immer kritisiert haben. Auch das ist etwas, was am Ende für die Kommunen weniger Aufwand macht, was direkter und auch besser ist und sogar Geld spart. Nicht alle haben es kritisiert, Herr Kollege Garg. Aber ich habe sehr wohl Kritik aus der Opposition gehört.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich weiß, Sie sind der stärkere Teil der Opposition, Herr Kollege, aber trotzdem darf ich doch feststellen, dass andere Teile das kritisiert haben.

(Heiterkeit)

Ich wollte eine Gelegenheit haben, bei der der Kollege klatschen kann.

(Heiterkeit)

Wir haben uns beim Thema **Konnexität** - ich erinnere daran: Wir haben es in die Landesverfassung gebracht - mit den Kommunen verständigt und haben über verschiedenste Themen Einvernehmen erzielt, vom Klimaschutzbericht über das Prostitutionsgesetz, Kommunalwahlrecht, minderheitenpolitische Berichtspflicht, Landesnaturschutzgesetz und vieles andere mehr. Dafür geben wir 1 Million €

(Dr. Ralf Stegner)

zusätzlich an die Kommunen, weil Konnexität wichtig ist, wenn die Kommunen Aufgaben bekommen, die sie extra bezahlen müssen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns entschieden, dass wir beim Thema **Chemikaliengesetz** - das ist eine schwierige Materie - sagen, das macht das Land künftig selbst. Wir stellen dafür fast 20 Stellen zur Verfügung und kümmern uns darum, dass diese wichtige Arbeit durch das zuständige Landesamt, durch die Landesverwaltung, übernommen wird. Das entspricht immerhin auch 1,3 Millionen €.

Wir haben einen weiteren Bereich geregelt, der vielen Eltern Sorge gemacht hat, nämlich die **Schulbegleitung** im Grundschulbereich. Da hatten wir insofern eine sehr schwierige Lage, dass durch den bekannten Streit mit Kreisen Eltern in die Bredouille gebracht worden sind. Auch das haben wir in Ordnung gebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist eine gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eltern zu unterstützen, damit sie nicht ernsthaft klagen müssen oder warten müssen, bis die Überweisung geregelt wird. Die Menschen sind nicht an den Zuständigkeiten interessiert, sondern sie sind daran interessiert, dass die Zustände besser werden. Und das haben wir in diesem Punkt geschafft.

Wir haben das Infrastrukturprogramm der Bundesregierung für 34 Millionen €, das an die Kommunen geht, nochmals um jeweils 5 Millionen € in den Jahren 2017 bis 2022 und um 3 Millionen € danach aufgestockt. Damit kann man eben auch das regeln, was zum Beispiel im Kontext mit den Krankenhäusern geregelt werden muss. Das ist eine gute Sache; denn wir haben viele Krankenhäuser im Land, in die investiert werden muss, damit die Situation dort besser für die Menschen wird.

Wir haben über dieses 100-Millionen-€-Paket hinaus bei der **Kita-Finanzierung** dafür gesorgt, dass der Dreiklang von Hilfen bei der Qualität, Hilfen für die Kommunen und Entlastung für die Familien nochmal um 15 Millionen € verbessert worden ist. Das ist doch geradezu großartig für die Kita-Versorgung in diesem Land!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn man all das hört, meine Damen und Herren - und ich musste es ja schnell machen, weil die Zeit

gar nicht reicht, die man haben müsste, um das alles darzulegen -, dann bleiben noch zwei Dinge übrig:

Erstens. Ich möchte Ministerpräsident Albig und der Landesregierung dafür danken, dass sie die Verhandlungen in dieser Weise geführt haben, und für das Ergebnis, das dabei herausgekommen ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zweitens. Ich möchte feststellen: Diese Küstenkoalition tut den Menschen in diesem Land, tut den Kommunen gut. Manche klagen und meckern. Wir kriegen die Sachen geregelt; wir tun das, wir machen das, und das ist gut so, und so wird es bleiben. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und Frau Finanzministerin, man könnte geneigt sein, der Landesregierung zu diesem Verhandlungserfolg zu gratulieren,

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

aber nur dann - zu früh geklatscht -, wenn man diesen knallharten Verhandlungsdeal gutheißt; denn diese Regierung hat den Kommunen das absolute Minimum dessen zugestanden, was erforderlich ist,

(Zurufe SPD: Oh!)

und nicht einen einzigen Euro mehr. Das mag zwar gut sein für den Landeshaushalt, Frau Finanzministerin. Für das ganze Land aber - und das ist eben mehr als nur der Landeshaushalt; das sind auch die Gemeinden, Städte und Kreise vor Ort - ist diese Lösung wenig hilfreich.

Stichwort **Integrationskosten**: 68 Millionen € bekommt das Land im kommenden Jahr zusätzlich vom Bund für die Integration von Flüchtlingen. Wie viel leiten Sie davon an die Kommunen weiter, also dorthin, wo ein Großteil dieser Integrationsleistungen erbracht wird? Die Hälfte? Ist das alles? Nein, das ist gerade mal ein Viertel; Sie leiten nämlich nur 17 Millionen € von diesen 68 Millionen Bundesmitteln weiter.

(Tobias Koch)

(Zuruf SPD: Nein! - Martin Habersaat [SPD]: Lesen Sie doch einmal nach!)

Und wie ist es mit den Integrationskosten für den Familiennachzug? Dafür müssen die Kommunen ganz allein aufkommen. Denn nichts anderes bedeutet es doch, wenn Sie den Personenkreis auf die Familienangehörigen ausweiten, gleichzeitig aber die Integrationspauschale mehr als halbieren, nämlich von 2.000 € auf jetzt 750 € im Jahre 2018. Wenn dann auch noch die Kommunen zusätzlich auf 8 Millionen € verzichten müssen, die ihnen nach der Vereinbarung von 2015 eigentlich zustehen, dann bedeutet das doch im Ergebnis, dass das Land überhaupt keine finanzielle Verantwortung für den Familiennachzug übernimmt.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Unruhe SPD)

Wenn es gestattet ist, würde ich jetzt gern das Präsidium leiten. Es wäre schön, wenn Sie mir zuhören würden.

Gestatten Sie, Herr Abgeordneter Koch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Tobias Koch [CDU]:

Sehr gern, Herr Präsident.

Martin Habersaat [SPD]: Herr Kollege Koch, ich wollte fragen, ob Ihnen aufgefallen ist, dass es jetzt einen Sockelbetrag von 17 Millionen € für Integrationskosten plus eine Pauschale gibt, diese Pauschale also nicht Teil des Sockelbetrages ist?

- Das ist mir aufgefallen, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich Ihnen das vorrechnen. Die 17 Millionen € sind das Viertel von den 68 Millionen €, die Sie vom Bund für die Integration der Flüchtlinge bekommen, die schon hier sind. Im nächsten Jahr kommen neue Flüchtlinge sowie Familienangehörige von Flüchtlingen, die schon hier sind. Für den neuen Personenkreis - also für die neuen Flüchtlinge plus die Familienangehörigen von Flüchtlingen - überweisen Sie zukünftig nicht mehr 2.000 € pro Kopf,

(Zuruf SPD: Weil?)

weil Sie die Familienangehörigen einbeziehen. Deswegen kürzen Sie das im Gegenzug auf 750 €. Ich kann das auch noch weiter vorrechnen, Herr Kollege. Das Land rechnet im nächsten Jahr mit 7.800 neuen Flüchtlingen. Bei der alten Integrationspauschale von 2.000 € wären das allein schon 15,6 Millionen € gewesen, die Sie hätten überweisen müssen. Jetzt sind es 20 Millionen €. Auch das bezahlen die Kommunen selber, weil sie auf die 8 Millionen verzichten müssen, auf die sie seit 2015 Anspruch hätten. Rechnen Sie es nach; glauben Sie mir.

(Beifall CDU - Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Stichwort: **Schulbegleitung**. Mit gerade einmal 1,5 Millionen € lösen Sie jetzt das Schnittstellenproblem zwischen Schulbegleitung und Schulassistenten, also ein Problem, das Sie selbst erst geschaffen haben, indem Sie diese Parallelstrukturen eingerichtet haben. Das sind gerade einmal 100.000 € pro Kreis. Dafür kann gerade einmal eine knappe Handvoll von zusätzlichen Schulbegleitern eingestellt werden. Wenn sich das Problem aber mit dieser vergleichsweise geringen Summe lösen lässt, dann hätte die Landesregierung das Geld auch schon vor einem halben Jahr auf den Tisch legen können, nämlich zum Schuljahresbeginn. Dadurch hätten Sie vielen Eltern unnötige Verunsicherung bis hin zu vielen Klagen ersparen können.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Stichwort: **Konnexität**. Mit gerade einmal 1 Million € holen Sie jetzt das nach, was Sie bei einem halben Dutzend von Gesetzen in der Vergangenheit versäumt haben. Das macht jetzt pro Kreis auch nur 11.000 € aus. Dass Sie aber außer für den Bereich, in dem wirklich zusätzliche Personalkosten anfallen, nämlich im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten, diese Konnexität nicht anerkennen, das müssen Sie erst einmal jemandem erklären.

Stichwort: **Krankenhausfinanzierung**. Wenn der gesamte Sanierungsstau bei den Krankenhäusern über das IMPULS-Programm abgewickelt wird, dann kommen auf die Kommunen in den nächsten Jahren Belastungen durch Kofinanzierungsmittel in Höhe von 277 Millionen € zu. Das gleichen Sie dadurch aus, dass in den nächsten Jahren jeweils 5 Millionen € und ab 2023 nur noch 3 Millionen € pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Ganz abgesehen davon, dass Sie da wieder Zusagen gemacht haben, die weit über Ihre Regierungszeit hinausgehen - nur so kommen Sie auf den öffentlichkeits-

(Tobias Koch)

wirksamen Betrag von 100 Millionen €, indem Sie die nächsten 15 Jahre aufaddiert haben -, sind das in Summe gerade einmal 54 Millionen € für die Kommunen bis 2030, bei Belastungen durch Kofinanzierungsmittel in Höhe von 277 Millionen €. Damit ist das Problem maximal verschoben, aber nicht gelöst.

Dem Ganzen setzt die Krone auf, dass Sie selbst bei den Hilfen für die Kommunen, die vom Bund kommen, den Daumen draufhalten wollen. Das haben Sie schon beim kommunalen Investitionsförderungsfonds so gemacht, als Sie den Kommunen vorgeschrieben haben, dass die Bundesmittel ausschließlich für die energetische Sanierung von Schulen und Kitas genutzt werden können, und das machen Sie jetzt wieder so. Die 34 Millionen €, die ab 2018 vom Bund zusätzlich als Hilfe für die Kommunen fließen, werden in ein **Infrastrukturprogramm** überführt, heißt es in der Vereinbarung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht mal lesen können Sie!)

- Die werden in ein Infrastrukturprogramm überführt, Kollege Dr. Stegner. Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie wieder bestimmen wollen, was die Kommunen mit dem Geld des Bundes machen dürfen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die Bevormundung der Kommunen ist doch die Maxime ihrer Politik, die sie in diesem Land betreiben.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Dann, Herr Kollege Dr. Stegner, haben Sie die **Kita-Finanzierung** angesprochen. Die findet sich ja gar nicht im Kommunalpaket III, für das Sie heute hier eine Aussprache beantragt haben. Sie findet sich darin aus gutem Grund nicht; denn es ist doch logisch, dass Sie sich darauf nicht mit den Kommunen einigen konnten. Stattdessen legen Sie einen Betrag von 10 Millionen € vor, der, nachdem Sie diesen Betrag sechs Jahre lang gedeckelt haben, noch nicht einmal ansatzweise die seitdem eingetretenen Kostensteigerungen ausgleicht. Seit 2011 haben Sie den Betrag nicht erhöht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Seit wann regieren wir denn hier?)

- Herr Kollege Dr. Stegner, wir haben es 2011 erhöht; das werden Sie noch gut erinnern. Sie haben es sechs Jahre lang gedeckelt. Jetzt sind es 10 Millionen €, die noch nicht einmal die Kostensteigerungen ausgleichen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Und wie viel waren es damals?)

Kein Wunder, dass Sie sich darauf mit den Kommunen nicht verständigen konnten und deswegen diesen ganzen Bereich aus dem Kommunalpaket III ausklammern mussten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Tobias Koch [CDU]:

Auch das sehr gern; da kann ich ein bisschen Luft holen.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Kollege Koch, da Sie gesagt haben, dass Sie über Kita eigentlich nicht reden wollen, es aber jetzt dennoch tun, wollte ich Sie fragen: Was glauben Sie - glauben scheint da ja Ihr Credo zu sein -, was im nächsten Haushalt für den Ü-3-Bereich veranschlagt ist, und zwar sowohl was die Frage Qualitätsmittel als auch was den Bereich KFA angeht? Was glauben Sie, wie hoch die Summe ist?

- Frau Kollegin Erdmann, für den Betriebskostenzuschuss des Landes erhöht sich die Summe jetzt von 70 auf 80 Millionen €. Das ist das, worüber wir gerade gesprochen haben. Um diese Frage drehte es sich bei den Verhandlungen.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Dazu kommen die Mittel zur Sprachförderung et cetera. Aber es geht um den Betriebskostenzuschuss, und da sind Sie noch weit von dem angestrebten Drittel entfernt. Das erreichen Sie auch nicht, indem Sie nach sechs Jahren endlich 10 Millionen € obendrauf packen. Ich denke, die Frage ist damit beantwortet.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Koch, Frau Abgeordnete Erdmann möchte Ihnen eine zweite Frage stellen.

Tobias Koch [CDU]:

Ich glaube, die Frage ist beantwortet.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist sie nicht, sie war falsch beantwortet!)

(Tobias Koch)

Meine Damen und Herren, wenn man sich das ganze Kommunalpaket III anschaut, dann kann man sich doch nur fragen: Weshalb haben eigentlich die kommunalen Vertreter dieser Vereinbarung am Ende zugestimmt? Das will ich Ihnen am Ende auch noch verraten. Das hat nämlich nur einen Grund: Die Kommunalvertreter wissen, dass sie von dieser rot-grün-blauen Landesregierung, von Ministerpräsident Albig nichts, aber auch gar nichts zu erwarten haben. Allein deswegen sind sie mit dem wenigen zufrieden, was Sie ihnen zugestanden haben.

(Widerspruch SPD)

Nur so ist diese Erklärung zu verstehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU - Sandra Redmann [SPD]: Ich hoffe, Sie helfen Ihren Kindern nie bei den Mathehausaufgaben! - Heiterkeit und Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Eka von Kalben.

(Das Rednerpult lässt sich nicht in der Höhe verstellen)

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! - Ah, jetzt geht es doch. Ich rede gern mit Ihnen auf Augenhöhe, Herr Koch, aber das Pult war mir dann doch ein bisschen zu hoch.

Lieber Herr Koch, ich bin nach Ihrer Rede eigentlich ein bisschen fassungslos. Ich muss mich erst einmal sammeln ob der Mythen, die Sie hier wieder einmal, genervt von unseren Erfolgen, vorgetragen haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Stegner hat sehr ausführlich deutlich gemacht, was wir nicht nur mit diesem Kommunalpaket III, wofür ich der Regierung herzlich danke, sondern während der ganzen Legislaturperiode für die Kommunen getan haben. Ja, mehr geht immer. Das ist ja auch das typische Ding: Wenn wir etwas auf den Weg bringen, was jahrelang nicht gemacht wurde - seien es irgendwelche Sanierungsprogramme, sei es, dass wir die Schulen gestärkt haben, sei es, dass wir die Kitas gestärkt haben -, kommt dann immer: Aber eigentlich geht ja noch mehr ... Eigentlich könnten Sie ja noch ein bisschen mehr drauflegen. -

Das Interessante daran ist, dass diese konservative Partei da drüben früher immer die Position vertreten hat: Wir müssen mehr konsolidieren. Wir müssen uns um den Haushalt kümmern. Die da drüben, das sind diejenigen, die das Geld hinausfeuern und sich nicht um den Haushalt kümmern.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt auch immer noch!)

- Vielen Dank auch dafür noch einmal. Das kann man ja gar nicht oft genug betonen. - Meine Damen und Herren, wir werden einen Haushalt vorlegen, der das erste Mal seit ich weiß nicht, wie viel hundert Jahren, seit Aufzeichnung der Haushalte, ausgeglichen ist. Herzlichen Dank dafür.

(Unruhe CDU und FDP)

- Sie wissen wahrscheinlich, wann es war. Wir können dieses Rätsel gern lösen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Lieber Herr Vogt, ich spreche von der Haushaltsaufstellung. Herzlichen Dank für den Hinweis, dass Frau Heinold auch schon vorher eine schwarze Null produziert hat. Das möchte ich auch gern noch einmal erwähnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Wir werden sehen, was hinten herauskommt. - Aber es ist eine große Herausforderung, ihn schon ausgeglichen vorzustellen. Das ist letztlich - jetzt versuche ich, wieder versöhnlich zu sein - für uns alle ein großer Gewinn.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Mythos Nummer 1: Mehr geht immer! - Natürlich haben wir **hohe Steuereinnahmen**. Man kann sagen, dass man für alles Mögliche noch mehr Geld ausgeben kann. Man kann aber nicht sagen: Wir wollen mehr Personal bei der Polizei und an den Schulen, wir wollen die Infrastruktur ganz anders aufstellen. - Das ist der Vorwurf, den die FDP gern bringt. Sie sagt: Die für die Sanierung der Krankenhausesfinanzierung vorgesehenen Mittel seien viel zu gering, und außerdem müssten wir das allein, also ohne die Kommunen, machen.

Natürlich: Mehr geht immer. Aber ich finde, da kann man ein bisschen den Neid derjenigen heraus hören, die es nicht gemacht haben, während wir es machen. Das finde ich gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Vorwurf Nummer 2: Zu spät! Das hätte alles schon viel eher passieren können. Man hätte sich viel eher mit den Kommunen einigen können. - Solche **Verhandlungen mit den Kommunen** sind langwierig und manchmal auch schwierig, wenn man alle in allen Kreisen mitnehmen will, zum Beispiel auch dort, wo Begleitung schon finanziert wurde, und da, wo sie nicht finanziert wurde. Das erfordert Dialog. Das dauert. Dass Sie das nicht kennen, kann ich mir gut vorstellen. Wir wissen, dass das so ist. Denn wir haben diese mühseligen Verhandlungen mit den Kommunen geführt, und das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nächster Punkt. Ich sage nur: Des Rätsels Lösung heißt 108. 108 Millionen € gibt die Landesregierung für die **Kita-Finanzierung**. Der Betrag steigt von vorher 70 Millionen € auf jetzt 108 Millionen €. Diese Erhöhung kann sich sehen lassen. Sie umfasst nicht nur die 10 Millionen €, die wir jetzt hereingegeben haben, sondern die Mittel stammen zum Teil auch aus den Qualitätsmitteln, die wir auch für den Ü-3-Bereich zur Verfügung stellen.

Dritter Vorwurf: Wir lassen uns schließlich auch verklagen. Das kam gestern zur Sprache. - Wir liegen auch mit den Kommunen im Streit, zum Beispiel beim FAG.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit Ihrem Offenen Kanal!)

- Es tut mir leid, dass ich leider nicht nach Ihnen reden kann, lieber Herr Garg. Deswegen nehme ich diesen Vorwurf schon vorweg.

(Heiterkeit Dr. Heiner Garg [FDP])

Dieser Vorwurf trägt auch nicht. Denn wir haben beim FAG ausführlich - das haben das Innenministerium und wir alle - mit den Kommunen verhandelt. Dass es natürlich bei einer Neustrukturierung der Finanzen, bei der die einen mehr und die anderen weniger mehr bekommen - sie alle haben mehr wegen der anderen Steuereinnahmen -,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja fast wie ein neuer Haushalt!)

Unzufriedene gibt, die sagen, wir lassen das verfassungsrechtlich überprüfen, ist etwas völlig anderes, als wenn Kommunen kollektiv sagen: „Wir möchten gern Unterstützung bei den Kitas“, und die Landesregierung sagt: „Dann verklagt uns doch“. - Das ist ein völlig anderer Sachverhalt.

Deswegen trägt, Herr Garg, Ihr Argument, das Sie vielleicht gleich vortragen werden, nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich bin wirklich froh, dass wir den Kommunen gerade mit Blick auf die **Integration** - das ist mein Fachthema - mit dem Sockelbetrag Stabilität gegeben haben. Ich bin sehr froh, dass wir den Familiennachzug einbezogen haben. Das ist eine wichtige und sehr berechtigte Forderung der Kommunen gewesen.

Wir geben im nächsten Haushalt insgesamt 190 Millionen € für Flüchtlinge an die Kommunen. Deshalb sind wir mit vielen Dingen, lieber Herr Koch, schon längst in Vorleistung getreten. Wir haben den Kommunen geholfen, bevor der Bund überhaupt das Wort „Kommune“ aufschreiben konnte. Deshalb ist diese Rechnerei mit 68 Millionen € und dieser blöde Vorwurf, wir würden irgendwie Geld vom Bund einsacken, uns silberne Löffel kaufen und die Kommunen im Regen stehen lassen, nicht richtig.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Meine Damen und Herren, die Küstenkoalition verhandelt mit den Kommunen auf Augenhöhe und kommt zu guten Ergebnissen. Das ist nicht nur für uns und die Kommunen gut, sondern das ist vor allem für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein gut. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

(Zuruf SPD: Er lächelt schon so süffisant! - Zuruf SPD: Das ist freundlich, nicht süffisant!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich unglaublich, dass Sie sich so freuen.

(Heiterkeit)

Meine Begeisterung über die Begeisterung der Roten und der Grünen über schwarze Nullen kennt gar keine Grenzen. Ich wusste gar nicht, dass Sie davon so begeistert sind.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das war schon immer so!)

(Dr. Heiner Garg)

Am schönsten fand ich den Zwischenruf von Dr. Ralf Stegner, der gefragt hat: Seit wann regieren wir eigentlich? - Ich weiß nicht, ob Sie meine Antwort gehört haben: Sie regieren mit einer Unterbrechung von zwei Jahren und neun Monaten seit 1988. Das ist fast die gesamte Lebenszeit des Kollegen Christopher Vogt.

(Heiterkeit - Wortmeldungen Sven Krumbek [PIRATEN] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich wäre zutiefst beleidigt, wenn an dieser Stelle keine gekommen wäre. - Aber selbstverständlich!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Garg, Sie haben den Zwischenruf richtig gehört. Er bezog sich auf den Vorwurf des Kollegen Koch, wie lange wir schon deckeln. Ich übernehme für vieles Verantwortung, aber nicht noch für schwarz-gelbe Regierungszeiten. Der Unterschied, lieber Herr Kollege Garg, ist ganz einfach: Wir machen schwarze Nullen mit rot-grün-blauer und nicht mit schwarz-gelber Politik.

- Herr Kollege Stegner, erstens darf ich Sie daran erinnern, dass es die schwarz-gelbe Landesregierung war, die nach langer Zeit zum ersten Mal die Betriebskostenzuschüsse für die Kindergärten wieder von 60 auf 70 Millionen € erhöht hat.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Insofern trifft Ihr Vorwurf an dieser Stelle nicht.

Aber ganz im Ernst: Ich habe mich bei dem einen oder anderen Redebeitrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, gefragt, ob die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wirklich interessiert, was hier zum Besten gegeben wird und wie was zustande gekommen ist. Ich glaube, dass die Menschen in diesem Land tatsächlich interessiert, ob die Versorgung mit Kinderbetreuung, mit Gesundheitsleistungen und ob die Versorgung der zu uns Geflüchteten vor Ort funktioniert.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube, dass für die Menschen sekundär ist, wer das mit welchen Finanzmitteln wie bezahlt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich auch als Oppositionsabgeordneter sagen: Was Sie, Herr Ministerpräsident, da ausgehandelt haben, ist zwar aus meiner Sicht nicht das Schlaraffenland, das der Kollege Stegner hier an die Wand gemalt hat,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Aber nah dran!)

aber es ist weitgehend ein fairer Kompromiss.

Ich möchte an dieser Stelle nur einige Punkte herausgreifen, bei denen aus meiner Sicht in der Tat Nachbesserungsbedarf besteht. Das sind zum einen die **Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**. Wenn Sie in die kommunalen Haushalte hineinschauen, sehen Sie, dass trotz drastisch sinkender Flüchtlingszahlen die Entlastung vor allem beim Land bleibt. Sie sehen auch, dass der Betrag, den die Haushalte der Kommunen und Kreise zu leisten haben, weitgehend unverändert bleibt. Das liegt schlicht und einfach daran, dass die 90/10-Regelung bei vielen, nämlich bei den Geduldeten und bei den Ausreisepflichtigen, nicht greift. Da bleibt es bei der 70/30-Regelung, was in der Tat bei der Aufstellung der Kreishaushalte dazu führt, dass die Kreise kaum veränderte Sockelbeträge haben. Insofern werden Sie verstehen, dass sich der diesbezügliche Jubel bei den Kreisen in Grenzen hält.

Zweitens. Liebe Frau Kollegin von Kalben, jetzt plaudere ich auch aus der Runde, in der wir uns gestern auseinandergesetzt haben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Kosten für die **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** stellen eine unglaubliche finanzielle Belastung für die Kommunen dar. Sie haben gestern freundlicherweise darauf hingewiesen, dass über die Nachschiebeliste über 90 Millionen € mehr dafür zur Verfügung gestellt werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja, ja!)

Sie haben gestern von 90 Millionen € mehr gesprochen. Ich gehe davon aus, dass diese 90 Millionen € eins zu eins an die Kommunen gehen und von diesen für das Auffangen der Kosten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingesetzt werden. Ansonsten hätten wir bei der nächsten Debatte hierzu ein Problem, denn dann hätten Sie mich auf eine falsche Fährte gesetzt, liebe Kollegin von Kalben, wovon ich jetzt erst einmal nicht ausgehe.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Midyatli?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, selbstverständlich.

(Abgeordnete Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] begibt sich zum Saalmikrofon - Christopher Vogt [FDP]: Die stehen jetzt schon Schlange!)

Serpil Midyatli [SPD]: Ich habe eine Frage beziehungsweise eine Bemerkung zu Ihren Äußerungen vorhin. Ihnen ist schon klar, dass die 70/30-Regelung eine freiwillige Leistung des Landes darstellt? Normalerweise müssen die Kommunen 100 % übernehmen. Bei der Einigung im Rahmen des letzten Flüchtlingspakts hat man sich auf die 90/10-Regelung geeinigt. Der Ministerpräsident hatte 100 % angeboten, die Kommunen haben das abgelehnt und gesagt: Wir wollen gern die 10 % bei uns behalten. 90 % darf das Land übernehmen. Auch bei der 70/30-Regelung hat man sich mit den Kommunen darauf geeinigt. Das gehört der Fairness halber dazu. Denn für diesen Haushalt hatten wir fast 680 Millionen € Landesmittel bereitgestellt. Davon sind knapp 500 Millionen € abgeflossen. Das zu berücksichtigen, gehört zu der gesamten Geschichte dazu.

Man kann zwar alles den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern erzählen, aber man kann nicht sagen, dass dieses Land zu wenig im Rahmen der Flüchtlingshilfe getan habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Frau Kollegin Midyatli, wenn Sie stehen bleiben, dann kann ich Ihnen - a) antworten, und - b) wird es mir nicht auf die Redezeit angerechnet.

Ich meine, ich habe sehr deutlich gemacht, wo aus meiner Sicht Nachsteuerungsbedarf besteht. Ich habe nie verneint, dass es eine freiwillige Leistung des Landes gewesen ist.

Obwohl ich finde, dass Herr Stegner für die regierungstragenden Fraktionen die Landesregierung heute Morgen schon genügend gelobt hat, will ich auch für die FDP-Fraktion eindeutig feststellen, dass das, was seit mehr als 12 Monaten in diesem Land zur Bewältigung der Folgen der Flüchtlings-

krise passiert - selbstverständlich mit Unterstützung der Landesregierung, aber auch mit Unterstützung durch unzählige ehrenamtlich tätige Frauen und Männer -, wirklich vorbildlich ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Dafür gab es keine Blaupause. Dass aber nach mehr als zwölf Monaten an der einen oder anderen Stelle Kritik angebracht ist, werden auch die Angehörigen der regierungstragenden Fraktionen mit Sicherheit verstehen. Man muss Kritik ertragen können, damit man noch besser werden kann.

(Serpil Midyatli [SPD]: Solche Kritik nehmen wir gern an!)

Ich will nunmehr - -

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, jetzt möchte Ihnen Frau Abgeordnete von Kalben eine Frage stellen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja, natürlich.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Garg, da Sie sich so freuen, wenn durch meine Frage die Redezeit verlängert wird, will ich gern zu dieser Verlängerung beitragen. - Ich möchte noch einmal auf die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eingehen. Tatsächlich habe ich gestern - wie Sie - die Nachschiebeliste zugeleitet bekommen und darin eine hohe Summe für **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** gefunden. Ich will nicht die Vermutung im Raum stehen lassen, dass es genau 90 Millionen € sind und dass die Mittel eins zu eins an die Kommunen fließen. Es kann auch eine Gesamtsumme sein, die sowohl das Land als auch die Kommunen für diesen Bereich ausgeben. Es ist aber mehr - das ist der Punkt, Herr Dr. Garg - als das, was in der Nachschiebeliste zusätzlich vereinbart wurde. Es gibt eine Summe, und wir können uns in der Haushaltsberatung gern darüber streiten. Ich wollte nur nicht den Eindruck erwecken, dass ich Ihnen falsche Äußerungen unterstellen wolle. Wenn dem doch so wäre, dann würde ich mich dafür entschuldigen.

- Frau von Kalben, dann war das eine charmante Schlitzohrigkeit, mit der Sie Ihre Aussage von gestern revidiert haben. Ich halte fest, dass die Kos-

(Dr. Heiner Garg)

ten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eine unglaubliche finanzielle Belastung sind. Wir kommen aber um diese Kosten nicht herum, wenn wir diesen jungen Menschen das, was notwendig ist, angedeihen lassen wollen. Vor diesem Hintergrund werden wir in den Haushaltsberatungen sehr genau darauf achten, wie sich der Gesamtbetrag von 90 Millionen €, von dem gestern die Rede war, zusammensetzt und wo die Mittel am Ende landen. Ich stelle nur fest: Bei einer Summe pro unbegleiteten minderjährigen Flüchtling zwischen 26.000 und 30.000 € bleibt natürlich eine ganze Menge bei den Kommunen hängen. - Können wir uns darauf verständigen?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf können wir uns verständigen!)

Präsident Klaus Schlie:

Es gibt aber nicht die Möglichkeit, jetzt einen Dialog zu führen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident, dann will ich meinen Debattenbeitrag fortsetzen mit dem Hinweis auf zwei Punkte, mit denen ich ganz und gar nicht einverstanden bin. Insofern teile ich auch die Bewertung durch die Regierungsfractionen überhaupt nicht.

Der erste Punkt betrifft die **elektronische Gesundheitskarte**, die ich als Instrument immer unterstützt habe. Was aber ist passiert? Zwischen dem Land und den gesetzlichen Krankenkassen ist ein Vertrag zulasten Dritter ausgehandelt worden, nämlich zulasten derjenigen, die bezahlen müssen; das sind die Kommunen. Die Verwaltungskostenpauschale für die elektronische Gesundheitskarte soll 8 % betragen. Das ist völlig unüblich! 5 % sind üblich. 8 % haben Sie, die Landesregierung, ausgehandelt. Das müssen die Kommunen bezahlen. Es reicht nicht aus, in eine Vereinbarung zu schreiben, im Rahmen von Anschlussverhandlungen mit den gesetzlichen Krankenkassen werde sich das Land bemühen, eine Senkung von 8 % auf 5 % zu erreichen. Die Vereinbarung ist schlecht gewesen, sie ist falsch gewesen. Es bedarf einer unmittelbaren Nachsteuerung.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Der letzte Punkt betrifft - wie könnte es anders sein; das wird Sie nicht verwundern, liebe Kolleginnen und Kollegen - die **Krankenhausinvestitionen**. Hier helfen keine dreifachen Axel und keine doppelten Rittberger, um etwas schönzureden, Frau

von Kalben. Was die Krankenhausinvestitionen angeht, so haben Sie etwas fertiggebracht, wozu ich sagen muss, dass noch nicht einmal ich die Phantasie hatte, dass so etwas möglich sein würde. Um es einfach darzustellen: Sie erzwingen die Kofinanzierung - die die Kommunen, die Kreise und die kreisfreien Städte immer abgelehnt haben! - für Krankenhausinvestitionen nach dem IMPULS-Programm. Wir reden hier nie über Krankenhausinvestitionen nach dem KHG. Wir reden über den Abbau des Sanierungsstaus an den Krankenhäusern durch IMPULS. Dafür erzwingen Sie die Kofinanzierung.

Wie geht es jetzt weiter? Sie machen etwas ganz „Großartiges“, indem Sie ein „Infrastrukturpaket“ schnüren - so nennen Sie es -, in das Landesmittel und Bundesmittel einfließen. Erstens entscheiden Sie dann, was die Kommunen machen dürfen, und zweitens erlauben Sie den Kommunen freundlicher Weise, dass die erzwungene Kofinanzierung aus diesem Paket erfolgen darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, das ist wirklich albern.

Ich bleibe dabei: Die Kofinanzierungspflicht bei IMPULS gehört gestrichen. Das ist ein Sonderprogramm des Landes zum Abbau des Investitionsstaus. Es muss auch für Krankenhäuser gelten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist heute wieder ein richtig schönes Wohlfühl- und Kuschelthema für Herrn Dr. Stegner.

(Martin Habersaat [SPD]: Es ist bald Weihnachten!)

- Es ist bald wieder Weihnachten; da hat Herr Kollege Habersaat recht.

(Beifall PIRATEN)

Herr Dr. Stegner konnte wieder ganz breit ausführen, was die Koalition alles an Gutem tue und dass bei den Kommunen das Schlaraffenland ausgebrochen sei. Fakt ist - die „KN“ haben es in der vergangenen Woche geschrieben -, dass es sich um eine Koalition der Schulterklopper handelt. Das haben deren Redner heute wieder sehr gut gezeigt.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]:
Dazu muss man Anlass haben!)

- Den Anlass haben Sie sich mit der Aktuellen Stunde geschaffen. Sie haben nur über sich selbst geredet.

Fakt ist - das hat die CDU schon deutlich gemacht -: Den Kompromiss, den Sie geschlossen haben, hätten Sie wahrscheinlich mit der CDU als „Fundamentalopposition“, wie sie hier bezeichnet wurde, nicht schließen können. Ich möchte auf einige Punkte des Kompromisses eingehen.

Ich beginne mit dem Punkt „**Integration**“. Die Frage ist tatsächlich, ob die Mittel, die Sie eingestellt haben, reichen werden. Ich habe daran durchaus Zweifel. Wir alle wissen, dass die Integration vor Ort, in den Kommunen, stattfindet. Daher müssen sie dazu in die Lage versetzt werden.

Ich beginne mit dem Guten. Dass der Personenkreis, für den die Integrationspauschale gilt, ausgeweitet wird, begrüße ich ausdrücklich. Es ist auch gut, dass diejenigen, die über den Familiennachzug nach Schleswig-Holstein kommen, einbezogen werden; auch diese Menschen müssen integriert werden. Es ist richtig, dass die Kommunen für diese Aufgabe finanzielle Mittel bekommen.

Die Frage ist jedoch, ob das, was beschlossen worden ist, ausreicht. Das können wahrscheinlich die Kommunen besser beurteilen als ich. Ich habe jedenfalls Zweifel. Herr Kollege Dr. Heiner Garg hat es schon angesprochen: Die **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** liegen den Kommunalhaushalten ziemlich schwer auf der Tasche. Bei ungefähr 30.000 € Integrationskosten pro unbegleitetem minderjährigen Flüchtling kommt man, wenn man es hochrechnet, auf über 116 Millionen € Kosten, die über die Zeit hinweg entstehen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Ja.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Schmidt, wissen sie, wer der Kostenträger für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist, die innerhalb der ersten vier Wochen registriert werden? Wissen Sie, wie viel Prozent der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dies betrifft?

- Das Land. Den Prozentsatz kann ich Ihnen aber jetzt nicht nennen.

- Das Land, genau, also nicht die Kommunen.

Präsident Klaus Schlie:

Ich würde darum bitten, eine weitere Zwischenfrage zu stellen, wenn Sie dies wollen und der Abgeordnete dies gestattet.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Er kann gern sein Statement noch abgeben.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das Land trägt den Löwenanteil, 90 %, mitnichten die Kommunen. Für Ihren Heimatkreis kann ich Ihnen nachher gern die detaillierten Zahlen zur Verfügung stellen. Dann werden Sie feststellen, dass auch Sie Ihren zukünftigen Kindern vielleicht nicht Matheunterricht geben sollten. Aber - iudex non calculat - Sie streben ja eine andere Karriere an. Das ist auch sehr sinnvoll.

- Herr Kollege Dr. Dolgner, ich habe gesagt, dass die Kommunen das sicherlich besser beurteilen können, dass ich aber Zweifel habe. Ich habe davon gesprochen, dass die Kosten für die Integration bei ungefähr 30.000 € für jeden unbegleiteten minderjährigen Flüchtling liegen. Ich habe die Sorge, dass die für das kommende Jahr geplante Integrationspauschale von 1.250 € pro Flüchtling - im Jahr 2018 sollen es nur 750 € sein - nicht ausreichen wird. Ich lasse mich gern eines Besseren belehren, habe aber diese Sorge.

(Unruhe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, sie dürfen jetzt gern in Ihrer Rede fortfahren.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Das ist schon einmal nett.

(Zurufe)

Kommen wir zur **Krankenhausfinanzierung**. Das hat der Kollege Garg gerade angesprochen. Ich teile seine Sorgen im Großen und Ganzen. Sie haben mit IMPULS ein Sonderprogramm erschaffen, das richtig ist und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellt. Wenn man allerdings zusätzliche Mittel hat und ein Sonderprogramm durch Geld finanziert, das man

(Torge Schmidt)

mehr hat, kann man nicht automatisch davon ausgehen, dass auch die Kommunen mehr Geld haben und ihren Grundfinanzierungsanteil leisten.

Aber Sie sind ja auf die Kritik eingegangen. Vielleicht hat Herr Garg das ja gelesen. Die Kofinanzierung soll erst ab 2019 stattfinden. Auch das ist Teil Ihres Kompromisses. Sie sind explizit auf die Kritik der Opposition eingegangen, haben die Kofinanzierung bis 2019 ausgesetzt und ein Investitionsprogramm aus Bundesmitteln eingeführt, aus dem Sie die Kommunen zusätzlich ab 2019 die Kofinanzierung von IMPULS finanzieren lassen. Das als Ganzes kann ich nicht als Geschenk der Landesregierung bezeichnen; das sind Bundesmittel, die mit dem Investitionsprogramm an die Kommunen weitergegeben werden, wie es auch sein sollte.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Da Herr Kollege Stegner alles aufgeworfen hat, was Sie gemacht haben, kann ich zu anderen Punkten kommen. Den Kommunen geht es nach wie vor nicht wirklich gut. Die **Kommunen** haben nach wie vor das Problem der Altschulden. Auch das ist politisch ein dickes Brett, das Sie bohren müssen. Wir haben das Thema schon vor Monaten im Landtag behandelt und einen Altschuldentilgungsfonds gefordert.

(Beifall PIRATEN)

Der Landtag hat sich darauf verständigt, das anzugehen, nicht nur für Landesschulden, sondern auch für kommunale Schulden. Damit ist die Finanzministerin auf Bundesebene leider gescheitert. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die Kommunen nach wie vor eine Lösung für ihre Altschulden brauchen. Einige Kommunen sind vollkommen überschuldet und kommen nicht aus eigener Kraft da raus.

(Beifall PIRATEN)

Darum sollten wir uns in der Landespolitik auch damit beschäftigen, damit wir da weiterkommen. Ein Altschuldentilgungsfonds muss kommen.

Wir alle wissen, dass Montag die Gerichtsverhandlung zu unserer FAG-Klage ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Sie sind uns nach wie vor eine Ausgabenanalyse für die kommunalen Finanzen schuldig.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Die Kommunen profitieren zwar derzeit - -

(Unruhe)

- Herr Dr. Dolgner, ich habe gesagt, dass Sie nach wie vor schuldig geblieben sind, eine Aufgabenanalyse zu machen. Das war nicht Teil Ihrer FAG-Novelle. Das ist aber erster und wichtiger Bestandteil eines FAG. Das haben Sie einfach nicht gemacht.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Wir werden abwarten, wie die Verhandlung Montag ausgehen wird. Das wird spannend.

Ich lasse meine restliche Redezeit für den zweiten Teil der Aktuellen Stunde übrig und wünsche noch einen schönen Nachmittag.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man eine Generaldebatte darüber führt, wie die Kommunen im Land Schleswig-Holstein aufgestellt sind, guckt man sich schon einmal an - wenn man ein bisschen länger im Parlament ist -, wie es früher aussah und wie man die gesamte Situation der Kommunen im Gegensatz zu früheren Jahren und Jahrzehnten einzuschätzen hat. Dann stellt man fest: So „hammerhaft“ wie jetzt ist die Situation noch nie gewesen, dass es den Kommunen wirklich so gut ging. Noch nie ging es den Kommunen so gut wie unter Rot-Grün-Blau. Das macht einen schon ein bisschen froh.

(Beifall SSW und SPD)

Es fing seinerzeit mit der Rücknahme des **Eingriffs** in den **KFA** an, dass die 120 Millionen € zurückgekommen sind. Das führte dazu, dass wir erst einmal wieder Vertrauen zueinander hatten: Eine riesengroße Leistung unseres Ministerpräsidenten am Anfang der Wahlperiode. Das hat es überhaupt erst ermöglicht, dass wir überhaupt so weit kommen konnten.

Wir haben den **KFA reformiert**. Es ist in der Tat so, dass das Geld jetzt dahin fließt, wo auch die Aufgaben sind. Das berührt den einen oder anderen.

Allerdings haben wir inzwischen auch dort positive Haushalte auf kommunaler Ebene, wo es sie in der Vergangenheit nicht gab. Ich will hier einmal den Landesrechnungshof zitieren, den ich ja sehr oft zitiere. In seinem Kommunalbericht, den er uns letzte

(Lars Harms)

Woche zur Verfügung gestellt hat, schreibt er auf Seite 18 folgenden Satz:

„Die Schlüsselzuweisungen werden jetzt aufgabengerechter verteilt.“

Das geschieht dank unserer Küstenkoalition.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, die Situation der Kommunen ist in der Tat besser geworden: Im KFA sind jetzt nicht nur 1,2 Milliarden €, sondern 2017 werden es 1,7 Milliarden € sein. Das ist eine Steigerung um 42 % in sieben Jahren. Das ist gewaltig. Das ist natürlich nicht nur auf unsere Politik zurückzuführen, aber sicherlich in kleinen Teilen auch.

Viel wichtiger sind die politischen Entscheidungen, die wir getroffen haben. Wenn man sich einmal die Zuweisungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs anguckt, sieht man, dass man 2010 und in den Folgejahren rund 1,5 Milliarden € hatte. 2016 waren es schon 2,1 Milliarden €.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es gibt 600 Millionen € mehr für die Kommunen, nur weil wir regieren.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

Lars Harms [SSW]:

Für eine lobende Erwähnung immer gern, lieber Herr Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]: Lieber Kollege Harms, mit dem Lob und dem Eigenlob ist das so eine Sache. - Die Aussage, es gebe 600 Millionen € mehr, ist richtig. Die Aussage, nur weil Sie regierten, ist falsch. Nur weil die Steuereinnahmen dermaßen sprudeln, gibt es 600 Millionen € mehr. Das ist übrigens auch kein Geschenk oder Goodwill dieser Landesregierung, sondern das steht den Kommunen schlicht und ergreifend zu. Dazu muss man klar sagen: Auch die Aufgaben sind für die Kommunen anspruchsvoller geworden. Also ganz so auf dicke Hose würde ich hier jetzt nicht machen.

(Beifall FDP und CDU)

- Lieber Kollege Garg, Sie haben recht, deshalb habe ich beides genannt. Beim kommunalen Finanzausgleich greift der Automatismus, das steht den Kommunen zu, die Steigerung von 1,2 Milliarden auf 1,7 Milliarden €. Man kann auch mit krummen Summen arbeiten, dann kommt man auf 500 Millionen bis 600 Millionen €. Ich habe gesagt, dass das nicht nur etwas mit unserer Politik zu tun hat, sondern von allein geht wegen der guten wirtschaftlichen Situation.

Ich habe aber auch über Zuweisungen außerhalb des KFA gesprochen. Die werden politisch entschieden, auch aufgrund von Haushaltslagen. Wir haben politisch entschieden, den Kommunen 600 Millionen € zusätzlich zu geben.

Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen. Für die Förderung der Betriebskosten der Kitas wurden 2012 insgesamt 107,5 Millionen € zur Verfügung gestellt. Jetzt sind es knapp 200 Millionen €. Das sind gut 90 Millionen € mehr.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Solche Fragen entscheiden wir politisch. Es ist der politische Wille, mehr Geld in die Qualität reinzustecken. Das hat etwas damit zu tun, wer regiert, und wir tun das.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Harms, der Abgeordnete Dr. Stegner wünscht, jetzt eine Bemerkung zu machen.

Lars Harms [SSW]:

Da kriege ich endlich mal ein Lob, wunderbar, gern.

(Unruhe)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Harms, ich möchte anschließen an den Kollegen Dr. Garg. Können Sie sich vorstellen, wen die Opposition verantwortlich machen würde, wenn die Zuflüsse an den kommunalen Finanzausgleich sinken würden, die Konjunktur oder die Landesregierung? Haben Sie eine Vorstellung davon, wer dafür verantwortlich gemacht werden würde?

(Zurufe)

(Lars Harms)

Ist das fluchtartige Verlassen des Parlaments durch den Kollegen Koch vielleicht dem Umstand geschuldet, dass er in tiefe Depression versinken müsste, weil die Dinge so sind, wie sie sind?

(Zurufe)

- Ja, das würde die Opposition wahrscheinlich der Landesregierung anlasten und mehr Geld fordern. Dass der Kollege Koch gegangen ist, mag mit Depression zu tun haben oder möglicherweise auch damit, dass er in Sorge ist, die Wahrheit immer wieder hören zu müssen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Dann kann ich jetzt mit der Wahrheit weitermachen. - Auch bei den Flüchtlingskosten haben wir uns als Land extrem großzügig gezeigt. Die 70/30- und 90/10-Regelung ist angesprochen worden. Wir haben da bewusst sehr viel vorfinanziert. Wir haben im vorletzten und letzten Jahr ganz klar gesagt: Wir wollen unbedingt, dass Integration und Unterbringung vor Ort läuft, und gucken nicht auf den einzelnen Euro, sondern stellen den Kommunen das zur Verfügung, was sie brauchen. Auch dafür waren die Kommunen dankbar.

Da eine Aufrechnerei zu machen, dass der Bund jetzt hinterherkommt und sagt: „Nun geben wir euch auch einmal ein bisschen Geld für die Integration“, weil es dort möglicherweise zwei Jahre länger gedauert hat, bis man gemerkt hat, dass hier ein paar Menschen gekommen sind, ist nicht uns anzulasten. Wir sind in Vorleistung gegangen, was die Unterbringung angeht, was die Finanzierung der Leute angeht, was die Integrationspauschale angeht, was die Sprachförderung angeht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das haben wir alles gemacht. Ich glaube, auch der Bund ist uns inzwischen dankbar dafür, und wir sind ein bundesweites Vorbild, was das angeht.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das waren nur die Millionen und Milliarden, die wir bisher ausgegeben haben. Wir haben jetzt ein **drittes Kommunalpaket**, und auch da sind wir wieder generös, um es ganz deutlich zu sagen. In der Tat: Integrationsfestbetrag und Integrationspauschale machen 37,5 Millionen € aus. Wir werden 10 Millionen € in einen sogenannten Restrukturierungsfonds geben, damit man die Kosten aufgrund der Flüchtlingskrise von kommunaler Seite länger-

fristig angemieteter Immobilien wieder ausgleichen kann, damit selbst das die Kommunen nicht belastet. Wir machen Regelungen zur Konnexität und Chemikalienüberwachung. Wir stecken Geld in die Infrastrukturförderung, und - das finde ich ganz wichtig - für die kommunale Ebene, insbesondere auch für Kreise, die noch Krankenhäuser betreiben. Wir sagen ganz deutlich, dass wir einen geringeren Beitrag der Kommunen haben wollen, um Investitionen dort auszulösen. Angedacht waren 75 Millionen €, eine Fifty-Fifty-Finanzierung. Jetzt sagen wir: 27 Millionen € sind genug, um 150 Millionen € Investitionen in drei Jahren auszulösen. Ich glaube, auch das ist ein extremes Entgegenkommen und führt zu Investitionen auf der kommunalen Ebene, übrigens eine Ausgabe, die wir tätigen, wo wir wahrscheinlich nicht unbedingt unsere eigene Investitionsquote erhöhen, was aber trotzdem gut für das Land ist. Wir packen schon wieder etwas bei der Kita-Förderung drauf: Noch einmal 10 Millionen € für die Qualität und 5 Millionen € für die Nachmittagsbetreuung, insgesamt, wie die Kollegin von Kalben richtig sagte, ein Paket von 118 Millionen €. Auch das fällt uns nicht leicht, das muss man ganz deutlich sagen: Das fällt uns nicht leicht! Das ist viel Geld, und wir tun es trotzdem, weil wir **Krankenhäuser** fördern wollen, weil wir **Investitionen** fördern wollen, weil wir **Flüchtlingshilfe** fördern wollen und weil es richtig ist, dieses gemeinsam mit den Kommunen zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich deshalb wiederum mit einem Zitat des Landesrechnungshofes schließen. Der sagt in seinem Kommunalbericht von letzter Woche - ich zitiere -:

„Die kommunalen Einnahmen haben mittlerweile ein Rekordniveau erreicht.“

Ich füge hinzu: insbesondere dank der großzügigen Unterstützung dieser Koalition und der Landesregierung.

(Lachen CDU und FDP)

Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Schlie [CDU]:

Das Wort für die Landesregierung hat Ministerpräsident Torsten Albig.

Torsten Albig [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke für die freundliche Kommentierung dessen, was wir mit den Kommunen verhandelt haben. Wenn ich zusammenfassen und den Unterschied herausarbeiten darf zwischen dem, was Regierung vor uns getan hat, und dem, was wir tun, dann möchte ich feststellen: Wenn ich ein Dokument bekomme, auf dem alle vier Vorsitzenden der **kommunalen Landesverbände** unterschrieben haben, dann ist es ein **Vertrag**, auf den wir uns geeinigt haben. Als Sie so etwas bekommen haben, war es eine Klage vor dem Landesverfassungsgericht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das beschreibt präzise den Unterschied in der Herangehensweise, wenn wir unterschiedliche Auffassungen haben.

Ich lasse mich von allen Vieren nicht verklagen, sondern ich sitze zum dritten Mal mit ihnen zusammen - im **Kommunalkpaket III** - und bewältige die anstehenden Herausforderungen.

Sicherlich mag man sagen: Sie hätten vielleicht mehr verhandelt, wenn Sie Kommune gewesen wären. Aber Sie sind nicht Kommune. Die vier Landesverbände der Kommunen in Schleswig-Holstein haben verantwortlich unterzeichnet, dass das, was wir miteinander verhandelt haben, dem entspricht, was sie erwarten, dem entspricht, was sie für fair halten, und dem entspricht, von dem sie glauben, dass sie damit die Herausforderungen in der Zukunft im Bereich Integration, im Bereich Schulbegleitung, im Bereich Konnexität, im Bereich Infrastruktur, im Bereich Krankenhausfinanzierung abbilden können. Mehr als diese vier Unterschriften - bei allem Respekt - brauche ich nicht; denn das sind die Partner, mit denen ich das in diesem Land organisiere.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei der kommunalen Familie, die in allen drei Kommunalkpaketen gezeigt hat, dass es ihr nicht darauf ankommt, sich zu streiten, sondern zu einigen, dass sie konstruktiv ist, dass sie versucht, auch nachzuvollziehen, was die Position des Landes ist und dass wir jeweils in der Lage waren, immer wieder Lösungen zu erarbeiten. Das haben wir hier auch getan, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Alle Zahlen sind genannt worden. In der Summe bleibt bestehen, dass wir für die kommunale Fami-

lie noch einmal über 100 Millionen € bis 2030 vereinbart haben. Das war weder gönnerhaft, noch ist es irgendwie ein Geschenk des Landes, sondern wir haben vereinbart, dass das eine kluge Lösung ist - auch aus Sicht der Kommunen. Wenn der Oberbürgermeister aus Norderstedt mir sagt: „Ich weiß nicht, worüber ich mit Ihnen noch streiten soll, alle unsere Fragen sind positiv beantwortet“, dann gibt mir das einen Hinweis, dass wir gar nicht so falsch davor sind, wenn wir mit den Kommunen verhandeln.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber - Herr Garg hat darauf hingewiesen - natürlich ist ein solcher **Vertrag** nur dann sinnvoll, wenn er immer unter dem **Vorbehalt** geschlossen ist, dass wir immer wieder neu justieren, dass wir immer wieder schauen. Natürlich weiß ich, dass das, was wir im Paket II beschlossen haben - 90/10, so lange nicht anerkannt, dann 70/30, 30/70 -, für die Kommunen eine Last ist. Dass sie es aber trotzdem im Paket II mit mir vereinbart haben, zeigt, dass sie das für ein gutes Angebot gehalten haben. Aber sie wissen, dass wir immer wieder reinschauen werden, wenn wir feststellen, dass unsere Grundannahmen, dass man es tragen kann, dass man es aushalten kann, dass man damit das Leben organisieren kann, nicht stimmen, und dass wir uns dann wieder zusammensetzen werden, wenn sich die Grundzahlen verändern sollten.

Genauso aber haben wir den **Streit** beigelegt, den wir zu dem Thema **Krankenhausfinanzierung** hatten. Ich weiß, dass das ärgerlich ist, dass wir das beigelegt haben, aber wir haben ihn beigelegt.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die kommunale Familie hat ihre Position, dass sie es, wir es vorgeschlagen haben, für nicht gangbar hielt, mit der Unterschrift unter das Kommunalkpaket III beigelegt und anerkannt, dass die Finanzierung aus **IMPULS** über das Krankenhausfinanzierungsgesetz hälftig mitgetragen wird.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mag man für falsch oder für richtig halten, aber ich weise darauf hin, dass die kommunale Familie es akzeptiert. Damit gehen wir in die Zukunft.

Langer Rede kurzer Sinn: Es war ein guter Tag für die Kommunen, es war ein guter Tag für das Land, nicht weil wir beschenken, nicht weil wir Gönner

(Torsten Albig)

sind, sondern weil wir Verträge schließen, und so macht man das, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist der erste Teil der Aktuellen Stunde beendet.

Ich rufe den zweiten Teil der Aktuellen Stunde auf:

Aktuelle Stunde

Zustimmung des Innenministers Studt zu Plänen der SPD-Innenministerkonferenz unter anderem zur Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was kommt dabei heraus, wenn sich die Innenminister der SPD-geführten Länder zusammensetzen und darüber beraten, was man dagegen tun kann, dass die Bürger in unserem Land zunehmend verunsichert sind? - Dabei kommt eine **Wunschliste** für mehr **Überwachung** heraus. Da soll der besondere Datenschutz für Internetnutzer abgeschafft werden, obwohl der Norddeutsche Rundfunk gerade erst vor drei Wochen enthüllt hat, dass mit Surfprotokollen gehandelt wird, das heißt mit Daten darüber, welche Seiten wir im Internet besuchen. Dabei ist unter anderem herausgekommen, dass Polizeibeamte ermittelt haben, auf welchen Seiten gesurft wurde; dabei ist herausgekommen, dass Richter bestimmten sexuellen Vorlieben nachgehen. Solche Daten sind so sensibel, dass Menschen erpressbar wären, wenn sie anfallen und gehandelt werden. Eine solche Sammlung zuzulassen, ist das Gegenteil von Sicherheit, Herr Innenminister.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sollen zur **Überwachung** von WhatsApp- und Skype-Kommunikation **Sicherheitslücken** in unseren Smartphones, in unseren Computern ausgenutzt werden, statt sie vom Hersteller schließen zu lassen, wohl wissend, dass diese Hintertüren natürlich genauso zum Beispiel vom chinesischen Geheimdienst oder von Kriminellen genutzt werden können. Solche Sicherheitslücken auszunutzen, statt sie

schließen zu lassen, ist das Gegenteil von Sicherheit.

(Beifall PIRATEN)

Da sollen **Daten** im **Ausland** durchstöbert werden, ohne den Weg der internationalen Zusammenarbeit zu gehen, obwohl Sie dann logischerweise auch russischen oder chinesischen Geheimdiensten das Recht geben müssen, in Deutschland gespeicherte Daten zu durchsuchen, ohne mit uns zusammenzuarbeiten. Herr Innenminister, dass unsere Daten hierzulande nicht mehr vor Zugriffen ausländischer Geheimdienste sicher sein sollen, ist das Gegenteil von Sicherheit.

Da sollen **Polizeibeamte mit Bodycams** zu wandelnden Überwachungskameras degradiert werden, obwohl uns hier im Landtag bei der Anhörung Experten gesagt haben, dass die Selbstevaluierung der Polizei, die bisher vorliegt, wegen vieler Fehler gar keine abschreckende Wirkung solcher Kameras belegt. Sie müssten es besser wissen, Herr Innenminister, wenn Sie diese Anhörung verfolgt haben.

Da soll doch tatsächlich die Strafandrohung für **Widerstand gegen Polizei- und Vollstreckungsbeamte** wieder verschärft werden,

(Volker Dornquast [CDU]: Gute Idee!)

obwohl nach Ihrer eigenen Erkenntnis - so steht es in Ihrer Erklärung der Innenminister - schon die letzte Verschärfung nichts gebracht hat. Herr Innenminister, das ist so, als wenn sich ein Restaurantgast beim Koch darüber beschwert, dass seine Suppe total versalzen sei, und der Koch sagt: „Kein Problem, ich würze ihnen das nach!“

(Beifall PIRATEN)

Sicherheitsgesetze funktionieren nicht, also mehr davon! - Das ist der falsche Weg, Herr Innenminister. Diese **Überwachungsspirale**, diese Art von Sicherheitspolitik dreht sich doch seit Jahren. Die Bürger fühlen sich dadurch nicht sicherer, sondern im Gegenteil: Durch immer neue Forderungen wird den Menschen das Gefühl gegeben, dass es immer wieder **Sicherheitslücken** in unserem **Rechtsstaat** gibt, dass wir eben gerade nicht sicher leben würden. Das heißt, diese Überwachungs politik ist in Wahrheit eine Politik der Verunsicherung und des Schürens und des Ausbeutens von Ängsten. Diese Verunsicherung ist der Nährboden für die Feinde unserer Demokratie.

(Beifall PIRATEN)

Am Ende einer solchen Überwachungsspirale steht ein Land, in dem wir eine totale Beobachtung und

(Dr. Patrick Breyer)

den kompletten Verlust privater Räume haben, in dem aber Anschläge natürlich weitergehen werden, weil sie sich nicht immer verhindern lassen. **Privatsphäre** ist eben wie Sauerstoff: Erst wenn sie uns fehlt, werden wir merken, dass wir ohne private Räume nicht leben können.

Lassen Sie uns nicht glauben, dass die Bürger dumm sind. Sie wissen doch ganz genau, jeder Bürger weiß - da möchte ich ein Zitat unseres ehemaligen Bundespräsidenten abwandeln -: Auch Mord und Totschlag gehören zu Deutschland. - Das ist so, das war immer so, und es wird immer so bleiben, dass es in unserem Land auch Mord und Totschlag gibt.

Was die Bürger aber leider nicht wissen und vielleicht auch nicht wissen können, wenn sie täglich die „Bild“-Zeitung lesen oder Privatfernsehen schauen, ist, dass wir heute so sicher und so lange wie noch nie zuvor leben. Die Zahl der Sexualstraftaten geht zurück, und die Gewaltkriminalität ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Ich erinnere an die Veranstaltung mit Professor Pfeiffer hier auf Einladung des Richterbundes, in der er uns das im Einzelnen auseinandergesetzt hat. Das Einzige, was steigt, ist der Umfang der Berichterstattung über die sinkende Kriminalität.

Da hilft auch kein Überwachungskatalog, sondern da brauchen wir ein Programm zur **Stärkung des Sicherheitsbewusstseins**, um unbegründeten Ängsten mit Aufklärung zu begegnen. Das hilft gegen die Verunsicherung der Bürger und nicht, einfach immer noch weiter an der Überwachungsspirale zu drehen.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssen aus dieser Überwachungsspirale ausbrechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Enden möchte ich mit einem Zitat des IT-Sicherheitsexperten Bruce Schneier, der zu Recht sagt: Privatsphäre gegen Sicherheit einzutauschen ist dumm genug. Dabei aber nicht einmal wirkliche Sicherheit zu erhalten, das ist noch dümmer.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir folgende Bemerkung zur Geschäftslage. Es gibt eine Beschwerde der Fraktion der PIRATEN, dass der gerade neu vereidigte Abgeordnete Bolln noch nicht als Schriftführer gewählt ist. Ich empfehle den PIRATEN einen Blick in § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung.

„Im Bedarfsfall kann ... der amtierende Präsident stellvertretende ... Schriftführer aus der Mitte des Landtages ernennen.“

Herr Bolln, ich ernenne Sie hiermit zum stellvertretenden Schriftführer.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich glaube, damit haben wir das Problem auch geklärt, und wir können uns wieder den ernsthaften Dingen, nämlich der Debatte, zuwenden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Gott sei Dank sind wir wieder regierungsfähig in diesem Land! - Weitere Zurufe)

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein für die CDU-Fraktion.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde, beantragt durch die Fraktion der PIRATEN, gibt uns die Gelegenheit, das Thema innere Sicherheit und damit immer auch die Frage der **Abwägung** zwischen **Sicherheit und Freiheit** hier noch einmal zu erörtern und zum Thema zu machen. Den Gedanken, das am Beispiel der Norderstedter Erklärung, die von den Innenministern der SPD vor einigen Tagen verabschiedet worden ist, zu tun, finde ich nicht so abwegig. Die Punkte allerdings, die Sie hier vorgetragen haben, Herr Dr. Breyer, sind mit Sicherheit nicht die, die uns aus der Union besonders umtreiben.

Ich will auf einige Punkte eingehen, die nichtsdestotrotz bemerkenswert an der Norderstedter Erklärung sind. Ich beginne einmal mit der Überschrift **„Sicherheit stärken - Freiheit bewahren“**. Das ist sicherlich genau der Punkt, den Sie aus Ihrem Blickwinkel hier ansprechen wollten. Die Befürchtung, dass mit den Maßnahmen, die in dieser Erklärung genannt werden, die Freiheit in einem Maß eingeschränkt werden könnte, dass es den Bürgerinnen und Bürgern Sorgen machen müsste, entspringt einmal mehr einem Blickwinkel von Ihnen, möglicherweise von Ihrer Fraktion, der davon ausgeht, dass die Menschen in Deutschland vor den Organen unseres Staates geschützt werden müssten. - Das Gegenteil ist der Fall. Die Organe unseres Staates, ob Polizei oder Nachrichtendienste, sind dazu da, die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Deshalb müssen wir ihnen Spielregeln an die Hand geben, damit sie auf Augenhöhe diejenigen bekämpfen können, für die aus ihrer eigenen Sicht keine Spielregeln gelten.

(Dr. Axel Bernstein)

Wenn wir auf die **Erklärung**, die die **SPD-Innenminister** hier verfasst haben, schauen, gibt es durchaus einige bemerkenswerte Punkte. Im zweiten Absatz heißt es zunächst einmal, dass es wichtig sei, sowohl auf die objektive Sicherheitslage als auch auf das Sicherheitsgefühl der Menschen einzugehen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie sich Innenminister Studt hier im Landtag darüber aufgeregt hat, als die Union in ihren Anträgen darauf hingewiesen hat, dass wir auch auf das **Sicherheitsgefühl** der Bürgerinnen und Bürger achten müssten. Umso bemerkenswerter, dass das jetzt einer Erklärung voransteht, die in Norderstedt verabschiedet wurde. Ich gehe einmal davon aus, dass an deren Erstellung schleswig-holsteinische Stellen nicht ganz unbeteiligt waren.

Diese Einschätzung, dass es nicht nur um objektive Sicherheit, sondern auch um das Sicherheitsgefühl geht, findet sich durchaus konsequenterweise auch in weiteren Punkten des Papiers wieder. Wenn ich auf Seite 4 feststelle, dass die subjektive Sicherheit der Bevölkerung vor allem durch **Präsenz und Ansprechbarkeit der Polizei** im öffentlichen Raum gewährleistet wird, sage ich: Ja, richtig, sehr gut. Ich wundere mich nur über all die Anträge und all die Diskussionen, die wir hier im Haus geführt haben, bei denen diese Auffassung vehement in Abrede gestellt wurde, wenn sie vonseiten der CDU beantragt wurde. - Herzlichen Glückwunsch zum Erkenntnisgewinn!

Ebenso heißt es in der Erklärung: Zum Schutze und zur Handlungsfähigkeit unserer Polizei gehört eine **moderne Ausrüstung**. Neben der **Schutzausstattung** geht es auch darum, die **Bewaffnung** dem aktuellen Stand der Technik anzupassen. - Es ist noch nicht lange her, dass genau dieser Antrag der Union im Ausschuss und auch hier im Plenum abgelehnt wurde.

Gehen wir die Punkte, die die Innenminister der SPD fordern, einmal weiter durch: Die **Bodycams** wurden schon angesprochen. Da scheint man in der Tat auf einem guten Weg zu sein.

Ganz drollig finde ich, dass man eine bundesweite **Imagekampagne** anstoßen möchte, um das gesellschaftliche Klima und die Anerkennung von Polizeibeamten in der Öffentlichkeit zu verbessern. Ich würde einmal empfehlen: Lassen Sie uns doch damit beginnen, dass wir als Dienstherr unserer Polizei selber Vertrauen und Rückendeckung geben,

(Beifall Volker Dornquast [CDU] und Daniel Günther [CDU])

indem wir zum Beispiel darauf verzichten, ihnen Beauftragte vor die Nase zu setzen; indem wir darauf verzichten, sie in geschlossenen Einsätzen zu kennzeichnen, sondern deutlich machen, dass wir hinter unserer Landespolizei stehen. Dann müssen wir auch weniger Geld in Imagekampagnen, Werbefilme oder Plakate investieren.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich finde es auch bemerkenswert, dass wir eine Strafmaßerhöhung bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte jetzt auch von den SPD-Innenministern gefordert wird. Ich habe nicht mitgezählt, wie oft wir das hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag beantragt haben und wie oft das abgelehnt worden ist. Ich bin im Übrigen ausgesprochen gespannt, ob, wenn wir diese Punkte wieder beantragen werden - Sie können natürlich davon ausgehen, dass wir sie wieder beantragen werden -, sie dieses Mal nicht nur auf Zustimmung des Innenministers als Person treffen, sondern auch eine Parlamentsmehrheit finden werden. Wenn die Innenminister der SPD tagen, heißt diese Tagung ja in der Abkürzung AIMK. Wir werden schauen, ob das die „Arbeitsgemeinschaft der Innenminister mit Koalitionsproblemen“ ist, oder ob sich hier in Zukunft in der Sache tatsächlich etwas bewegt.

Sie haben sich in diesem Zusammenhang auch mit dem Thema **Wohnungseinbruchsdiebstähle** beschäftigt und hierzu einige bemerkenswerte Formulierungen auf den Weg gebracht. Es ist richtig, dass der Konsens, welche Maßnahmen wir ergreifen können und müssen, um insbesondere der bandenmäßig organisierten Einbruchskriminalität zu begegnen, wächst.

Wenn aber der Kollege Peters noch am selben Tag, an dem diese Erklärung auch veröffentlicht wird, in seiner Pressemitteilung mitteilt, dass die Bekämpfung der Cyber-Kriminalität und die tatbestandliche Erweiterung der Gewalt gegen Ordnungskräfte nicht seine Zustimmung finden,

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

so lässt dies schon wieder ahnen, dass die SPD-Innenminister öffentlichkeitswirksam Maßnahmen ins Schaufenster stellen, die sie in ihrer eigenen Koalition nicht durchsetzen können.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Insofern rate ich dringend dazu, liebe Kollegen der SPD, dass Sie in der Koalition die Punkte, die hier angestrebt und verkündet worden sind, nicht nur miteinander besprechen, sondern tatsächlich auch zur Umsetzung und nicht nur zur Ankündigung

(Dr. Axel Bernstein)

kommen. Daran werden wir Sie in den nächsten Monaten messen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bernstein, das war ein netter Versuch, die Sachen alle in einem großen Topf zu mixen. Die **Innenminister** treffen sich, haben eine **Auffassung**, und dann gucken wir, ob die Parlamente dem folgen.

Das hat ja in der Vergangenheit nicht einmal dieses Parlament immer gemacht. Herr Kollege Schlie hat zum Beispiel als Innenminister dem Parlament damals vorgeschlagen, dass man die Amtsausschüsse nach Einwohnerzahlen gewichtet. Er hat dem Parlament damals die Anordnungsmöglichkeit von Verwaltungsgemeinschaften vorgeschlagen. Davon haben Sie Ihren eigenen innenpolitischen Sprecher, Herrn Kalinka, nicht überzeugen können. So ist es nun einmal, es ist dann anders gekommen. Dafür haben Sie uns damit überzeugt, deswegen haben wir auch eins zu eins Ihren Gesetzentwurf übernommen, abgeschrieben und umgesetzt.

(Beifall Lars Harms [SSW] - Heiterkeit SPD)

So ist das nun einmal: Manchmal überzeugt man die Falschen.

Das habe ich alles auch schon 2013 gesagt, als Herr Breitner mit der Vorratsdatenspeicherung ankam. Ich lese meine Rede nicht noch einmal vor.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Präsident macht gleich einen Dreiminutenbeitrag!)

- Weil ich ihn gelobt habe? Ich glaube nicht. So schwierig kann das nicht sein. Ich bin mir ziemlich sicher, er steht da drüber.

Beim Thema Vorratsdatenspeicherung habe ich das alles schon einmal erläutert. Da hat der Kollege Breyer ja noch geglaubt, der Ministerpräsident hätte eine Richtlinienkompetenz gegenüber der Fachmeinung des Innenministers. Ich lese den Kommentar nicht noch einmal vor: Dem ist nicht so. Der **Innenminister** darf und soll seine **Fachmeinung** vertreten. Was das **Parlament** davon in welcher Konstellation übernimmt, ist ihm überlassen.

Nichtsdestoweniger wollen wir natürlich nicht auf die fachliche Meinung verzichten. Es ist im Übrigen vollkommen üblich und hat im Bund auch schon Tradition, dass **Innenministerium und Justizministerium** unterschiedliche Auffassungen vertreten. Dann ist es unsere Aufgabe, dies entsprechend umzusetzen, wenn wir gesetzgeberisch tätig werden oder wenn wir unsere Wünsche zum Bundesratsabstimmungsverhalten geben.

Jetzt komme ich einmal zu den einzelnen Punkten. Herr Kollege Bernstein, seien Sie doch nicht so pessimistisch! Ihr Antrag, Drucksache 18/4535, ist doch noch gar nicht abgelehnt worden. Wir haben ihn in die Anhörung gegeben. Sie haben hier behauptet, wir hätten das Thema Strafrahmänderung, das Thema **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte** respektive Erweiterung des Strafgesetzbuchs um einen möglichen § 115 abgelehnt. Das ist nicht so. Wir haben einen eigenen Antrag gestellt, das zu prüfen. Das meinen wir ernst. Wir prüfen es, weil es fraglich ist, ob es wirksam ist. Diese Frage muss man wohl stellen können.

Wir haben auch die anderen Anregungen des Herrn Kollegen Klug aufgenommen - jenseits einer Strafrahmänderung. Ehrlich gesagt bezweifle ich, dass Sie in der schwarz-gelben Koalition einen solchen Antrag gestellt hätten.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Doch!)

- Nein, nicht so einen Antrag zum Thema Strafrahmenerhöhung! Ich glaube nicht, dass so ein Antrag von einer schwarz-gelben Koalition gestellt worden wäre. Das ist in Koalitionen nun einmal so.

Sie haben den Satz ja schon erwähnt: In dem Papier kommt man zu dem Schluss und konzidiert, dass die letzte **Strafrahmenerhöhung** nichts gebracht hat.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Da ist es natürlich legitim zu fragen: War das nicht genug? War das eine falsche Erhöhung? - Ein Thema ist zum Beispiel beim letzten Mal gar nicht angefasst worden: Wie ist es mit **Einsatzkräften**, wenn sie gerade **nicht in der Vollstreckungshandlung** sind? Deswegen kann man die Antwort richtig finden, man brauche mehr. Bei Geld ist es häufiger so, dass mehr hilft.

Oder man kann in der Prüfung sagen: Das nützt nichts, und wir müssen andere Maßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel den Rechtsschutz für die betroffenen Polizeibeamten zu verbessern, wie wir es schon gemacht haben, wie den Entschädigungs-

(Dr. Kai Dolgner)

fonds und andere Dinge, damit man tatsächlich zeigt, dass man natürlich hinter den Polizeibeamten steht. Die Frage aber, was wirksam ist, steht hier mitten im parlamentarischen Streit. Herr Kollege Bernstein, wir werden uns die Sachverständigen anhören und dort sicherlich zu einer Beschlussfassung kommen. Natürlich hat unser Innenminister in der fachlichen Beratung eine wichtige Stimme, sonst würden wir das gar nicht erst prüfen.

Herr Kollege Breyer: Chinesische und russische Geheimdienste fragen auch jetzt nicht an. Die machen das einfach. Ich kann ja viele Ihrer Befürchtungen teilen, aber Ihre Begründungen sind manchmal hanebüchen, ich muss es so sagen. Ob wir § 100 a StPO ändern, interessiert den chinesischen oder russischen Geheimdienst nicht die Bohne.

Im Übrigen haben die Frage des Telemediengesetzes und die entsprechenden Fragestellungen, ob man die Telekommunikationsdienste unter das gleiche Regime stellt, diejenigen, die dieses Plug-in zur Verfügung gestellt haben und jetzt schon die Surfdaten gesammelt haben, überhaupt nicht interessiert. Sie nehmen da Beispiele aus der kommerziellen Welt. Im Endeffekt müssen unsere **Ermittlungsbehörden** in der kommerziellen Welt nach den **Daten** fragen, die die schon gesammelt haben. Wenn wir uns darüber unterhalten, wie wir das verhindern, müsste der Antrag ein ganz anderer sein.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Immer gern.

Uli König [PIRATEN]: Herr Kollege Dolgner, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass es einen Unterschied macht, ob sich - ich sage einmal - chinesische Geheimdienste über Sicherheitslücken hier in unsere Hardware einhacken oder Sicherheitslücken von privaten Unternehmen ausnutzen, oder ob wir staatlicherseits Daten sammeln und diese dann auch noch hochhoffiziell an diese Dienste weitergeben? - Das hat eine vollkommen andere Qualität. Bei allen möglichen Diensten bin ich als Bürger immer noch frei, diese zu nutzen oder auch nicht zu nutzen. Wenn aber der Staat diese Sachen per Gesetz sammelt und weitergibt, wird es schwer, sich als Bürger dagegen zu behaupten.

- Herr Kollege König: Ich habe gerade den Kollegen Breyer auf diesen Unterschied aufmerksam gemacht. Ich wusste bisher nicht, dass die chinesischen und russischen Geheimdienste unsere befreundeten Dienste sind. Aber Herr Kollege Breyer hatte sowohl das Plug-in, das Surfdaten sammelt, als auch die russischen und chinesischen Geheimdienste erwähnt und gesagt, es öffne sich Tür und Tor durch eine entsprechende Gesetzesänderung.

Die Türen und Tore sind technisch teilweise schon auf. Auch bei den befreundeten Diensten haben uns die amerikanischen Geheimdienste ziemlich deutlich zu verstehen gegeben: Eure Bedenken sind uns relativ egal, wenn unsere eigene Sicherheit betroffen ist.

Das nehmen wir zur Kenntnis. Es ist eine Nebelkerze, bei der Frage, ob wir die Kommunikation aus dem Telemediengesetz Ermittlungsmaßnahmen zugänglich machen, mit russischen und chinesischen Geheimdiensten zu argumentieren. Die hören uns sowieso ab. Die können das, ehrlich gesagt, auch viel besser, habe ich manchmal die Befürchtung, wenn ich mir vor Augen führe, wie der amerikanische Wahlkampf gelaufen ist und was dort alles an E-Mails von einem gewissen Geheimdienst reingestreut worden ist. Dazu benötigten die auch keine Ermächtigung in einem amerikanischen Gesetz. Ich glaube auch nicht, dass amerikanische Geheimdienste das geliefert haben.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Klar.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Zum ersten Punkt - **Staatstrojaner** - war meine Forderung, dass, wenn der Staat von einer Sicherheitslücke Kenntnis hat, er diese bitte schön schließen lassen und sie nicht ausnutzen soll, weil sie in dem Moment, in dem er sie ausnutzt und sie nicht schließen lässt, auch alle anderen weiterhin nutzen können. Dazu gehören zum Beispiel auch chinesische Geheimdienste.

Zum zweiten Punkt - **Surfverhalten** protokollieren - war mein Argument: So ein Plug-in kann ich deinstallieren, ich muss es nicht benutzen. Aber was jetzt geplant ist, diesen

(Dr. Kai Dolgner)

besonderen Datenschutz für Internetnutzer abzuschaffen, würde dazu führen, dass die Dienste und Anbieter selbst plötzlich die Möglichkeit hätten, unser Internetverhalten zu Sicherheitszwecken zu speichern.

Dagegen kann ich mich nicht wehren. Ich kann dann nicht einfach ein Plug-in deinstallieren. Das kann nur der Gesetzgeber beeinflussen. Ich glaube, der Fall mit dem Plug-in zeigt, dass, wenn einmal solche Daten anfallen und vorhanden sind, sie dann nicht sicher vor Verlust, Datenklau oder Datenhandel zu schützen sind. Das ist das allgemein bekannte Problem der Vorratsdatenspeicherung.

- Herr Kollege Breyer, ich danke Ihnen außerordentlich, dass Sie noch einmal klargemacht haben, dass die Problematik des Plug-ins nicht mit dem Thema der Gesetzesänderung zu tun hat. Das haben Sie gerade ausführlich erläutert. Es ist im Übrigen auch unter dem derzeitigen Rechtsregime bereits gemacht worden.

Ich hatte es vorher schon gesagt, dass wir uns gern noch einmal darüber unterhalten können, wie wir den Einsatz solcher Plug-In-Instrumente unter datenschutzrechtlichen Aspekten wahrscheinlich eher international regeln müssen. In diesem Fall würde ich sogar sagen, dass wir ihn schlicht und ergreifend verbieten müssen.

Sie haben das als Einführungskulisse genommen. Das werden Sie jetzt durch weitere Wortbeiträge nicht mehr ändern. Weder russische Geheimdienste noch die Frage, ob ein Plug-and-Surf Daten sammelt oder nicht, hat etwas mit der zentralen Frage zu tun. Wenn Sie mich weiterreden lassen, dann können Sie vielleicht ganz zufrieden sein.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Etwas langsamer!)

Dieser Landtag hat aus ganz anderen Erwägungen heraus, nicht wegen russischer oder chinesischer Gemeindienste, gesagt: Wir lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab.

(Beifall PIRATEN)

Das ist nichts Neues. Der Landtagsbeschluss gilt. Der Landtagsbeschluss gilt natürlich auch, wenn es bezüglich des Abstimmungsverhaltens im Bundesrat um tatsächliche Gesetzesänderungen geht. Das ist gar keine Frage. Die Vorratsdaten sind bisher auch nicht im Landesverwaltungsgesetz umgesetzt worden. Mit anderen Worten: Wir haben hier als Parlament und als Koalition keinerlei Vollzugsdefizit.

Aufgrund meiner ablaufenden Redezeit verweise ich auf meine Redebeiträge vom 12. Dezember 2013 und vom November 2013 und auf sonstige Redebeiträge. Nichtsdestotrotz finde ich es immer wieder spannend, dass die PIRATEN, die sich immer gegen Meinungsmonopolisierung wehren, außer wenn es um ihre eigene Meinung geht, ein Problem damit haben, dass ein Innenminister seine fachlichen Ermittlungserfordernisse vorträgt, hier seine Fachlichkeit hat, und wir in der Ermessensabwägung sagen - denn wir sind nicht alle Innenminister, es gibt nämlich ein Innenministerium -: In der Ermessensabwägung ist das okay. Das ist die Antwort von Herrn Dr. Bernstein. Oder wir sagen: In der Ermessensabwägung ist das nicht okay. Das ist die Antwort dieser Koalition. Daran wird sich auch bis zum Ende dieser Koalition nichts ändern. Deshalb gibt es überhaupt keinen Grund für eine Aktuelle Stunde oder irgendwelche Aufregung dazu.

Meine letzte Redezeit verwende ich auf das Thema **Einbruchskriminalität**. Ja, grundsätzlich lese auch ich gern die Studien von Herrn Pfeiffer und mache darauf aufmerksam. Es gibt aber durchaus Bereiche, bei denen man zugeben muss, dass wir eine steigende Kriminalität haben. Das ist zum Glück nicht bei der Gewaltkriminalität der Fall, es ist aber bei der Einbruchskriminalität so. Zumindest gibt es hier steigende Hellfeldzahlen. Bei Einbruchskriminalität ist das mit dem Dunkelfeld so eine Sache. Dieses Feld dürfte nicht allzu groß sein. Hier muss man schon die Frage stellen, ob wir in diesem Bereich mit allen Maßnahmen richtig liegen oder nicht. Dazu gibt es ein Gesamtpapier.

Herr Kollege Bernstein, wir haben Ihren Antrag damals seitens der SPD nicht wegen einer möglichen Aufnahme in § 100 a StPO abgelehnt. Dazu haben wir gar nichts gesagt. Man muss sich schon überlegen: § 244 Absatz 2 Nummer 2 StGB, Bandendiebstahl, gleicher Strafraumen, das ist der Telekommunikationsüberwachung zugänglich. Vorfälle nach Nummer 3, Wohnungseinbruchdiebstahl mit mindestens sechs Jahren und höchstens zehn Jahren Strafraumen, sind dem nicht zugänglich. Hier kann man sicherlich die Frage stellen, ob das sinnvoll ist oder nicht.

Abgelehnt haben wir die Anträge von den Kollegen der CDU, weil in ihrem Antrag die Streichung des minderschweren Falls enthalten war. Der Kollege Peters hat Ihnen erläutert, dass dies zu weit geht. Natürlich muss es auch bei Einbruchdiebstahl einen minderschweren Fall geben, wenn minderwertige Sachen gestohlen werden oder wenn diese Taten aus - ich sage einmal - beendeten Beziehun-

(Dr. Kai Dolgner)

gen heraus begangen werden. In diesem Fall ist sicherlich nicht das Strafrecht, sondern eher der Mediator der richtige Ansatzpunkt. Hier kriminalisiert man Menschen, die gar nicht so stark zu kriminalisieren sind. Hier haben Sie das Kind mit dem Bad ausgeschüttet. Wir haben gesagt, das haben wir deshalb abgelehnt. Ich sehe hier keinen Widerspruch.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Dolgner, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Klar.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, Sie haben jetzt so viel gesagt. Ihre Rede neigt sich jedoch dem Ende zu, und ich habe noch nicht gehört, wie Ihre Position zur **Quellen-Telekommunikationsüberwachung** ist. Daher möchte ich Sie noch nach dieser fragen.

- Das können Sie gern. Die Quellen-Telekommunikationsüberwachung in der Form, wie sie gemacht worden ist, haben wir abgelehnt. Es gab übrigens schon unter Schwarz-Gelb ein Moratorium. Wir haben dies abgelehnt, weil unsere Sicherheitsbehörden gar nicht in der Lage gewesen sind, die entsprechend notwendige Software selbst zu erstellen. Insofern finde ich es gut, dass Sie unseren Sicherheitsbehörden inzwischen zutrauen, die Lücken selbst zu entdecken.

Wir hatten das Problem, dass wir noch nicht einmal Zugriff auf den Quellcode hatten. Das heißt, das erste Problem war: Wer garantiert uns, dass die entsprechende Quellensoftware nur die Dinge abgreift, für die die richterliche Ermächtigung besteht? Deshalb ist das gestoppt worden, und es war vollkommen richtig, dass man das stoppt.

Grundsätzlich muss ich Ihnen sagen: Wir sind durchaus der Auffassung, und Quellen-TKÜ wird ja nicht anlass- und verdachtslos gemacht, dass der Staat schon das Recht hat, bei einem begründeten Verdacht und aus einem entsprechenden Anlass heraus, wobei der Verdacht durch Tatsachen zu begründen ist, Kommunikation zu überwachen. Sonst kommen Sie an **organisierte Kriminalität** und so weiter nur schwer heran. Hier haben Sie nun einmal die Problematik der zunehmenden Verschlüsselung, wenn Sie die Verschlüsselung nicht verbieten wollen.

Ich habe bereits versucht, Ihnen dies klar zu machen, als Sie die Telefonanschlüsse aller verschlüsseln wollten. Das mildere Mittel haben Sie dann nicht mehr. Dann müssen Sie an die Quelle heran, oder Sie verzichten auf Aufklärung in einem ganzen Deliktsbereich. Sie sagen vielleicht, organisierte Kriminalität gehöre auch zu Deutschland. Für mich gehört diese nicht zu Deutschland. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Eine Quellen-TKÜ ist nach § 100 a StPO möglich, aber sie muss rechtsstaatskonform gestaltet sein.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich weiß, dass ich nicht Ihre Auffassung habe, aber ich darf sie trotzdem erzählen, Herr Kollege Breyer.

Ich muss das Handy eines Kriminellen schon überwachen können, wenn es dazu genutzt wird, schwere Straftaten zu begehen. Das hat mit Vorratsdatenspeicherung nichts zu tun. Sie meinen, das sei der Preis der Freiheit. Ich meine nicht, dass das der Preis der Freiheit ist, weil Sie an verschiedene Strukturen schlicht und ergreifend nicht herankommen, wenn Sie Kommunikation nicht anlassbezogen, bei Verdacht, mit richterlichem Beschluss und unter voller Kontrolle der Software und bei keinen Backdoors für irgendwelche Dritten, diese müssen diese selbst entwickeln, überwachen. Das sind die Bedingungen, das haben wir immer gesagt, und das ändert sich auch nicht.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem liebe Kollegen von der Piratenfraktion! Weil Sie nicht im Bundestag sitzen, versuchen Sie krampfhaft, in Ihrer mutmaßlichen Restlaufzeit hier im Landtag Themen in diesen zu ziehen, für die wir überhaupt nicht zuständig sind. Das meiste von dem, was Sie gesagt haben, bezieht sich auf die StPO, auf das StGB, auf das Telemediengesetz und auf das Bundesverfassungsschutzgesetz. Mit all dem haben wir hier nichts zu tun. Das gilt im Übrigen in einem gewissen Umfang auch für den Kollegen Bernstein. Wir sind hier **Landesgesetzgeber**. Deshalb ist der aktuelle Anlass hier für mich so, wie Sie ihn aufgezogen haben, nicht unmittelbar erkennbar.

(Burkhard Peters)

Sie machen das aber natürlich, um Differenzen in der Koalition herauszukitzeln. Das können Sie machen, das ist Ihr gutes Recht. Sie machen das vor allem, um sich hier als die einzigen Gralshüter der Freiheitsrechte aufzuspielen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Liebe PIRATEN, glauben Sie uns, wir werden unseren erfolgreichen Weg der Küstenkoalition auch im sicheren inneren Bereich weiter fortsetzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich komme jetzt unmittelbar zum Thema, denn viele **Vorschläge** aus den **Erklärungen** „Sicherheit stärken - Freiheit bewahren“ und „Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstahl“ gefallen uns ausgesprochen gut. Das betrifft zum Beispiel mehr Prävention und Beratung in den Bereichen Rechtsextremismus und religiös-motiviertem Extremismus. Der Ansatz, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, in Vereinen und Verbänden die Aufklärungsarbeit gegen Extremismus zu intensivieren, unterstützen wir aus vollem Herzen. Auch die personelle Stärkung und die modernere Ausstattung der Polizeikräfte und auch zusätzliches Personal im Bereich der IT-Experten finden wir ausgesprochen richtig.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bei der Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität sind eine stärkere Polizeipräsenz in der Fläche, also in den Revieren, die besonders betroffen sind, die Präventionsberatung und auch grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeibehörden gegen Wohnungseinbruchsdiebstahl ausgesprochen sinnvoll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch der verbesserte Austausch über Ergebnisse der Spurensicherung. Dazu gehört meineswegen auch eine datensichere Entwicklung einer Predictive Policing Software. Das sind alles Maßnahmen, die wir gut finden. Der Erfolg der Soko „Castle“ in Hamburg - wir haben dies vorgestern bei NDR 3 sehen können - weist durchaus in die richtige Richtung.

Bei dem Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte halten wir auch eine verbesserte Ausbildung und verbessertes Training im Bereich deeskalierender Kommunikationsstrategien und eine bundesweite Imagekampagne für die Arbeit von Polizei und anderen Einsatzkräften für genau die richtigen Maßnahmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Licht und Schatten. Jetzt komme ich dazu, dass andere Vorschläge in der Erklärung sich nach meinem Geschmack etwas zu stark nach Wahlkampf anhören. Angesichts des unverhohlenen Machtanspruches der CDU/CSU - wir haben es ja heute wieder gehört -, nur sie könnten authentisch Sicherheit und Ordnung, tendieren unsere sozialdemokratischen Freunde gelegentlich zur Überkompensation, vor allem in Wahlkampfzeiten, in denen die CDU das Thema Innere Sicherheit ganz nach oben setzt.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Ja, das habe ich gehört. Das weiß ich auch, und das tut mir auch weh. Das können Sie mir auch immer wieder sagen.

Das erklärt die Dissonanz im strukturellen Dreiklang - so heißt es ausdrücklich in Ihrer Presseerklärung, Herr Studt - aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe. Um im Bild aus der Welt der Musik zu bleiben: Die harmonische Terz von Prävention und Ausstiegshilfe gefällt uns ausgesprochen gut. Der darauf gesetzte schrille Tritonus, die erweiterte Quart, in der Musiktheorie auch Todesintervall genannt, die Repressionsmaßnahmen schmerzen uns jedoch in den Ohren.

Hinsichtlich der Strafverschärfung für Angriffe auf Polizei- und Einsatzkräfte - darüber haben wir hier im Landtag schon einige Male intensiv beraten - waren wir uns bis auf die CDU alle einig,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

dass dieses zum Bereich des reflexhaften gesetzgeberischen Aktionismus gehört, den Sie ja selber in Ihrer Erklärung eigentlich ausschließen wollen.

Ich bin also nach wie vor nicht überzeugt. Es gibt allerdings einen ganz neuen Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen, der sagt, das könnte man auch über § 46 StGB, bei der Strafrahmenerwägung der Richter, lösen. Dass man so etwas in Aussicht nimmt, halte ich durchaus für sinnvoll.

Die Vorschläge der Ausweitung der Telefonüberwachung bei Wohnungseinbruchskriminalität gehören meines Erachtens auch schnell wieder eingemottet.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Burkhard Peters)

Telefonüberwachung bereits bei bloßen Anhaltspunkten auf eine Bande statt bei verdachtsbegründenden konkreten Tatsachen, so heißt es in der StPO heute in § 100 a Absatz 1, öffnet Tür und Tor für weitere Aufweichungen des Kommunikationsgeheimnisses. Davor warnen wir. Bis heute ist es nicht gelungen, die Quellen-TKÜ verfassungsmäßig in Gesetzesform zu gießen. Wie das geschafft werden soll, bereitet uns sehr große Neugier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Resümee: Die Norderstedter Erklärung enthält Licht, aber auch Schatten. Die Forderung nach mehr Überwachung und Bestrafung aus den Reihen der CDU und der CSU bedient bewusst Sicherheitsängste. Diesen Weg halten wir nicht für gut, auch nicht, dass das von der Sozialdemokratie so stark akzentuiert wird.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Herr Präsident, ich komme zu meinem letzten Satz.

Präsident Klaus Schlie:

Darum geht es jetzt aber nicht, sondern es geht um die Frage, ob Sie dem Herrn Abgeordneten Dr. Breyer eine Bemerkung gestatten.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Immer wieder gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Peters, ein Punkt, auf den Sie noch nicht eingegangen sind, sind die Body-Cams. Dazu würde mich brennend Ihre Position interessieren.

- Ja.

(Zurufe SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Wollen Sie bitte dem Herrn Abgeordneten Peters die Chance geben, zu antworten!

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Auch in diesem Bereich neige ich nicht zu der Ihnen typischen Radikalität. Das kann in bestimmten Schwerpunktregionen einer Stadt, dort, wo es zu massiven Übergriffen auf Polizeikräfte gekommen ist, durchaus sinnvoll sein. So etwas aber flächen-

deckend im gesamten Land einzuführen, halte ich nach wie vor für Quatsch.

Aber Sie wissen, dass so etwas sogar in den USA von der Bürgerrechtsbewegung gefordert wird, einfach aus dem Grund, weil es diese Aufnahmen ermöglichen, auch ungerechtfertigte Gewalt zu dokumentieren, die von der Polizei ausgeht, um so insgesamt zu einer Zivilisierung des Kontaktes zwischen Polizei und dem jeweiligen polizeilichem Gegenüber beizutragen. Das will ich gern als Möglichkeit in den Raum stellen und auch überprüfen lassen. Wir beobachten ja nach wie vor die verschiedenen Verfahren, die in Deutschland zur Überprüfung dieser Möglichkeit bei der Bundespolizei und bei vielen Landespolizeien laufen. Darauf haben wir uns hier im Landtag ja auch verständigt, dass wir die Ergebnisse dieser Wirksamkeitsuntersuchungen genau unter die Lupe nehmen wollen. Ich breche darüber heute und jetzt noch nicht den Stab und sage nicht, das sei schlecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun noch einmal mein Resümee. Mehr Sicherheit und eine besser ausgestattete Polizei, auch mehr Polizei: immer gerne. Reflexhafter gesetzgeberischer Aktionismus: nein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Teilnehmerinnen und Teilnehmer der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Handwerkskammer Flensburg. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der FDP hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Innenminister haben auf ihrer Tagung in Norderstedt kürzlich eine Erklärung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls formuliert und beschlossen. Diese enthält mehrere Punkte. Wir jedoch konzentrieren uns jetzt auf das Thema der **Telefonüberwachung** aufgrund des Antrages der PIRATEN.

Meine Damen und Herren, soweit es sich um bandenmäßig organisierten Diebstahl handelt, ist be-

(Dr. Ekkehard Klug)

reits heute nach dem § 100 a StPO der Einsatz solcher Mittel, also die Telefonüberwachung, möglich. Das ist grundsätzlich nichts Neues.

Der Innenminister sollte uns vielleicht einmal demnächst im Ausschuss berichten, inwieweit mit diesem Instrument in der letzten Zeit Ermittlungserfolge erreicht worden sind. Die SPD-Innenminister wollen, dass dieses Mittel in Zukunft bereits dann eingesetzt werden kann, wenn nur Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine bandenmäßige Begehung erfolgt ist. Es bedarf dann keines Beleges durch gesicherte Tatsachen mehr. Das ist in der Tat ein rechtliches, auch ein **verfassungsrechtliches Problem**. Deshalb ist hier zu prüfen, inwieweit man das mit verfassungsrechtlichen Grundsätzen in Einklang bringen kann.

(Beifall FDP)

Ich will aber auch hinzufügen: Sofern denn eine verfassungskonforme Lösung gefunden werden könnte, bin ich jedenfalls dafür, den Vorschlag der SPD-Innenminister konstruktiv zu prüfen.

Frau Kollegin Ostmeier, auch hier möchte ich einmal auf kurzem Weg beantragen, dass wir uns im Innenausschuss mit dem Herrn Minister Studt darüber unterhalten beziehungsweise durch ihn erst einmal darüber informieren lassen, wie denn nach den Vorstellungen der SPD-Innenminister damit verfassungskonforme Lösungen gefunden werden können. Ich gehe mal davon aus, dass sich die SPD-Innenminister, bevor sie in Norderstedt diesen Beschluss gefasst haben, auch mit dieser Frage eingehend auseinandergesetzt haben. Da bin ich doch sicher, dass die Herren Minister von der SPD-Seite dieses eingehend geprüft haben. Ich kündige aber hier schon einmal an, dass ich im Innen- und Rechtsausschuss einen entsprechenden Berichtsantrag stellen werde.

(Beifall FDP und CDU)

Wir wissen, dass zu einem beträchtlichen Teil Wohnungseinbrüche auf bandenmäßig organisierten Aktivitäten beruhen. Das ist in der Tat das Problem, dieser Problematik auch in der Ermittlungsarbeit Herr zu werden. Da muss man schon sehr gute und ausgefeilte Instrumentarien entwickeln.

Nicht für akzeptabel halte ich den letzten Absatz in der Erklärung der SPD-Innenminister, in dem ganz allgemein eine generelle Ergänzung des § 100 a StPO um Wohnungseinbruchsdiebstahl gefordert wird. Das heißt eben auch dann, wenn es sich nicht um bandenmäßig organisierte Taten handelt, soll in Zukunft eine Telefonüberwachung möglich sein. So

jedenfalls lese ich das. Dieses wird in jedem Fall bei der FDP-Fraktion auf strikte Ablehnung stoßen. Das kündige ich hier bereits an; denn das halte ich für absolut inakzeptabel, weil hier die StPO missbraucht wird, um immer mehr Verfahren zu erfassen, um die Telefonüberwachung in einem nie gekannten Ausmaß auszuweiten.

(Beifall FDP)

Das SPD-Papier enthält im Übrigen auch einige Selbstverständlichkeiten. Ich denke zum Beispiel an den Punkt 3. Natürlich ist es nach der Überschrift grundsätzlich richtig, dass man **reisende Täter** in den Fokus nehmen muss. Aber wenn der letzte Satz dann heißt: „Dazu gehört auch im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, den Aufenthalt intensiv oder erheblich straffällig gewordener Zuwanderer, die das Zuwanderungsrecht missbrauchen, konsequent zu beenden“, Herr Minister, dann ist das nun wirklich eine pure Selbstverständlichkeit, dass man das macht. Allerdings ist diese Selbstverständlichkeit politisch noch vor gut einem Jahr nicht so allgemein - ich sage einmal - akzeptiert gewesen.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Damals hätte man mit einer solchen Position noch den Verdacht der NPD-Nähe ausgelöst, zumindest bei einigen Fraktionen dieses Hauses, bei denen die meisten Kollegen momentan in die Papiere hineingucken. Mit anderen Worten: Selbstverständlich muss man straffällig gewordene Zuwanderer konsequent wieder aus dem Land hinausbefördern. Das geht gar nicht anders. Sonst würde man sich als Rechtsstaat lächerlich machen.

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU])

Dann will ich als weiteren Punkt die **länderübergreifende Zusammenarbeit** ansprechen. Ich finde es sehr gut, Herr Minister Studt, dass Sie das intensivieren wollen, will aber auch darauf hinweisen, dass wir in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu unserem Nachbarland Hamburg nach meiner Einschätzung da gewisse Defizite haben. In Hamburg wird sehr erfolgreich gearbeitet, was die Verfolgung von Einbruchdiebstählen angeht. Die Soko „Castle“ erzielte im ersten Halbjahr dieses Jahres eine Aufklärungsquote von 61 %; das ist wirklich beachtlich. In einem Artikel des „Hamburger Abendblatts“ vom 1. August dieses Jahres wird der Hamburger Polizeipräsident Ralf Martin Meyer mit den Worten zitiert, das Ziel der Soko „Castle“ sei es, die Stadt für Einbrecher unattraktiv zu machen.

(Dr. Ekkehard Klug)

Wenn das tatsächlich so eintritt, dann könnte es ja sein, dass die Herrschaften sich andere Regionen aussuchen. Ich traf kürzlich in einer Runde der innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktionen meinen Kollegen aus dem Landtag in Niedersachsen, der mir sagte, in den ländlichen Regionen südlich von Hamburg sei die Zahl der Einbruchdiebstähle deutlich nach oben gegangen. Wir wissen, dass auch wir im Hamburger Umland gewisse Probleme haben. Also, Zusammenarbeit muss dann bedeuten, dass der Druck von allen Seiten verschärft wird.

(Beifall FDP und CDU)

Mit anderen Worten: Der Verfolgungs- und Ermittlungsdruck aus Hamburg darf in Zukunft nicht dazu führen, dass sich die Herrschaften entweder südlich von Hamburg in Niedersachsen oder nördlich von Hamburg in den schleswig-holsteinischen Umlandkreisen betätigen. Ich meine, das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Hierauf, Herr Studt - darum möchte ich Sie zum Schluss eindringlich bitten -, sollten Sie ganz besonders Ihr Augenmerk richten. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was die SPD-Innenministerkonferenz besprochen hat, bezieht sich ja nicht nur auf Telekommunikation, sondern auch auf andere Bereiche, auf die ich später noch eingehen werde. Allerdings ist auch bei mir zuerst die Frage: Was soll da eigentlich überhaupt beschlossen werden? Zum einen sollen Telekommunikationsdienste, also das klassische Telefonieren und **Telemediendienste**, zum Beispiel das Verschicken einer WhatsApp, rechtlich gleich behandelt werden. Ohne Jurist zu sein, erscheint es mir durchaus sinnvoll, darüber nachzudenken. Es mag im Einzelfall Unterschiede geben; das will ich nicht in Abrede stellen. Aber vom Grundsatz her zu gucken, ob man es nicht gleich behandeln kann, egal, ob der eine Gangster mit dem anderen telefoniert oder ob er ihm eine WhatsApp schickt, ich glaube, da kann man offen sein, was noch kein Präjudiz dafür ist, dass man jeder neuen Verschärfung zustimmt; vielmehr geht es einfach darum, dass man sagt: Gucken wir einmal, ob das passt.

Der zweite Punkt ist die Frage, die von allen schon angesprochen wurde und die § 100 a StPO betrifft: Soll das Feld derjenigen, die unter diesen Paragraphen fallen, auf diejenigen ausgeweitet werden, bei denen es lediglich **Ansatzpunkte einer bandenmäßigen Handlung** gibt, soll die Vorschrift also nicht mehr nur da zur Anwendung kommen, wo es nachgewiesen ist, dass da eine Bande handelt, sondern auch da, wo man es nur vermutet, natürlich begründet vermutet; denn auch das muss man begründen. Und: Soll es auf Einzeltäter im Bereich Wohnungsdiebstähle ausgeweitet werden? Wahrscheinlich - so stelle ich es mir als Laie vor - hört man dann ab, um zu erfahren, wo der Betreffende die gestohlene Ware vertickt. Ob das sinnvoll ist, sollte man, glaube ich, diskutieren. Da gibt es von unserer Seite noch kein Präjudiz.

Allerdings besteht da Offenheit, vor allem aufgrund einer Tatsache: Was § 100 a StPO angeht, so darf man nicht nur den zweiten Absatz lesen, sondern muss insbesondere auch den ersten lesen; denn da ist die Schwelle drin, ab der der Eingriff überhaupt erst möglich ist. Da geht es dann darum, dass eine schwere Straftat begangen worden sein muss, dass die Tat auch im Einzelfall schwerwiegend sein muss, und natürlich darf eine Aufklärung des Sachverhalts ohne diese Mittel nicht möglich sein. Auch das muss im Vorwege nachgewiesen werden, bevor man überhaupt darüber nachdenken kann, eine Telekommunikationsüberwachung durchzuführen.

Dieser Bereich ist bisher - zumindest von den SPD-Innenministern - noch nicht in irgendeiner Art und Weise aufgegriffen worden, sodass man nicht von einer Verschärfung, sondern nur von einer **Erweiterung des Personenkreises** reden kann. Allerdings muss man - auch das muss ich sagen -, bevor man über so etwas nachdenkt, erst einmal darüber nachdenken, ob es in der Vergangenheit überhaupt etwas gebracht hat. Da ist der Einwand des Kollegen Klug genau richtig, der gesagt hat, dass man gucken muss, wann denn das einmal geholfen hat. Allerdings würde ich sagen, dass man sich das, da es sich um ein Bundesgesetz handelt, auf Bundesebene angucken sollte, um zu sehen, ob es durch solche Abhörmaßnahmen einen positiven Effekt gab oder nicht. Dann relativiert sich möglicherweise die entsprechende Debatte dazu.

Ein weiterer Punkt, der auch auf der Konferenz besprochen worden ist, ist die Frage, ob vom Tatbestand des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte neben Polizeibeamten und beispielsweise Bundeswehrsoldaten, auch Menschen umfasst sein sollen, die bei der Feuerwehr, im Rettungsdienst oder im

(Lars Harms)

Katastrophenschutz tätig sind. Es geht also darum, ob auch Menschen, die, wenn sie im Amte tätig sind - löschen, helfen oder schützen -, von § 113 StGB, der ein besonderes Strafmaß beinhaltet, umfasst sein sollen. Darüber kann man möglicherweise debattieren. Man müsste vielleicht auch die Einzelnen selber fragen. Man müsste auch nachfragen, inwiefern es schon häufiger vorgekommen ist, dass Feuerwehrleute, Rettungsdienstleute oder Katastrophenschutzleute bei ihren Handlungen von Leuten angegriffen worden sind.

Was aber nicht geht, meine Damen und Herren, ist wieder einmal eine **Ausweitung** der **Höchststrafe**. Die Höchststrafe ist erst vor zwei, drei Jahren von zwei auf drei Jahre erhöht worden. Es gibt bei besonders schweren Fällen - auch da lohnt es sich, den Paragrafen zu Ende zu lesen - schon eine Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten; das geht bis zu fünf Jahren. Ich glaube also, die Höhe des Strafmaßes ist wirklich mehr als ausreichend. Da muss man nicht wieder verschärfen. Vielmehr geht es hier um die Frage - die darf man gern offen beraten -, ob es Sinn macht, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in diesen Paragrafen mit hineinzunehmen, oder ob das eben keinen Sinn macht. Da sind wir für Gespräche offen.

Ein letzter Punkt, den die Innenminister besprochen haben, ist ein sehr allgemein gehaltener Punkt. Aber ich finde, es ist ein entscheidender Punkt, nämlich dass man einen **Dialog** mit Schulen, Universitäten, Arbeitgebern, Sport- und Freizeitvereinen, Kirchengemeinden, muslimischen Verbänden will, um rechts- beziehungsweise extremistische Propaganda zu bekämpfen. Ich glaube, das ist eigentlich der entscheidende Satz. Der hört sich erst einmal sehr weich an. Aber es ist sehr wichtig, dieses Bewusstsein erst einmal zu schaffen, zu sagen, es geht nicht immer nur um Einzelfälle und nicht immer nur darum zu gucken, ob man irgendwie das Strafrecht verschärfen kann, sondern man muss auch darüber debattieren, wie wir den betroffenen Gruppen - seien es rechtsradikale oder islamistische Verbände, seien es Einzeltäter oder Banden - unsere Werte beibringen können. Das ist eine Riesenherausforderung.

Das hat im Übrigen auch etwas mit Bildung und mit Bildungsausgaben zu tun. Ich sage noch einmal, das sind keine Investitionen nach Investitionsquote, aber es sind Investitionen in unsere Zukunft. Dass man das macht, ist für mich eigentlich immer noch der Kern der Beratungen gewesen. Ich glaube, das ist richtig. Über all die anderen Fragen, welche Gesetze man wie ändern sollte oder auch nicht, dar-

über werden wir sicherlich im Einzelfall zu reden haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, dass eine Fachkonferenz der SPD-Innenminister zu einer solchen Diskussion im Landtag führt.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das meine ich auch!)

Richtig ist, dass sich diese Fachkonferenz in der Tat mit fachlichen und fachpolitischen Fragestellungen beschäftigt hat. Sie versteht sich als Ratgeber für eine politische Diskussion, die Bedürfnisse und Besorgnisse aufnimmt.

Herr Dr. Bernstein, Sie sagten, ich hätte das **Sicherheitsgefühl** der Bürgerinnen und Bürger nicht im Blick, wenn wir über diese Dinge debattieren. Das stimmt weder bei den Diskussionen, die wir bisher gemeinsam darüber geführt haben, noch mit der allgemeinen Wahrnehmung von uns überein. Natürlich betrachten wir bei allem, was wir machen, genau diese Abwägung. Auf der einen Seite ist die Sicherheit zu stärken - so auch die Überschrift der sogenannten Norderstedter Erklärung - und auf der anderen Seite die Freiheit zu bewahren. Tatsächlich ist das kein Gegensatz, sondern dieser Ausgleich ist ständig herzustellen. Genauso verstehen wir unsere Arbeit.

Wir alle sehen, dass sich technische Möglichkeiten weiterentwickeln. Wir wissen das. Wir kennen das Thema „**Cyberkriminalität**“. Wir kennen das Thema „**Darknet**“. Wir haben gemeinsam auf den Weg gebracht - darüber bin ich ausgesprochen froh -, dass wir die Bereiche unserer Landespolizei, die diese Themen bearbeiten, personell verstärken können, sodass wir dort mit starkem und gutem IT-Sachverstand arbeiten können.

Wir haben gerade heute lesen können, dass **WhatsApp** die Videotelefonie einführt. Es geht nicht mehr nur darum, nur Textnachrichten zu übersenden, sondern Sie können mit WhatsApp telefonie-

(Minister Stefan Studt)

ren. Seit heute kann man auch Bildtelefonie starten, wie bei Skype oder Facetime. Für all diese Bereiche - das wissen Sie genauso gut wie ich - gibt es keinen polizeilichen Zugriff. Unsere Sicherheitsbehörden können diese eben nicht überprüfen.

Da ist es aus meiner Sicht richtig, dass wir uns genau diese Fragen immer wieder stellen: Was wollen wir eigentlich in diesen Bereichen? Herr Harms hat das ausgeführt - aus meiner Sicht zu Recht -, dass wir, wenn sich Kommunikationswege und technische Möglichkeiten verändern, auch die Welt der Sicherheitsbehörden und die Zugriffsmöglichkeiten entsprechend erweitern - natürlich immer unter Berücksichtigung der Verfassungs- und europäischen Rechtsprechung. Das ist gar keine Frage. Es geht an dieser Stelle nicht um Beliebigkeit, sondern um den intensiv zu diskutierenden Erweiterungskatalog, der genau diese Parameter berücksichtigen muss. Die rechtsstaatskonforme Ausgestaltung ist selbstverständlich. So und nicht anders können überhaupt nur ein SPD-Innenminister aus Schleswig-Holstein und seine Kollegen miteinander arbeiten.

Lassen Sie mich noch eines an dieser Stelle sagen: Es geht nicht um den Vorschlagskatalog des schleswig-holsteinischen Innenministers, sondern die SPD-Innenminister aller Länder - derzeit sind es acht, bald werden es neun sein -, haben sich mit diesen Dingen befasst. Da kommt eine Idee aus dem einen und eine andere Idee aus dem anderen Land. Das trägt man an der Stelle zusammen. Wenn Sie Fachministerkonferenz-Erfahrung hätten, wüsten Sie, wie so etwas funktioniert. Das wird voraussichtlich nun nicht der Fall werden.

(Zuruf SPD: Dazu wird es nicht kommen!)

Das machen wir in der Tat regelmäßig. So verstehen wir unsere Arbeit.

Lassen Sie mich auch das Thema „**Sicherheitsgefühl**“ noch einmal ansprechen. Schleswig-Holstein und Niedersachsen waren die ersten Länder, die eine **Dunkelfeldstudie** in Auftrag gegeben haben, um genau diese Dinge, Herr Dr. Bernstein, abzufragen. Allein das dokumentiert schon, dass uns nicht nur die objektiven Kerndaten einer polizeilichen Kriminalstatistik wichtig sind, sondern auch die dahinterliegenden Daten sowie die Befürchtungen und Besorgnisse der Bürgerinnen und Bürger.

Auch den **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte** haben Sie angesprochen und das kritisiert, was wir dazu aufgeschrieben haben. Auch da möchte ich zur Konkretisierung beitragen. Wir haben geschrieben, man möge überprüfen, ob es notwendig sei, die tatbestandlichen Beschreibungen zu

erweitern, um nicht nur Vollstreckungshandlungen sowie nicht nur den Personenkreis der Polizei, sondern auch Rettungskräfte, Notärzte, Sanitäter einzubeziehen. Eine Prüfung kann auch so ausgehen, dass man feststellt: Alles ist gut so. - Ob man den Strafraumen erhöhen oder verändern muss, dazu gibt es sicherlich - darauf hat der Abgeordnete Peters hingewiesen - schon weitergehende Vorschläge. Das ist Gegenstand der bundespolitischen Diskussion. Ich erlaube mir an dieser Stelle, darauf hinzuweisen, dass wir uns als Landesinnenminister auch an dieser bundespolitischen Diskussion beteiligen.

Das Wichtigste bei uns und bei mir in der Diskussion, die wir in Norderstedt gehabt haben, war allerdings das Thema „**Wohnungseinbruchsdiebstahl**“. Wir haben es hier schon mehrfach intensiv miteinander erörtert. Wir wissen um die besondere Betroffenheit, die dieses Delikt bei Bürgerinnen und Bürgern beziehungsweise bei den Betroffenen auslöst. Wir wissen, dass es einen vielfältigen Katalog von Maßnahmen gibt, die wir dazu ergreifen können. Die Prävention wurde genannt. Wir haben das mit einem landeseigenen Programm unterlegt, um entsprechende Zuschüsse leisten zu können. Wir haben gerade den Tag des Einbruchschutzes begangen und sind in der Situation, dass wir die Beratung wieder intensivieren. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass die Medien auch sehr aktiv darüber berichten und uns auf diesem Weg entsprechend unterstützen.

Natürlich - das werden die Kolleginnen und Kollegen sowie die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen - sind wir im Moment an den Brennpunkten im Hamburger Randbereich sehr viel präsenter als in der Vergangenheit. Dort agiert nicht nur die Soko „Castle“, sondern wir alle agieren gemeinsam. Das tun wir eng abgestimmt; auch das haben wir hier schon diskutiert. Es macht die Sache nicht besser, dass Sie diese Dinge immer wieder betonen, denn wir sind längst schon in diesem Feld tätig. Dazu brauchen wir Ihre Aufforderungen nicht. An dieser Stelle ist selbstverständlich ein Informationsaustausch mit Hamburg zu gewährleisten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ein weiterer Vorschlag ist, eine Intensivtäterdatei beim Bundeskriminalamt einzurichten, weil wir anhand der Begleitung und der Analyse im Nachhinein gemerkt haben, dass sich Tätergruppen nicht nur räumlich begrenzt, regional begrenzt, aufhalten, sondern tatsächlich durch das gesamte Bundesge-

(Minister Stefan Studt)

biet ziehen und in ganz Europa und sogar weltweit aktiv sind. Faszinierend ist, welche Informationen man da gewinnen kann. Da ist die Zusammenarbeit zwingend geboten.

„Predictive policing software“ ist angesprochen worden. Dazu gibt es heute einen tagesaktuellen Bericht in den Medien. Ob das das Zaubermittel ist, mag dahingestellt sein, aber wir wollen diese Dinge zusammen mit anderen Ländern ausprobieren und gemeinsam eruieren, was damit gehen kann.

Das Thema des § 100 a StPO ist in der Tat schwierig; das ist mir sehr bewusst. Dazu haben wir sehr intensive Diskussionen im Landtag und auf Bundesebene miteinander gehabt. In der Tat ist es für uns im Moment - insofern möchte ich nur so verstanden werden, wie es hier schon ausgeführt wurde - eine fachpolitische Empfehlung der Innenminister der Länder, dass wir einen kleineren weiteren Schritt ergreifen müssen. Nicht nur der feststehende Tatbestand, sondern schon die Anhaltspunkte sind aus unserer Sicht bereits genügend für einen Eingriff beziehungsweise Zugriff. Denn wir merken, welchen Aufwand wir betreiben müssen, um an dieser Stelle ausreichende Anhaltspunkte zu feststehenden Tatbeständen zu bekommen. Wir merken, wie häufig wir daran scheitern.

All diese Punkte können wir im Innen- und Rechtsausschuss weiter miteinander besprechen. Schließlich ist bei diesem Thema die Bundesgesetzgebung maßgeblich. Insofern sollten wir diese Fragen nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene weiter diskutieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aufhebung des Kita-Geldes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 18/4814 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir jetzt zur Grundsatzberatung im Rahmen der ersten Lesung. Das Wort hat der Vor-

sitzende der CDU-Fraktion, der Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bis zum Anschreiben des Ministerpräsidenten vom 7. Oktober 2016 hatte vielleicht der eine oder die andere im Land noch geglaubt, dass es Ihnen bei dem, was Sie tun, um Familien und Kinder geht. Aber spätestens seit diesem Datum haben wir alle es schwarz auf weiß: Ihnen geht es ausschließlich um Wahlkampf. Ihnen sind Familien, Kinder, Kommunen, die Träger, die Erzieherinnen und Erzieher völlig schnurz. Die Wahl am 7. Mai 2017 steht im Mittelpunkt Ihres Handelns.

(Beifall CDU und FDP)

Dennoch, Herr Dr. Stegner, habe ich mich tatsächlich gefragt, was Sie eigentlich gedacht haben, als Sie diesen Brief gesehen haben. Ich habe zwar kein Mitgefühl mit Ihnen, frage mich aber trotzdem: Was haben Sie eigentlich gedacht - zumal Sie schon die gesamte Arbeit des Ministerpräsidenten übernehmen, alle politischen Entscheidungen treffen, diese Regierung führen und

(Lachen Ministerpräsident Torsten Albig)

für Mehrheiten im Parlament sorgen?

(Serpil Midyatli [SPD]: Albern!)

Das Einzige, was der Ministerpräsident im Parlament noch zu tun hatte, war, Ihre Politik zu verkaufen. Er bekommt es noch nicht einmal hin, einen solchen Brief fehlerfrei an die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zu schreiben.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Ich will nicht alle sachlichen Fehler in diesem Brief einzeln aufzählen. Darin wurde versehentlich nicht die Regierungspolitik, sondern das SPD-Wahlprogramm beschrieben. Frau Midyatli musste sogar nachlegen und erklären, dass selbst aus dem SPD-Wahlprogramm in diesem Brief falsch abgeschrieben worden sei. Das muss man erst einmal hinbekommen.

(CDU und FDP: Oh!)

Anstatt die Ansprechpartner zu nennen, wurde gleich die Telefonzentrale des Landtags genannt, wo dann Hunderte von Anrufen eingegangen sind.

(Heiterkeit FDP)

Die SPD-Fraktion war zumindest so fair, dass sich Simone Lange in einer Presseerklärung aus Mitleid

(Daniel Günther)

mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern uneigennützig in den Dienst gestellt und angekündigt hat, dass man auch sie anrufen könne, um Fragen zu diesem Schreiben beantwortet zu bekommen.

Wo sind wir eigentlich, meine Damen und Herren? Was ist das für eine Verquickung zwischen Fraktion, Partei und Staatskanzlei? Ich finde das wirklich unglaublich.

(Beifall CDU und FDP)

Warum unternehmen wir heute den letzten Anlauf, Sie von Ihrem Irrweg abzubringen? - Es ist die letzte Chance; das weiß auch ich; das Gesetz soll zum 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Ich habe lange nach Zitaten gesucht, um Ihnen zu erklären, wie falsch Ihr Weg ist. Fündig geworden bin ich in der Plenardebatte des Landtags vom 26. April 2012. Damals ging es um das Betreuungsgeld. Die Abgeordnete Marret Bohn argumentierte wie folgt:

„Ein Manager, der 500.000 € im Jahr verdient und dessen Frau zu Hause bleibt, um das gemeinsame Kind zu versorgen, bekommt künftig 150 € mehr, eine Alleinerziehende, die Hartz IV bezieht, bekommt die 150 €; anschließend werden sie ihr vom Regelsatz abgezogen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!“

So die Kollegin Marret Bohn.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen: Da hat sie völlig recht. Aber der jüngste Brief des Ministerpräsidenten ging auch an alle Manager, auch sie bekommen die 100 €. Er schreibt aber gleichzeitig die Hartz-IV-Empfänger in Schleswig-Holstein an; sie bekommen die 100 € nicht. Das steht in dem Brief drin. Ich frage Sie von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo sind in den vergangenen vier Jahren Ihre Grundsätze geblieben? Warum haben Sie Ihre Argumentation bis zum heutigen Tag so verändert?

(Beifall CDU und FDP)

Wir in der schleswig-holsteinischen CDU waren übrigens aus den gleichen Gründen, aus denen Sie das Betreuungsgeld damals kritisiert haben, skeptisch. Auch wir haben dafür plädiert, das Geld in die Verbesserung der Qualität der Bildung zu stecken. Ihre Forderung damals lautete, 50 Millionen € dafür auszugeben. Die Argumentation bleibt auch heute richtig.

Ich sage Ihnen nur: Das Rad der Entwicklung hat sich in den vergangenen vier Jahren weitergedreht. Wir haben heute, am Ende des Jahres 2016 - diese Landesregierung geht auch dem Ende ihrer Amtszeit entgegen -, die höchsten Elternbeiträge, die wir in Schleswig-Holstein jemals hatten, sodass wir in vielen unserer Kommunen keine echte Wahlfreiheit mehr haben, weil viele Eltern sich die Elternbeiträge nicht mehr leisten können. Das ist allerdings das Verdienst Ihrer Amtszeit, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition.

(Beifall CDU und FDP)

Wir geben Ihnen heute mit unserem Gesetzentwurf die richtige Antwort darauf, wie man es anders - und besser - macht als Sie. Wir geben den Kommunen, den Trägern die Möglichkeit, nicht nur für Qualität, sondern auch für geringere Elternbeiträge zu sorgen, indem wir die **Betriebskostenfinanzierung** um 45 Millionen € - von 70 auf 105 Millionen € - aufstocken. Dadurch können wir die **Elternbeteiligung** deckeln. Wenn das Land endlich wieder 33 % der Kosten übernimmt, können auch die Kosten der Eltern auf 33 % gedeckelt werden. Wir erreichen dieses Ziel und beschreiten nicht den falschen Weg, den Sie vorgeschlagen haben.

(Beifall CDU)

Ich sage sehr deutlich: Auch der FDP-Vorschlag, absolute Obergrenzen zu setzen, ist durchaus diskutabel. Auch das wäre ein richtiger Ansatz, den wir miteinander verfolgen könnten.

Ich appelliere insbesondere an diejenigen, die insgeheim doch wissen, dass sie einen Irrweg gegangen sind. Viele der regierungstragenden Abgeordneten wissen, dass der Weg, den sie gegangen sind, falsch ist. Sie haben heute die letzte Chance, umzukehren und unserem Weg zu folgen. Damit können Sie das machen, was Marret Bohn im Jahr 2012 im Landtag so hervorragend argumentativ unterfüttert hat. Nutzen Sie Ihre letzte Chance, in die richtige Richtung abzubiegen, und erwärmen Sie sich für unseren Gesetzentwurf! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Sohn würde jetzt sagen: „Chill mal im Gesicht!“

(Heiterkeit - Zuruf SPD: Was bitte?)

- „Chill mal im Gesicht!“ Das würde mein Sohn jetzt sagen. Wenn man über Kitas spricht, sollte man sich nicht nur in der Erwachsenensprache, sondern auch in der Kindersprache auskennen. Sie werden es in den nächsten Jahren noch brauchen. Ihre Kleine ist ja noch ein bisschen lütt zum Schnacken.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Gewöhnen Sie sich schon einmal an den Schnack!

(Unruhe CDU)

Sie sind zu Hause so konservativ, dass die Kleine wahrscheinlich noch nicht einmal das machen darf.

(Heiterkeit CDU)

Wir lehnen **Kita-Gebühren** im Grundsatz ab und verfolgen das langfristige Ziel, den Besuch des Kindergartens für die Familie kostenlos zu machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, daran halten wir fest.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine andere Landesregierung hat bisher so viel in die frühkindliche Bildung investiert wie diese: in den Ausbau, in die Qualität, in den Fachkraft-Kind-Schlüssel. Von 70 Millionen € im Jahr 2009 - Kollege Koch, hören Sie zu! - sind wir heute, im Jahr 2016, bei 231 Millionen € angelangt, und das allein bei den Betriebskostenzuschüssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das **Kita-Geld** kommt. Darauf können Sie sich verlassen. Ab dem 1. Januar 2017 gibt es das Kita-Geld. Genauso wie auf das Amen in der Kirche können sich die Familien darauf verlassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Kommunen haben wir mit finanziellen Mitteln massiv beim Ausbau unterstützt. Bereits im Oktober haben wir hier angekündigt, auch die Betriebskostenzuschüsse zu erhöhen. Es muss noch nicht einmal eine Wahl dazwischen liegen, damit Versprechen eingehalten werden. Im Oktober versprochen - im November gehalten. Was will man mehr!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Deckel haben übrigens Sie, liebe Opposition - abgesehen von den PIRATEN -, eingeführt.

(Tobias Koch [CDU]: Unverschämt! Was haben wir eingeführt?)

- Ja, den Sie eingeführt haben. - Diesen Deckel erhöhen wir um 10 Millionen €. Zusätzlich gibt es 5 Millionen € für die zweite Kraft am Nachmittag. Dieses Programm, das die Sozialministerin eingeführt hat, geht wirklich weg wie geschnitten Brot.

Wir stellen fest: Diese Landesregierung kann Kita-Politik.

Wir stellen auch fest, dass die CDU im Land die Eltern von den höchsten Krippenkosten in der Republik nicht entlasten will. Im Gegenteil, in Ihrem Gesetzentwurf kann man ganz klar sehen, dass Sie die Eltern sogar noch mehr zur Kasse bitten wollen. Im Moment liegt der Durchschnitt der **Elternbeteiligung** bei 20,28 %. Die CDU strebt an, dass es bis zu 33 % sein können. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion würde also noch nicht einmal eine Entlastung oder wenigstens Gleichstand, sondern sogar eine Erhöhung bedeuten. Darauf müssten sich die Familien einstellen.

(Beifall SPD)

Somit zementiert die CDU ihr konservatives Familienbild von gestern. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich spreche jetzt nur in Ihre Richtung: Ein Blick ins Land müsste Ihnen eigentlich klar zeigen - auch die Betreuungsquoten zeigen es -: Die Menschen brauchen eine verlässliche Infrastruktur. Diese werden sie mit dieser Landesregierung bekommen. Darauf können sich alle Menschen im Land verlassen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind uns sicherlich darin einig - das ist vielleicht das Einzige, worin ich Sie unterstützen kann, liebe CDU -, dass wir ein familienfreundliches Land sein wollen.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das, was wir für die Qualität im Kita-Bereich und für dessen Ausbau getan haben, ist sehr gut, insbesondere sehr familienfreundlich. Aber solange wir in Schleswig-Holstein bundesweit die zweithöchsten Elternbeiträge im Ganztagskrippenbereich haben, so lange sind wir noch nicht familienfreundlich genug und müssen noch etwas tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier weder über Peanuts noch über die „Superreichen“ - ein komisches neues Wort.

(Zuruf CDU: Die finden sich doch in Ihrer Partei! - Zuruf Dr. Heiner Garg (FDP))

- Das war Selbstironie, lieber Herr Dr. Garg.

Wir sprechen hier von Familien, von Männern und Frauen, die berufstätig sind, von Menschen im ganz normalen Milieu, die zum Teil 500 € für einen Krippenplatz zahlen. 500 € im Hamburger Randgebiet - man muss sich das einmal vorstellen. Das ist richtig viel Geld und kommt Berufsverhinderungspolitik gleich.

Die CDU-Fraktion legt nun ein Aufhebungsgesetz mit Gegenvorschlag vor. Das ist etwas Neues und erst einmal gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gut ist auch, dass in der Begründung die Tatsache anerkannt wird, dass Eltern zu viel zahlen. Hört, hört! Welch ein Wandel! Kaum ist ein neuer Kandidat gekürt, wird dieser vom Saulus zum Paulus. Von der „**Abgabepremie**“, wie es erst noch hieß, geht es jetzt zum **Kita-Gesetz**, und das in drei Monaten. Das ist wirklich ein Wandel, der beachtlich ist und mich ein bisschen schwindelig macht. Sorry, da kann ich Ihr Getöse und Ihr Wühlen in alten Protokollen nicht ganz nachvollziehen, lieber Herr Günther.

Ich komme aus dem Kreis Pinneberg und kann Ihnen sagen: Vor allem in der Metropolregion spielt die Gebührenhöhe eine extrem große Rolle. Ich hatte in der vergangenen Woche ein Gespräch mit der GEW in Stormarn. Dort sollte es eigentlich um die Versorgung mit ausreichend Lehrerinnen und Lehrern, um den Fachkräftemangel und so weiter gehen. Aber auch in diesem Gespräch ist sehr deutlich geworden, dass ein Grund dafür, dass junge Lehrerinnen und Lehrer nach Hamburg abwandern, der

ist, dass dort Kita-Plätze kostenlos und ganztags angeboten werden. Deshalb ist dies ein wichtiges Thema auch für uns in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt komme ich zu der Kritik, die Sie an unserem **Kita-Geld** haben. Dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, kein Geld bekommen, stimmt. Das Kita-Geld ist nämlich dafür da, die Eltern zu entlasten, die Kosten aus der Kinderbetreuung haben. Somit ist es auch ein Anreiz, die Kinder früh in frühkindliche Bildung zu geben und wieder ins Berufsleben zurückzukehren. Eltern, die keine Kosten aus der Kinderbetreuung haben, entlasten wir auch nicht von Kosten, die sie gar nicht haben. Das ist eigentlich auch logisch.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mit Ihrem Gesetz eine Drittfinanzierung und Deckelung vorschlagen, dann entlasten Sie auch keine Eltern, die keine Beiträge zahlen. Dann entlasten auch Sie nur diejenigen, die jetzt über 30 % zahlen. Für die Gemeinden, in denen die Elternbeiträge sowieso schon niedriger sind, bringen Sie keine Entlastung. Insofern ist das keine Lösung für dieses Problem und ist deshalb aus meiner Sicht auch kein sinnvoller Vorschlag.

Liebe CDU, wenn wir über eine neue Kita-Finanzierung reden - Sie wissen, dass unsere Fraktion und auch unsere Koalition diesen Vorschlag immer wieder eingebracht hat -, können Sie uns an der Stelle wirklich unterstützen. Dass es schwierig war, die Sozialstaffel einzuführen, dass wir kein transparentes und einheitliches System haben, liegt auch daran, dass es sehr schwierig ist, mit den Kommunen über dieses Thema ins Gespräch zu kommen und ein einheitliches System zu schaffen. Wenn Sie uns in den Kommunen, wo Sie an manchen Stellen als CDU noch Verantwortung tragen, unterstützen, dann herzlichen Dank; dann kommen wir in dem Punkt in der nächsten Legislaturperiode vielleicht ein bisschen weiter,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

zumal wir die Kommunen jetzt stärker unterstützen und ihnen anbieten, unseren Beitrag zukünftig zu dynamisieren und nicht mehr zu deckeln, ein Angebot, in das die Kommunen unter Umständen einschlagen können. Das ist ein Weg, den wir gemeinsam überlegen können. Ihr Kita-Gesetz bleibt aus unserer Sicht auf halber Strecke stehen. Deswegen können wir diesem Gesetz nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Gäste des Abgeordneten Lars Winter vom Sozialverband Plön. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ehrlicherweise finden wir das **Krippengeld** nicht gut. Als ich den Gesetzentwurf der CDU gesehen habe, habe ich gedacht: Um Gottes willen, wollen die jetzt den Eltern sagen, dass der versprochene „Krippenhunderter“ sofort wieder einkassiert wird? Die haben sich darauf eingestellt und das gerade erfahren, und die Kommunen haben in dem Wissen, dass es diesen „Krippenhunderter“ gibt - das wissen Sie besser, als ich -, landauf, landab ihre Beiträge erhöht.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Eltern sind nur deswegen nicht auf die Straße gegangen, weil das kompensiert worden ist. Die Unruhe ist aber groß.

Allerdings akzeptiere ich und erkenne an, dass Sie versuchen, das aufzuräumen und nachzubessern, was schlichtweg unterblieben ist, nämlich eine grundsätzliche **Neuordnung der Finanzierungssystematik** für die Kitas auf den Weg zu bringen. Wir bitten schon lange darum, dass wir da rangehen.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sage ich ganz selbstkritisch: Auch wir haben es in unserer zweieinhalbjährigen, kurzen Regierungszeit nicht auf den Weg gebracht, aber wir hatten es auf dem Plan, wir haben Vorarbeiten geleistet, wir haben gerechnet.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

Auch Rot-Grün-Blau hatte nicht den politischen Willen und nicht die politische Kraft, die Kita-Finanzierung vernünftig zu ordnen. Sie stehen für fünf verlorene Jahre - und das bei einem Haushalt, wo wir wirklich große Mehreinnahmen haben.

(Beifall FDP)

Sie können sich gern empören. Lesen Sie die alten Protokolle aus dem Jahr 2002 nach. Dort wurde klar gesagt: Die **Deckelung** der **Landeszuschüsse** führt unweigerlich dazu, dass die Elternbeiträge steigen werden, weil die Kommunen am Rande dessen sind, was sie leisten können. Gucken Sie sich doch an, was wir von 2002 bis heute erreicht haben, wie die Wirklichkeit aussieht!

Frau Midyatli, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, durchschnittlich hätten die Eltern 20 % der Platzkosten zu tragen, gucken Sie bitte auch einmal in Regionen, in denen es über 45 % sind.

(Beifall FDP - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Das ist doch schlicht und einfach verlogen. Sie reden von Durchschnittswerten und vergessen dabei völlig, dass Sie Spitzen von über 45 % haben.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

Meine Damen und Herren, es ist unser Ziel, dass wir in Schleswig-Holstein familienfreundliche Politik machen und die Familien entlasten. Wir fordern ein, dass Eltern gemeinsam - Vater und Mutter - arbeiten gehen können. Das fordern wir auch mit Blick auf die Alterssicherung. Daher ist es unsere Verpflichtung, Eltern und Familien an dieser Stelle zu unterstützen.

Im Gesetzentwurf der CDU, den ich im Ausschuss hoffentlich weiter beraten darf, finde ich den Ansatz zu deckeln richtig, ich halte nur die prozentuale Deckelung für nicht richtig.

(Beifall FDP)

Denn die wird zur Folge haben, dass jede Preissteigerung bei den Eltern wieder einen höheren Beitrag verursacht, und das ist für Familien unkalkulierbar.

Die 33 % berücksichtigen auch nicht, dass wir in Schleswig-Holstein völlig unterschiedliche regionale Situationen haben. Die Kosten im Süden des Landes sind ganz anders als im Norden. Wenn wir für Eltern in Schleswig-Holstein gleiche Bedingungen haben wollen, dann lassen Sie uns den Mut haben - wenn ich es richtig weiß, hat die Stadt Kiel das -, eine Summe zu nennen - ich will sie gar nicht manifestieren - und eine Summe x zu berechnen, sodass sich Eltern darauf verlassen können, dass eine bestimmte Stundenbetreuung einen festen Betrag kostet. Für den Rest ist das Land in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen zuständig.

(Anita Klahn)

Wir können das ganze System natürlich nur neu ordnen, wenn wir das gemeinsam machen, auf Augenhöhe. Ich will jetzt nicht die üblicherweise verwendeten Begriffe wie Dialog oder Konferenz benutzen - wir sollten uns mit den Kommunen, Trägern der Kitas und Elternvertretungen an einen Tisch setzen, rechnen und schauen, wie wir es für alle vertretbar machen können.

Wir Liberale werden unser Wahlprogramm entsprechend aufstellen. Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken, die Qualität der Betreuungsangebote verbessern, den Fachkraft-Kind-Schlüssel verbessern und die Familien wirklich entlasten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Hört, hört!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, dass Ministerin Britta Ernst die Plenartagung krankheitsbedingt verlassen hat. Wir wünschen ihr gute Besserung.

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal mehr debattieren wir heute über das Thema **Krippengeld**, und einmal mehr stehe ich hier und frage mich, was der Unsinn soll. Der Drops ist gelutscht. Er hat meiner Fraktion und mir nicht geschmeckt. Das ist so, aber er ist gelutscht.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vor dem Hintergrund sehe ich es als unwürdiges Schaulaufen an, hier noch einmal über das Thema zu reden. Ich glaube auch nicht, dass es den Kitas, Eltern und Kindern etwas nützt. Es ist nämlich gerade erst zwei Monate her, dass Rot-Grün-Blau dieses - diese Formulierung müssen Sie aushalten - „Wahl-Motivations-Geld“ beschlossen hat, aber es ist beschlossen und damit erst einmal erledigt.

Wir haben uns das im Sozialausschuss angehört: Bis auf eine einzige Ausnahme waren alle dagegen. Trotzdem ist das vor zwei Monaten beschlossen worden. Damit ist das erledigt.

Die Koalitionsfraktionen haben sich - das hat der Kollege Günther eindrucksvoll dargestellt - für ein Wahlgeschenk entschieden. Das ist letztlich durch

den Brief des Ministerpräsidenten deutlich geworden. Das kann man nicht bestreiten.

Aber noch einmal: Das Ganze liegt erst zwei Monate zurück. Was rechtfertigt, den Gesetzentwurf gerade vor dem Hintergrund, den auch die Kollegin Klahn erwähnt hat, dass sich die Kommunen mittlerweile darauf verlassen, dass es so kommen wird, auf den Weg zu bringen, zumal das Gesetz im Grunde nichts Neues bringt? Es beschränkt sich nämlich darauf, dass § 25 des Kita-Gesetzes geändert werden soll. Zur Drittelfinanzierung hat die Kollegin von Kalben das gesagt, was auch ich sagen wollte. Es ändert im Prinzip nichts. Eine echte Alternative stellen Ihre Vorstellungen auch deswegen nicht dar, weil es an der nötigen Präzision fehlt. Ich zitiere einmal: Familien mit geringem Einkommen und Familien mit mehreren Kindern „sollen“ eine Ermäßigung erhalten. Oder: Die Kreise als örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe „können“ mit jeweiligen kreisangehörigen Gemeinden und Standortgemeinden schriftliche Vereinbarungen schließen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Was wird passieren, was soll passieren, wenn einer der Partner hier nicht mitziehen will? - Mit „soll“ und „kann“ schafft man an dieser Stelle nicht die erforderliche Ordnung und Gerechtigkeit.

Eine andere Frage stelle ich mir auch: Woher nehmen Sie die 45 Millionen € für die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse zur Förderung der Kita- und Tagespflegestellen? Wir, Frau Rathje-Hoffmann und ich, waren uns in vielen Podiumsdiskussionen einig: Die 23 Millionen € wollen wir im System haben, keine Frage. Das hätte ich mir auch so gewünscht, das war aber so in Ihrem Antrag nicht erkennbar.

(Tobias Koch [CDU]: Doch!)

Das ist der einzige Punkt, bei dem wir uns wirklich komplett einig sind.

(Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Sie versuchen im Grunde, zum Status quo zurückzukehren, mit der Folge - auch das hat die Kollegin Klahn völlig zu Recht gesagt -, dass die Finanzierung der Kindertagesstätten - da sind wir uns alle fraktionsübergreifend einig - ein undurchdringlicher Dschungel und ein Dickicht ist, das kaum jemand verstehen kann. Das wird so auch nicht besser. Vor dem Hintergrund kann ich mit dem Entwurf auch im Namen meiner Fraktion wenig anfangen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Wolfgang Dudda)

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist schon bemerkenswert, welche familienpolitischen Vorstellungen und Ideen die CDU innerhalb weniger Jahre hervorbringt. Das Spektrum im Bereich der frühkindlichen Bildung reicht dabei von der Herdprämie - und damit einer reinen Betreuung zu Hause - bis zur 24-Stunden-Kita schon für unsere Kleinsten. Zumindest gefühlt ist hier für jeden etwas dabei. Die klare Linie aber ist nicht unbedingt immer sichtbar.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll nun das von uns gerade eingeführte **Krippengeld** direkt wieder abgeschafft werden. Hierüber haben wir aber in den vergangenen Monaten in einem geordneten Verfahren beraten und ausführlich gestritten. Jetzt wünscht die Union also die Abschaffung - im ersten Entwurf sogar ohne irgendeine Alternative. Doch mittlerweile hat man den Gesetzentwurf ja um das wirklich wichtige, übergeordnete Thema Kita-Finanzierung erweitert. Auch wenn ich das Verfahren oder den Stil hier für etwas unglücklich halte, will ich diese Tatsache gern anerkennen.

Doch auch der aktualisierte Gesetzentwurf der CDU ändert nichts an der Tatsache, dass das Krippengeld eine handfeste Entlastung für viele Eltern im Land bringt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr bald haben Eltern von Krippenkindern damit jeden Monat bis zu 100 € mehr im Geldbeutel. Das lässt sich nicht wegdiskutieren. Aus Sicht des SSW ist diese Maßnahme ein erster Schritt in Richtung unseres langfristigen Ziels, das ist bekanntlich die **beitragsfreie frühkindliche Bildung**.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Bei all dem ist völlig klar, dass wir noch deutlich mehr tun müssen, wenn es um die Unterstützung von Familien mit Kindern geht. Das werden wir auch tun, und wir werden weiter dafür arbeiten, dass der Zugang zu Bildung grundsätzlich eben nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall SSW, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach unserer Überzeugung muss Bildung kostenlos sein. Dies zu erreichen, bleibt unser übergeordnetes Ziel. Dazu stehen wir ohne Wenn und Aber.

(Beifall SSW und Lars Winter [SPD])

Natürlich ist das gesamte Finanzierungssystem in diesem Bereich stark reformbedürftig. Dies wurde gerade letzte Woche bei der Anhörung im Ausschuss sehr deutlich. Aber dort wurde auch deutlich, dass wir es hier mit einem sehr komplexen Verfahren zu tun haben. Viele Akteure sind involviert, und wir haben mehr oder weniger berechnete Eigeninteressen, die wir alle in Einklang bringen müssen. Wir kommen aber nicht drum herum, dass wir hier unbedingt zu mehr Transparenz und damit auch zu mehr Effizienz kommen müssen. Daneben müssen wir auch Qualitätsaspekte stärker in den Vordergrund rücken.

Ich denke, in dieser Zielsetzung sind wir im Grunde gar nicht so weit auseinander. Nur erreichen wir dieses Ziel nicht von jetzt auf gleich, und wir erreichen dieses Ziel auch nicht, wenn wir Eltern oder Kommunen verrückt machen oder anstacheln. Es ist zum Beispiel falsch, wenn wiederholt behauptet wird, wir würden die **Kommunen** im Regen stehen lassen. Das ist weder beim Thema Kita noch in Sachen Finanzen insgesamt der Fall; denn wir waren es, die den Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich zurückgenommen und viele zusätzliche Millionen investiert haben. Wir waren es, die auch in Sachen frühkindlicher Bildung sehr viel Geld in die Hand genommen haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein bei den Betriebskosten lag die Gesamtförderung 2012 bei ungefähr 107 Millionen €. Heute sind es über 200 Millionen €. Noch dazu haben wir hier auch gerade noch kurzfristig nachgebessert. Die Investitionsmittel sind im gleichen Zeitraum von 134 auf 236 Millionen € gestiegen. Ganz nebenbei bemerkt haben auch die Kommunen in den vergangenen Jahren gleichermaßen von Steuermehreinnahmen profitiert. In der Folge stehen sie auch ziemlich gut da, besser als je zuvor. Ich kann daher nicht sehen, warum wir Eltern zum Beispiel in Kita-Fragen langfristig noch belasten sollten.

Für uns gibt es keine Alternative zum Ausbau der frühkindlichen Bildung und zur stetigen Verbesserung der Qualität. Auch mit dem Krippengeld setzen wir konkrete Anreize dafür, Kinder frühzeitig

(Flemming Meyer)

in eine frühkindliche Bildungseinrichtung zu geben. Dass wir daneben auch zu einem verlässlichen und transparenten Finanzierungssystem kommen müssen, ist unumstritten. Dies muss aber sehr sorgfältig geschehen, um damit auch die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Alle sind herzlich eingeladen, sich konstruktiv an der Lösung dieser Frage und Aufgabe zu beteiligen. - Jo, tak!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat sich Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg gemeldet.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich wegen vier Punkten noch einmal gemeldet. Erstens ist - glaube ich; so habe ich das jedenfalls verstanden - in großen Teilen dieses Hauses ein Ziel völlig klar, dass nämlich mittelfristig die **Beitragsfreiheit für Bildungs- und Betreuungsangebote** angestrebt werden soll.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin der Auffassung, dass ein klareres und auch ein besseres Signal zur Beitragsfreiheit eine doppelte Deckelung mit einem absoluten Betrag wäre, weil dann nämlich die Effekte, die die Kollegin Klahn dargestellt hat, dass die Eltern wieder automatisch auch an Preiserhöhungen beteiligt werden, nicht eintreten, sondern das wäre ein klares Signal: Aufgrund der finanziellen Situation des Landes deckeln wir zunächst mit der Perspektive, dauerhaft beitragsfrei zu werden.

(Beifall FDP)

Punkt zwei: Ich habe - das hat mich unglaublich geärgert - gehört, dass man, wie auch immer man zu dem Krippengeld stehen mag, das Ding „**Abgabeprämie**“ genannt hat.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Nicht man, die!)

Da frage ich in allem Ernst: Was steckt da eigentlich für ein Familienbild dahinter? Glaubt wirklich jemand, dass jemand seine Kinder abgibt, um 100 € zu bekommen?

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eltern brauchen eine vernünftige, verlässliche und hochqualitative Betreuung, weil die Anforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt es schlicht mit sich brin-

gen. Dann ist das keine Abgabeprämie, sondern das ist etwas schlecht Gemachtes. Jawohl, das wollen wir auch nicht. Das wollen wir aber auch nicht mit einem Aufhebungsgesetz zwei Wochen, nachdem es beschlossen wurde, wieder abschaffen, sondern das machen wir einfach in der nächsten Legislaturperiode besser, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dafür ist doch Opposition da.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ja.

(Martin Habersaat [SPD]: Apropos besser!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Also das mit der Abgabeprämie hat nicht „man“ gesagt, sondern das war der Herr Oppositionsführer, der hier Ministerpräsident werden will.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört! - weitere Zurufe)

- Der Ministerpräsident werden will! Die Betonung lag auf will, nicht auf wird.

Zweitens ist das nicht nur ein Sprachgebrauch, der gegenüber den Eltern, so finde ich, eine ziemliche Entgleisung ist, sondern er ist auch gegenüber denjenigen, die dort in den Kindertagesstätten arbeiten, eine glatte Unverschämtheit. Das muss man wirklich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich finde, dafür sollte sich der Herr Oppositionsführer entschuldigen, nämlich bei all denen, die diese schwere Arbeit leisten.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD] - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das mit dem Entschuldigen kennen wir!)

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Stegner, eigentlich hätte ich erwartet, dass Sie das während der Rede des Oppositionsführers sagen und nicht während meiner Rede.

(Dr. Heiner Garg)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Anita Klahn [FDP]: Wahrscheinlich hat er es jetzt erst verstanden!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, erlauben Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Katja Rathje-Hoffmann?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Solange sie mich jetzt nicht dafür verhaftet, was Herr Dr. Stegner gerade gesagt hat, lasse ich die Zwischenfrage selbstverständlich gern zu.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Lieber Herr Garg, wir haben die Kritik zu dem Wort „Abgabeprämie“ gehört. Wie stufen Sie denn das Wort „Herdprämie“ ein?

- Ich habe mich über das Wort Herdprämie - das können Sie auch in den Plenarprotokollen aus der letzten Legislaturperiode lesen - genauso geärgert. Ich finde, diese abschätzigen und abfälligen Bemerkungen sind einfach unangemessen, auch wenn wir sechs Monate vor einer Landtagswahl stehen.

(Beifall FDP)

Drittens. Das Krippengeld - da bin ich richtig froh über die Auseinandersetzung, die die Kollegin Midyatli und ich bei der letzten Debatte darüber hatten; weil sie nämlich klar den Weg zur langfristigen Beitragsfreiheit aufgezeigt hat, so, wie Sie ihn gehen wollen - hat einen Konstruktionsfehler: Wenn Sie bei der Beitragsfreiheit angelangt sind, dann müssen Sie das Krippengeld wieder abschaffen. Deswegen wäre es aus meiner Sicht besser gewesen, statt eines Wahlkampfknüllers gleich in die Beitragsfreiheit einzusteigen. Das, was Sie machen, ist nämlich kein Einstieg, das ist ein Hilfskonstrukt, was aus meiner Sicht wenig geeignet ist, das eigentliche Ziel, das uns eint, zu vollenden.

- Ja, Herr Stegner, ich gestatte Sie Ihnen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, das geht dann hier schon ganz von allein. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist reizend von Ihnen, Herr Kollege, und diesmal wende ich mich auch an Sie unmittelbar und ausschließlich. Sie müssen bedenken, dass wir natürlich erstens bei den Maßnahmen, die wir beschließen können, darauf zu achten haben, dass wir das, was wir beschließen, auch fi-

nanzieren können. Es muss sich also im Rahmen der Verfassungsgrenzen bewegen, die wir haben. Zweitens haben wir natürlich auch so viel Demut vor den Wählerinnen und Wählern, die zwischendrin immer einmal wieder zur Wahlurne gerufen werden, dass wir einen Weg wählen, der auch damit kompatibel ist, sich dem Wählerinnen- und Wählerwillen zu stellen.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Lieber Herr Kollege Stegner, ich bin ganz sicher, bei dieser - ich wiederhole mich an der Stelle jetzt einmal - charmanten Schlitzohrigkeit, das mit einem Brief von Torsten Albig sozusagen anzukündigen - das hat viel von Marketing -, wissen Sie genau, dass es einen clevereren Beitrag gegeben hätte, um den Einstieg in die Beitragsfreiheit auf den Weg zu bringen. Das verrät mir schon das fröhliche Grinsen auf Ihrem Gesicht.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit)

Insofern, glaube ich, liege ich bei der Kritik - die ich im Übrigen ziemlich konstruktiv finde -,

(Heiterkeit)

gar nicht falsch und bedanke mich einfach für das Zuhören. - Danke.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. - Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Das Wort hat die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem vorliegenden Antrag - und Vorrednerinnen und Vorredner, zuletzt Flemming Meyer, haben bereits darauf aufmerksam gemacht - zeigt die CDU zuallererst eins: dass sie in Sachen Kita über keine Position verfügt, die länger als acht Wochen hält.

(Beifall Flemming Meyer [SSW])

Denn wie lautete unter der schönen Überschrift „solides Finanzierungssystem auf den Weg bringen“ die Forderung der CDU, die wir hier gemeinsam im September 2016 noch diskutiert haben? Die

(Ministerin Kristin Alheit)

Landesregierung solle die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen evaluieren und darauf aufbauend ein Finanzierungssystem für die Kinderbetreuung auf den Weg bringen, das vereinfacht und auskömmliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. - Ich habe bereits im September erläutert, dass wir mit den Kommunalen Landesverbänden über die in der Tat erforderliche Neuordnung der Kita-Finanzierung im Gespräch sind.

Ihr heutiger Antrag zeigt, wie wenig ernst Sie es an dieser Stelle selbst mit Ihren Forderungen nehmen, vor allem mit Ihrer Forderung nach einem soliden Kita-Finanzierungssystem, oder auch, dass Sie schlicht keine Ahnung haben, wovon Sie reden. Denn heute wollen Sie das ganz ohne Evaluierung und ohne dass der Antrag in irgendeiner Weise erkennen lässt, auf welchen Daten und Erkenntnissen die Summe, die Sie jetzt mit 45 Millionen € ausgeben wollen, basiert.

Zuallererst ist dies keine Maßnahme zugunsten der Familien. Ihr Antrag würde das intransparente und ungerechte System zementieren,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Widerspruch CDU)

ein System, das wir verändern wollen und verändern müssen.

Bei Ihrem Antrag wird es weiter dabei bleiben, dass die **Kita-Gebühren** zwischen den **Kommunen** um teilweise über 100 % **differieren**.

(Tobias Koch [CDU]: Bei Ihnen doch auch!)

Haben Sie sich einmal überlegt, was das für Eltern bedeutet, was sie davon haben? - Nichts Gutes, meine Damen und Herren, nichts Gutes.

(Tobias Koch [CDU]: Was machen die 100 € daran besser?)

- Das ist ein Anfang, und der macht ganz konkret für Eltern 1.200 € im Jahr aus und damit ihre Situation besser. Aber ich komme noch dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Tobias Koch [CDU]: Das ist doch trotzdem in den Kreisen unterschiedlich! - Daniel Günther [CDU]: Ich glaube, Sie haben einfach keine Ahnung von diesem Thema, Frau Ministerin! - Weitere Zurufe)

Ihre ganze Argumentation der letzten Monate würde ich daher als unstat bezeichnen. Erst hieß es nämlich, das Land lasse die Kommunen ausbluten. Was sich offenkundig anhand der Fakten und Zahlen auf Dauer doch nicht aufrechterhalten ließ.

Dann hieß es, das Krippengeld komme in Wahrheit gar nicht den Eltern zugute. Wieder falsch: Die 1.200 € jährlich kommen bei den Eltern an, wenn sie einen Anspruch darauf haben - direkt.

(Beifall SPD - Anita Klahn [FDP]: Wenn sie einen Anspruch darauf haben, genau!)

Aber auch das hat Sie nicht daran gehindert, zu beklagen, dass das Krippengeld nur Besserverdienende entlasten würde, wobei Sie damit offenkundig alle Menschen meinen, die über Hartz IV liegen. Ich kann nur sagen: Für mich sind das Familien in der Mitte unserer Gesellschaft, und natürlich möchte ich die bei ihren schwierigen Aufgaben unterstützen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und im Oktober dann erklärte Herr Günther - in seiner denkwürdigen Presseerklärung vom 19. Oktober 2016 -, es sei sowieso von Übel, wenn das Krippengeld bei den Eltern ankomme. Landesregierung und Koalition würden aus ideologischen Gründen die Kinderbetreuung privilegieren.

Heute nun die nächste Pirouette: Zwar erklären Sie, das Ziel einer finanziellen Entlastung der Eltern von den hohen Kita-Beträgen sei grundsätzlich richtig, aber ganz konkret lehnten sie die finanzielle Unterstützung einzelner Personen und Berechtigter ab und setzten auf die Entlastung des Systems. - Wissen Sie: Entlasten Sie das System, wir entlasten ganz konkret die Familien hier in unserem Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass die das auch mitkriegen und wollen, zeigt schon eine Zahl, die ich hier einmal nennen will. Freitag, den 11. November 2016, hatten wir über zweieinhalb Tausend Anträge von Eltern vorliegen, die dieses Kita-Geld beantragen.

Die Sache ist klar: Die CDU beantragt heute - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Komisch, dass die Leute das haben wollen, das ist eine Sensation! - Serpil Midyatli [SPD]: Das war beim Betreuungsgeld nicht so! Ganz ehrlich jetzt! - Weitere Zurufe)

- Ich würde jetzt gern weiterreden, wenn das okay wäre. Sie können Ihr Zwiegespräch gern draußen fortsetzen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie haben das Wort, Frau Ministerin.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Die CDU beantragt heute erstens die Streichung von jährlich 1.200 € Entlastung für Familien mit jungen Kindern bei uns im Land, und gleichzeitig soll zweitens festgeschrieben werden, dass Eltern mit bis zu 33 % der **Betriebskosten** für die Kita-Betreuung zur Kasse gebeten werden.

(Tobias Koch [CDU]: Maximal!)

- Ja. Wir hatten das jetzt hier auch schon in anderen Zusammenhängen. Ich will dazu hier noch einmal ganz deutlich sagen: Letzteres ist kein Versprechen, meine Damen und Herren, das ist eine Drohung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Denn 33 % bedeuten für die meisten Eltern eine Erhöhung.

(Daniel Günther [CDU]: Bei Ihnen stehen 100 % im Gesetz!)

Es stimmt, sicher gibt es Fälle, in denen Eltern mehr zahlen. Aber ich will noch einmal herausstellen: Ihr ganz konkretes Beispiel aus Reinbek mit den 37 %, wenn Sie da ehrlich gewesen wären, hätten Sie einmal nachgeguckt und gesehen, in der Stadt selbst gilt durchschnittlich ein Prozentsatz von 21%. Das gehört zur Ehrlichkeit dann wirklich auch dazu.

(Tobias Koch [CDU]: Sie müssen sich die Gebührensatzung anschauen, Mensch! Das kann doch nicht so schwer sein! - Weitere Zurufe - Glocke Präsident)

Und Sie wissen, wir haben evaluiert, im U-3-Bereich liegt der durchschnittliche Elternbeitrag landesweit bei rund 20 %.

Im Übrigen sollte klar sein - darüber müssen wir ehrlich reden -: Wenn wir eine prozentuale Regelung treffen, erhöhen sich dann bei steigenden Kita-Kosten Jahr für Jahr auch die Elternbeiträge. Meine Damen und Herren, das kann bei den Beiträgen, die wir hier im Land haben, keiner ernsthaft wollen.

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will noch einmal kurz zusammenfassen. Das Versprechen der CDU lautet: 1.200 € jährlich an Entlastung werden gestrichen, und zwar sofort. Gleichzeitig werden aber Anreize gesetzt, die Elternbeiträge in den Kommunen weiter zu erhöhen.

(Widerspruch CDU)

Ergebnis: Das entlastet wenige und belastet viele.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

Das ist also Ihre Alternative zur Kita-Politik der Landesregierung.

(Volker Dornquast [CDU]: Die Minister sind zur Wahrheit verpflichtet!)

Die Landesregierung und diese Koalition setzen auf eine Kita-Politik, die auf mehrere Ziele zugleich setzt und deren Erreichen wir gleichzeitig verfolgen, die wir also nicht gegeneinander ausspielen. Für die ausreichende Kapazität und die Qualitätsentwicklung in der Kita wird gesorgt, und die Kommunen werden massiv unterstützt. Wir hatten die Zahlen hier schon einmal: 2012 107 Millionen € an Betriebskostenunterstützung, 2017 sind es 231 Millionen €. Das ist weit mehr als eine Verdopplung der Zuschüsse für die Kommunen.

Wir wollen aber auch darüber hinaus, dass Familien von Betreuungskosten entlastet werden - und das nicht irgendwann, sondern jetzt sofort. Wir fangen mit dem Krippengeld an, weil die Eltern im Krippenbereich besonders belastet sind und besonders viel zahlen. Die Eltern in unserem Land zahlen wirklich viel Geld für die Kita-Betreuung, weil sie diese Betreuung benötigen. Alle Vorredner haben darauf hingewiesen: Wir wollen und wir werden diese Eltern entlasten.

Ich stehe, wie die gesamte Küstenkoalition, für ein Miteinander im Land, in dem unsere Familien auf unsere Unterstützung und auf die gute Arbeit der Landesregierung bauen können.

Diese Landesregierung wird weiter verlässlich und sorgend an der Seite der Menschen in unserem Land stehen. Wir werden auch weiter die Kommunen als unsere Partner betrachten. Das ist gute Kita-Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, die Regierung hat die vereinbarte Redezeit um zwei Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zu. - Ich sehe, dass dies aber nicht gewünscht wird.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/4814 (neu), dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des Vormittages:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer vor Ölbohrungen

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/4809

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der PIRATEN, Herrn Abgeordneten Dr. Breyer, das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Unser Wattenmeer ist ein einzigartiger Lebensraum. Er ist gerade zur schönsten Wildnis Deutschlands gewählt worden. Seit Jahren liegt ein Antrag des Erdölkonzerns DEA vor, auch **außerhalb** der **Mittelplate** zu bohren, um eventuelle Ölvorkommen später in einem zweiten Schritt erschließen zu können.

Wir wissen alle, mit welchen **Risiken** eine solche **Bohrung** verbunden wäre: mit dem Risiko einer Ölkatastrophe. Wir wissen aus internationalen Studien, dass bei Erkundungsbohrungen das Risiko sogar noch höher ist als bei Förderbohrungen. Wir wissen um das Risiko für den Tourismus als wirtschaftliche Lebensgrundlage an der Westküste. Wir wissen, dass selbst, wenn es zu keinem Unfall kommt, die Umwelt und die Tier- und Pflanzenwelt im Wattenmeer durch solche Bohrungen gestört wird. Wir wissen alle, dass, wenn wir die Klimaschutzziele einhalten wollen, der Großteil der jetzt schon bekannten Öl- und Gasvorkommen im Boden bleiben muss.

Aus all diesen Gründen wollen wir nicht, dass außerhalb der Mittelplate in unserem **Nationalpark Wattenmeer** gebohrt wird.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Genau deswegen verbietet das Nationalparkgesetz Bohrungen - besonders und ausdrücklich ohne Ausnahmemöglichkeit - Ölbohrungen in unserem Nationalpark Wattenmeer. Warum dann ist dieser Antrag der DEA seit fünf Jahren nicht abgelehnt worden? Warum wird er immer noch geprüft? Warum werden noch Unterlagen angefordert und Gutachten eingeholt?

Wir haben nachgefragt. Auf die erste Nachfrage antwortete das Umweltministerium, man prüfe

wirklich intensiv, ob denn von dem Verbot von Ölbohrungen auch **Aufsuchungsbohrungen**, also Bohrungen zur Suche nach Öl, erfasst seien.

Deswegen haben wir Ihnen heute einen Gesetzentwurf vorgelegt, der von WWF, BUND und Greenpeace unterstützt wird. Dieser Gesetzentwurf soll dafür sorgen, dass wir rechtlich auf der sicheren Seite sind, wenn wir auch Aufsuchungsbohrungen unter das Bohrverbot fassen und ablehnen.

(Beifall PIRATEN)

Vor einigen Tagen, als die Demonstration von Greenpeace mit der Übergabe von vielen Tausend Unterschriften von Menschen, die das Wattenmeer vor diesen Bohrungen schützen wollen, stattgefunden hat, hieß es dann, jetzt sei klar, dass Aufsuchungsbohrungen auch unter das Bohrverbot fielen. Jetzt prüfe man aber, ob das, was die DEA hier vorhat, nicht vielleicht eine **wissenschaftliche Erkundungsbohrung** sei und gar nicht der Aufsuchung von Öl diene.

Da ist ein Ölkonzern, der auf der Grundlage einer Lizenz zur Suche nach Öl und Gas einen Antrag nach Bundesberggesetz stellt. In dem Antrag und auch auf der Webseite mit dem bezeichnenden Namen „erdölsucher.de“ schreibt die DEA, damit sollten vermutete Reserven von Erdöl nachgewiesen werden. Da noch ernsthaft zu prüfen, ob dieses Vorhaben unter den Begriff der Aufsuchungsbohrung fällt, ist ungefähr so, als wenn sie nachts hinter ihrem Haus im Garten dunkel gekleidete Männer erwischen, die Säcke, Masken und Taschenlampen dabei haben, und die Ihnen dann sagen: Keine Sorge, wir beobachten nur Igel.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wie witzig!)

Das kann man glauben, man muss es aber nicht glauben.

Lassen Sie uns diesen Gesetzentwurf verabschieden. Lassen Sie uns endlich, nach so vielen Jahren, diesen Antrag auf Durchführung weiterer Bohrungen im Wattenmeer ablehnen. Lassen Sie uns den Antrag auf Verlängerung der Lizenz ablehnen, die ansteht. Unser Wattenmeer ist kein Industriegebiet. Es darf kein Industriegebiet sein. Da sind wir uns auch einig.

Ich freue mich, dass das große Engagement aus der Zivilgesellschaft und vieler besorgter Menschen dazu geführt hat, dass Sie, Herr Umweltminister, jetzt angekündigt haben, dass es noch vor der Wahl eine Entscheidung geben wird und Sie diese Anträge ablehnen wollen. Das war uns ganz wichtig, das finden wir gut. Wir wollen Sie darin unterstützen, in-

(Dr. Patrick Breyer)

dem wir das ganz rechtssicher und wasserdicht machen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen! Es geht hier um einen Gesetzentwurf der PIRATEN, den wir im ersten Step aus Sicht der wirtschaftsfreundlichen CDU rundherum nur ablehnen können.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will Ihnen erläutern, warum das so ist. Ich stehe hier nicht als wirtschaftspolitischer Sprecher - dann würde mein Kollege Magnussen reden. Es ist tatsächlich ein Umweltthema. Darauf will ich versuchen, in den nächsten 5 Minuten einzugehen.

Herr Breyer, gerade von Ihnen hätte ich erwartet, dass Sie in einer Bilanzierung - Ökobilanz, Nachhaltigkeitsbetrachtung - vielleicht auch ein bisschen globaler denken. Das tun Sie nicht!

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Ich habe etwas zum Klimaschutz gesagt!)

Deswegen werde ich jetzt versuchen, zu erläutern, warum aus unserer Sicht ein solches **Unternehmen** wie die **DEA**, das von der Mittelplate seit 30 Jahren erfolgreich Öl fördert und dafür für die nächsten 25 Jahre noch Genehmigungen hat, sowohl ökonomisch als auch ökologisch ein Vorzeigeunternehmen in Schleswig-Holstein ist und als Erfolgsmodell gewertet werden kann.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es doch gar nicht!)

- Natürlich geht es darum! Wenn Sie die Nachhaltigkeit bei diesem Unternehmen bewerten, können Sie feststellen, dass Sie in den letzten 30 Jahren nicht in irgendeiner Form gehört haben, dass es umweltmäßig dort zu Vorfällen gekommen wäre. Es hat keine Berichte gegeben, dass auch nur ein Tropfen Öl ausgelaufen oder etwas schiefgelaufen wäre. Das können Sie feststellen, es ist eine sehr positive Bilanz. Sie wissen auch, dass über die Umweltverträglichkeitsprüfung und die ständige Kontrolle durch unsere Fachbehörden nichts, auch wirklich gar nichts Negatives in den letzten 30 Jahren festzustellen war. Das kann man positiv bewerten:

Ökologisch ist es durchaus ein Vorzeigeunternehmen.

Anders als immer behauptet wird, wird auch das dort ausströmende Gas komplett verstromt. Unser Fraktionsarbeitskreis mit Jens Magnussen hat die Plattform besucht. Aus dem anfallenden Gas wird Strom erzeugt. Es wird nicht in irgendeiner Form planlos als umweltschädliches Gas in die Atmosphäre geblasen. Das ist ökologisch hervorragend, und selbst Umweltverbände, Herr Breyer, erkennen das immer wieder positiv an.

(Uli König [PIRATEN]: Deswegen unterstützen die auch unseren Antrag!)

Ich komme zum Dreiklang der **Nachhaltigkeit**. Sie können nicht bestreiten, dass dieses Unternehmen ökonomisch gerade im Bereich der Westküste über die letzten 30 Jahre für mehrere Tausend gut bezahlte, hochqualifizierte Arbeitsplätze gesorgt hat und hoffentlich für die nächsten Jahrzehnte weiter sorgen wird. Da wird nicht nur Brennstoff für Fahrzeuge produziert, sondern in unterschiedlichsten Unternehmen in der Wertschöpfungskette sehr viel Hochwertiges hergestellt. Das ist absolut zu begrüßen. Deswegen sage ich: Ökonomisch glatt eine Eins. Das ist für Schleswig-Holstein unwahrscheinlich positiv zu bewerten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Auch die 75 Millionen € an **Steuereinnahmen** durch die Förderabgabe, die wir in Schleswig-Holstein jährlich in die Haushaltskasse bekommen, sind natürlich wichtig für Schleswig-Holstein, Frau Ministerin. Die wollen wir nicht missen. Auch das gehört zur ökonomischen Bewertung, und auch aus diesem Grund müssen wir einem solchen Unternehmen für die Zukunft Sicherheit bieten.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Heiner Rickers [CDU]:

Sehr gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte, Herr Abgeordneter.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, das ist eine ganz

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

kurze Frage. Wo und bei welchen Firmen verorten Sie die 1.000 Arbeitsplätze?

Heiner Rickers [CDU]:

Das sind mehrere Firmen, zum Beispiel YARA, DEA.

(Zurufe)

- Ja, in Schleswig-Holstein! Das Öl wird im Brunsbütteler Raum angelandet und an der Westküste über unterschiedlichste Unternehmen verteilt, die zum Beispiel Glycerin oder Düngemittel herstellen.

- Also die Mitarbeiter in Raffinerien und die Tankstellenwärter gehören dazu? Wir sind uns einig, der Bohrbetrieb selbst hat nicht solch hohe Beschäftigungszahlen?

- Ich komme vielleicht noch zu der Sozialbetrachtung. Das dürfte Ihre Frage ein Stück weit klären. Sonst dürfen Sie gern wieder nachfragen.

Ich komme also zum Dreiklang. Die **soziale Komponente** des Unternehmens haben wir noch nicht bewertet. Dazu gehört die Frage des Kollegen Matthiessen.

Herr Breyer, wenn Sie global bewerten, was an der Westküste in Bezug auf hochqualifizierte und gut bezahlte mit Top-Standards ausgestatteten Arbeitsplätzen geleistet wird, die weltweit mit zu den besten Standards gehören, dann wissen Sie, dass dies eine sehr hochwertige soziale Komponente darstellt. Weltweit haben Sie kaum Vergleichbares.

Wollen Sie allen Ernstes mehr Öl aus den Regionen holen, in denen heute Krisen ausgefochten werden? Wollen Sie allen Ernstes mehr Öl in diesen Regionen fördern und hierher pumpen? Brauchen Sie Öl aus Russland, Gas aus Sibirien und aus dem arabischen Raum? Wenn Sie das wollen, dann wissen Sie, zu welchen Standards dort produziert wird. Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie das offen sagen. Dann ist die gesamte **nachgelagerte Wertschöpfungskette** an der Westküste und in Schleswig-Holstein infrage zu stellen. Das kann doch nicht ernsthaft unser Ziel sein.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Heiner Rickers [CDU]:

Natürlich, sehr gern.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke, Herr Kollege. - Ich möchte Ihnen gern Folgendes entgegenhalten: Erstens. Welcher Anteil der Erdölförderung der DEA betrifft eigentlich die Mittelplate? Wo kommt der ganze Rest her?

Zweitens. Glauben Sie, dass irgendwo auf der Welt weniger Erdöl gefördert wird, wenn wir hier in Schleswig-Holstein die Förderung ausweiten?

Drittens. Sie haben gesagt, die Förderung sei extrem sicher, es habe noch nie Pannen gegeben. Ich möchte gern aus meiner Anfrage zitieren, wonach es allein in Schleswig-Holstein in den letzten Jahrzehnten 98 Erdölunfälle gegeben hat. In Epenwörden gab es undichte Nassölleitungen, in Meldorf gab es undichte Ölleitungen. 1970 gab es in Hemmingstedt den Austritt von 25 m³ Nassöl. 1976 traten in Wörden 60 m³ aus. Und um nur auf die jüngsten Vorfälle einzugehen: 1993 ist in Hemmingstedt Heizöl ausgetreten. 2010 sind in der Mittelplate 350 l Bohrspülung ausgetreten.

Wie können Sie angesichts dieser Pannenserie behaupten, dass die Erdölförderung ohne Risiko sei?

- Ich bin dankbar für die Frage. Am liebsten würde ich mit einer Gegenfrage antworten. Die erste Frage wäre: Können Sie bewerten, ob 30 Millionen t Förderung, also 1 Million t aus der Nordsee jährlich, in irgendeiner Form für Schleswig-Holstein entscheidend sind? Ich würde ganz klar sagen: Natürlich ist das entscheidend.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese 30 Millionen t müssten Sie sonst irgendwo anders substituieren und über weite Wege nach Schleswig-Holstein schaffen, und zwar unter anderen Bedingungen, die ich zu erklären versucht habe. Dies wäre nötig, um die Wertschöpfungskette nicht in irgendeiner Form zu unterbrechen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Gut, hier sind wir unterschiedlicher Meinung! Meine Antwort darauf haben Sie.

(Heiner Rickers)

Ich bin auch froh, dass Sie die zweite Frage gestellt haben. Es ist richtig, Sie haben nicht behauptet, dass diese **Vorfälle** direkt mit der **Ölförderung** in der Mittelplate im Zusammenhang gestanden haben. Die Ursache kann auch eine undichte Leitung eines Tankers nach Hemmingstedt gewesen sein.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das war eine Ölleitung zur Raffinerie!)

- Zur Raffinerie direkt aus dem Watt? Oder über das Raffineriegelände?

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wie gesagt, der letzte Vorfall betraf die Mittelplate selbst!)

- Das können wir in der Mittagspause klären. Sie müssen ein bisschen genauer recherchieren und mir das Gegenteil beweisen. Ich glaube nicht, dass das so stehen bleiben kann.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lesen Sie das doch nach! Ich glaube, Sie müssen recherchieren!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Rickers, erlauben Sie jetzt eine Zwischenbemerkung oder eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Tietze?

Heiner Rickers [CDU]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Rickers. - Sie sprachen über **Wertschöpfung**. Die Älteren unter uns erinnern sich noch an den schrecklichen Unfall der „Pallas“ vor der Westküste und die Bedrohungen durch die Ölpest. Würden Sie sagen, die Wertschöpfung, die Sie hier ansprechen, übersteigt die Wertschöpfung des Tourismus? Wir haben aus dem Tourismusbereich eine jährliche Wertschöpfung von über 7 Milliarden €. Wenn Sie dies aufrechnen, würde mich interessieren: Sind Sie in der Tat der Auffassung, dass die Wertschöpfung aus der Ölförderung viel höher ist und wichtiger für das Land ist als die Wertschöpfung aus dem Tourismus?

Heiner Rickers [CDU]:

Herr Dr. Tietze, Sie haben mir eine Frage gestellt, die Sie selbst entlarvt. Entweder wollen Sie eine zweite „Pallas“ oder einen großen Tanker und das Öl, das im Moment aus der Mittelplate kommt, hier anlanden lassen, oder Sie wollen gar kein Erdöl.

(Beifall CDU und FDP)

Das wäre eine Aussage.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, er kriegt gar kein Erdöl!)

- Gut, Sie kriegen gar kein Erdöl! Ich sage: Hier hängen Tausende Arbeitsplätze dran, und die Welt ist im Moment so, wie sie ist. Wir kommen geschätzt für die nächsten 30 Jahre ohne Kohlenwasserstoffe nicht aus. Die Alternative DEA und Mittelplate ist für Schleswig-Holstein angesichts dessen eine der besten Alternativen.

(Beifall CDU)

Ich habe noch 20 Sekunden Redezeit. Herr Dr. Breyer, Ihre Taktik ist durchsichtig. Man nennt sie auch Salami-Taktik: Das Unternehmen ein Stück weit immer mürber kochen, bis man dort irgendwann keine Lust mehr hat, in die Forschung Geld hineinzustecken und sich für die Zukunft Gedanken zu machen. Damit wird die Firma langfristig ausgehungert. Also ist sie irgendwann zum Tode verurteilt. Das kann so nicht sein. Ich schlage vor, wir diskutieren das im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck das Wort.

Thomas Hölck [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 2009 ist der **Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer** als Weltnaturerbe von der UNESCO anerkannt worden. Heute, sieben Jahre später, wird der Wattenmeer-Nationalpark als **Deutschlands schönste Wildnis** von der Heinz-Sielmann-Stiftung ausgezeichnet, und das zu Recht. Die Naturwunderwahl 2016 trifft zu Recht das Wattenmeer mit seiner einzigartigen geologischen und ökologischen Vielfalt. Wenn ich es richtig weiß, dann wird dort im Wattenmeer gerade gefeiert. Ich hoffe, dass die

(Thomas Hölck)

Staatssekretärin bei dem Wetter warm angezogen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieses wertvolle Gezeitengebiet gehören keine Probebohrungen mehr, egal für welchen Zweck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eine **Ausweitung der Erdölförderung** im Wattenmeer darf es nicht geben. Am Ende muss die Forderung stehen, die Ölförderung auf Dauer zu beenden. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Schleswig-Holstein ist das **Energiewendeland** Nummer eins, und wir wollen aus der fossilen und atomaren Energieerzeugung aussteigen. Dazu passt wahrlich keine Erdölförderung im Wattenmeer. Das haben wir auch schon 2012 im Koalitionsvertrag deutlich gemacht. Ich gebe gern wieder: Eine Ausweitung der Ölförderung im Nationalpark Wattenmeer und neue Erkundungsbohrungen lehnen wir entschieden ab. Dazu stehen wir, dazu bleibt es.

Nach dem Nationalparkgesetz sind Bohraktivitäten zur Aufsuchung oder Förderung von Öl außerhalb der Mittelplate verboten. Das hat der Wissenschaftliche Dienst mit einem Gutachten 2008 eindeutig bestätigt. Auch Greenpeace und der WWF gehen laut „dpa“-Meldung davon aus, dass **Probebohrungen** mit dem bestehenden Nationalparkgesetz ausgeschlossen sind.

Nun kommt die Fraktion der PIRATEN mit einem **Gesetzentwurf zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer vor Ölbohrungen** um die Ecke. Man fragt sich bei der bereits bestehenden Gesetzeslage, die von den PIRATEN anerkannt wird, ob es sich bei dem Gesetzentwurf um ein ernsthaftes Anliegen oder wieder einmal um reinen Populismus handelt.

(Uli König [PIRATEN]: Was soll das denn?)

- Das kann ich Ihnen genau erklären, Herr Kollege! Wenn man einen Blick auf die Homepage der PIRATEN zu dem Thema wirft, dann sind in der Tat Zweifel an Ihrer Ernsthaftigkeit angebracht. Ich zitiere von Ihrer Homepage:

„Im aktuell gültigen Nationalparkgesetz ist zwar die Erdölförderung verboten, Probebohrungen werden aber nicht explizit mit erwähnt. Dass diese dennoch unter das Verbot fallen, hatte der Wissenschaftliche Dienst des Landtages bereits 2008 in einem Gutachten festgestellt. Dennoch wollten sich das Um-

weltministerium und der zuständige Minister Dr. Robert Habeck bislang nicht festlegen.“

Meine Damen und Herren, was für eine krude Begründung. Da braucht sich niemand festzulegen, weil die Gesetzeslage eindeutig ist.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie konstruieren Zusammenhänge und täuschen die Öffentlichkeit, indem Sie an der Haltung des Ministers zweifeln.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Hölck, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege Hölck, ist Ihnen bekannt, dass Juristen genau über die Frage streiten, die Sie nennen, nämlich ob Erkundungsbohrungen von dem Begriff umfasst sind? Die DEA vertritt eine andere Meinung. Es gibt eine trilaterale Wattenmeerschuttkonferenz, auf der auch die Minister damals eine andere Meinung vertreten hatten, nämlich die, dass Probebohrungen nicht ausgeschlossen seien. Selbst die letzte schleswig-holsteinische Landesregierung hat die Meinung vertreten, dass dies mit dem Nationalparkgesetz vereinbar sei. Das heißt, unser Anliegen ist ganz einfach die Frage, die auch nach unserer Meinung zwar schon geklärt ist, die aber noch rechts- und gerichtssicher in das Gesetz hineingeschrieben werden sollte, damit das auch vor Gericht bestehen kann.

Thomas Hölck [SPD]:

Ich habe nicht über streitende Juristen gesprochen, sondern über Ihre Homepage. Die habe ich mir einmal ausgedruckt, weil mir das ganz gut gefallen hat. Auf der behaupten Sie nämlich etwas anderes. Darauf habe ich mich bezogen. Insofern muss ich mich, glaube ich, nicht korrigieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz der gesetzlichen Regelung im Nationalparkgesetz muss jeder **Antrag** auf eine **Erkundungsbohrung** ge-

(Thomas Hölck)

prüft und bewertet werden. Das ergibt sich aus § 67 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz. Danach kann von den Geboten und Verboten des Bundesnaturschutzgesetzes in einer Rechtsverordnung aufgrund von § 57 sowie nach dem Naturschutzrecht der Länder auf Antrag eine Befreiung gewährt werden. Das heißt, die Befreiungsmöglichkeit von sämtlichen naturschutzrechtlichen Verboten ist immer in Betracht zu ziehen. Die Befreiung wäre zu gewähren, wenn dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist. So steht es im Gesetz. Diese Hürde dürfte bei Anträgen auf Erkundungsbohrungen allerdings nicht übersprungen werden. Allerdings können auch Anträge pauschal abgelehnt werden. Sie müssen geprüft, bewertet und dann zurückgewiesen werden. Da ändert sich auch nichts dadurch, dass Sie das Gesetz für den Nationalpark ändern wollen. Die **Prüfung** und die Bewertung werden bleiben.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Hölck, erlauben Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Thomas Hölck [SPD]:

Ja, bitte sehr.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte, Herr Kollege.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Haben Sie die Antworten des Umweltministeriums auf meine Anfrage hierzu gelesen? Denn darin sagt das Ministerium selber, dass unser Nationalparkgesetz abschließend ist. Das heißt, wenn es sagt: Ölförderung nur auf der Mittelplate, dann also Ölbohrungen nur von der Mittelplate aus, und dann sind keine Ausnahmen zulässig. Das heißt, es bedarf auch keiner Prüfung von Ausnahmegenehmigungen, weil diese Ausnahmевorschrift in dem Bereich nicht anwendbar ist.

Thomas Hölck [SPD]:

Das ist ja richtig. Trotzdem müssen Sie die Anträge prüfen und bewerten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das können wir doch auch im Ausschuss klären!)

- Ja, das können wir am Ende auch im Ausschuss klären! Das war ein guter Hinweis des Herrn Kollegen Arp.

(Beifall SPD und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine **Erdölförderung und Erdölbohrung** sind mit dem **Schutzzweck des Nationalparks** nicht zu vereinbaren. Daran darf es keinen Zweifel geben.

Wir werden das parlamentarische Verfahren zum Gesetzentwurf der PIRATEN intensiv begleiten. Wenn sich herausstellen sollte, dass etwas im Nationalparkgesetz verbessert oder nachjustiert werden muss, werden wir uns dem nicht verweigern. Allerdings stehen wir nicht für rein kosmetische Veränderungen zur Verfügung.

Ich beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfs in den Umwelt- und Agrarausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens. Der **Nationalpark Wattenmeer** ist nicht nur Weltnaturerbe, sondern er ist auch sozusagen das **Kronjuwel des Naturschutzes** hier in Schleswig-Holstein.

Zweitens. Die CDU möchte weiterhin **Erdölförderung** im Nationalpark und wäre sogar bereit, diese auszuweiten.

Drittens. Für uns Grüne ist klar: Erdölförderung gehört nicht in den Nationalpark, jede Bohrung, die darauf ausgelegt ist, Öl zu fördern, damit logischerweise auch nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Hölck hat auf den Koalitionsvertrag hingewiesen. Wir haben in diesem Hause eine Mehrheit für diese Auffassung und wollen die auch in der nächsten Legislaturperiode haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich glaube, Herr Kollege Arp, dass ich nicht die Einzige bin, die sich das wünscht, sondern dass ich diesen Wunsch mit vielen Menschen und - davon

(Marlies Fritzen)

gehe ich aus - mit der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in diesem Lande teile.

Nun ist schon mehrfach davon gesprochen worden, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Auch der Herr Kollege Patrick Breyer hat nun endlich einmal zugegeben, dass mehrere Juristen unterwegs sind und dass es noch viel mehr Meinungen gibt. Deswegen hat die **Mittelplate Bestandsschutz**. Wir müssen das respektieren.

Was ich allerdings nach wie vor für einen richtig schlimmen Fehler halte, ist die von Schwarz-Gelb in der letzten Legislaturperiode vorgenommene vorfristige und völlig unverhältnismäßige Verlängerung der **Erlaubnis** zur Ölbohrung auf der Mittelplate bis zum Jahr 2041.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das passt zu einer Partei, die sagt: „In einem Nationalpark, in dem Naturschutz an oberster Stelle stehen muss, wollen wir Ölförderung verlängern.“ Was ich noch viel schlimmer finde, das ist die Art und Weise, wie Sie dieses damals klammheimlich durchgedrückt haben. Sie haben nicht einmal dazu gestanden. Das war wirklich skandalös!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das schafft Planungssicherheit, Frau Kollegin!)

Wir bewegen uns also im Bereich des Rechts. Der Kollege Hölck hat schon darauf hingewiesen. Es geht um die Frage, inwieweit auch das BNatSchG einschlägig ist. Das ist eine neue Frage in diesem Zusammenhang, über die wir noch einmal nachdenken müssen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Danke, Herr Präsident! - Wir müssen darüber beraten, ob das einschlägig ist. Für mich ist das die einzige Frage, die man juristisch klären muss. Wenn ich das richtig verstanden habe - Sie haben das ja im Grunde auch schon zugegeben -, dann prüft das Ministerium genau das.

Wir als Grüne schließen uns der **Rechtsauffassung des Wissenschaftlichen Dienstes** und anderer an, wonach innerhalb des Rahmens des Nationalparkgesetzes eine weitere Erdölbohrung nicht erfolgen darf, dass das also abschließend geregelt ist. Wie gesagt, inwieweit das BNatSchG einschlägig ist, wird gerade geprüft.

Herr Kollege Breyer, die Formulierung, die Sie vorschlagen, die präzisieren soll, ist mir als Rückenwind durchaus herzlich willkommen. Ob sie aber wirklich notwendig ist, darüber werden wir sicherlich im Ausschuss diskutieren.

Soweit der PIRATEN-Antrag aber zum Entern gedacht ist, muss ich Ihnen sagen: Wir segeln meilenweit voraus mit Kapitän Habeck. Sie werden uns kaum einholen. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kennen ja alle das übliche PIRATEN-Schema, das wir in den letzten Jahren haben kennenlernen dürfen: Eine Bürgerinitiative oder Umweltschutzorganisation macht eine Protestaktion, und schon bohrt Dr. Patrick Breyer mit einer Kleinen Anfrage nach. Anschließend, wenn die Antworten der Landesregierung vorliegen, kommen die PIRATEN dann mit einem Antrag oder einem Gesetzentwurf aus dem Knick beziehungsweise aus dem Bohrloch.

Dieses Mal war es eine Protestaktion von Greenpeace, und offenbar hatte es Dr. Breyer extrem eilig; denn anders ist der Rechtschreibfehler in dem Ein-Satz-Gesetzentwurf nicht zu erklären. Herr Dr. Breyer, ein Satz und dann ein schlimmer Rechtschreibfehler! Das Wort „Gewinnung“ schreibt man groß, auch wenn man nichts mehr zu verlieren hat.

(Beifall und Heiterkeit FDP)

Willkommen in der fünften Jahreszeit.

(Heiterkeit FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, dieses populistische Manöver der PIRATEN hat inhaltlich wenig Substanz, ignoriert Fakten, und es stellt sich die Frage, ob so eine **Einzelfallgesetzgebung** überhaupt tragbar ist.

Umweltminister Dr. Habeck hat sich am Tage der Greenpeace-Aktion in einem „dpa“-Interview zu dem Satz hinreißen lassen:

„Es ist kein Geheimnis, dass ich weitere Ölbohrungen im Wattenmeer falsch finde.“

Ich muss sagen, Herr Dr. Habeck, solche Aussagen von einem zuständigen Minister finde ich wirklich falsch.

(Beifall FDP)

(Oliver Kumbartzky)

Die zuständigen **Behörden** müssen, und - davon gehe ich aus - sie werden auch sachlich und ideologiefrei nach **Recht und Gesetz** prüfen und entscheiden.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Krumbeck?

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Bitte schön.

Sven Krumbeck [PIRATEN]: Herr Kollege Kumbartzky, wie ist denn Ihre Meinung zu Ölbohrungen im Wattenmeer?

- Dazu komme ich noch! Das wird Sie zwar nicht freuen, aber ich sehe dem sehr positiv entgegen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine Damen und Herren, es findet derzeit im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine akribische **Umweltverträglichkeitsvorprüfung** durch die Behörden statt. Im weiteren Verlauf des Verfahrens wird, so die Aussage von DEA, das Projekt im Rahmen eines Dialogverfahrens mit allen relevanten Beteiligten diskutiert und erörtert. Dieses transparente Verfahren sollte doch ganz in Ihrem Sinne sein, Herr Dr. Breyer. Aber anscheinend ist Transparenz nur dann gut, wenn es den PIRATEN ins Thema passt. Genauso sieht es nämlich bei Ihnen aus.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Es sind übrigens schon jetzt **Verbesserungsvorschläge** in die Antrags- und Planungsunterlagen eingeflossen. Durch eine Minimierung des Einflusses auf natürliche Schutzgüter sollen die beantragten Probebohrungen ökologisch verantwortlich durchgeführt werden.

Durch die Installationen für die Bohrungen werden keine bleibenden Einrichtungen im Wattenmeer entstehen. Sie werden in kurzen Zeitabschnitten von einem speziell gebauten und eingerichteten Ponton niedergebracht und im Anschluss an die Probebohrungen wieder entfernt. Enorm hohe Sicherheitsstandards sollen dabei negative Auswirkungen auf das Wattenmeer vermeiden.

Im Falle einer wirtschaftlichen **Ölfündigkeit** würden definitiv **keine Fördereinrichtungen im Wattenmeer** errichtet; da muss ich Sie also auch enttäuschen. Dazu hat sich die DEA gegenüber den Landesregierungen von Niedersachsen und Schles-

wig-Holstein übrigens auch verpflichtet. Gefördert würde im Fall der Fälle durch weit abgelenkte Bohrungen von Land oder eben von der Förderinsel Mittelplate A aus.

Ich halte es im Übrigen - jetzt komme ich zu der Zwischenfrage von Herrn Krumbeck - für nachvollziehbar, das Feld weiter zu erkunden. Die **Mittelplate** ist nicht nur die größte deutsche Erdöllagerstätte und das förderstärkste Ölfeld Deutschlands. Mit zwei Dritteln der nationalen Ölreserven ist Mittelplate auch das einzige **deutsche Ölfeld mit Zukunft**. Diese Förderung trägt nicht unerheblich zur Verringerung der Importabhängigkeit Deutschlands bei und leistet einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Die Bohr- und Förderinsel Mittelplate A besitzt Bestandsschutz. Das ist damals in das Nationalparkgesetz aufgenommen worden, und diese Ausnahmeregelung wurde so auch von den Grünen akzeptiert; auch das muss man einmal festhalten.

(Beifall FDP und CDU)

Was die technologiefeindlichen Grünen und PIRATEN außerdem immer wieder vergessen, ist die Tatsache, dass die Mittelplate einen **volkswirtschaftlichen Wert** von mehreren Milliarden Euro hat. Da reden wir über Tausende von Arbeitsplätzen. Das ist nicht nur die Bohrinself. Das ist nicht nur die Landstation. Das sind nicht nur die Tankstellen, sondern das ist viel mehr. Fahren Sie doch einmal nach Brunsbüttel ins Industriegebiet! Da ist Sasol. Was machen die denn aus dem Öl? Shampoo und, mein Gott, Zahnbürsten!

(Beifall FDP und CDU)

Ja, unser täglich Öl gib uns heute, Herr Dr. Tietze. Ich empfehle Ihnen, auch einmal zur Mittelplate zu fahren, Herr Dr. Breyer. Das Grundprinzip dort ist die vollständige Abschottung vom Wattenmeer.

Eines habe ich noch vergessen: Ihr dämliches Beispiel mit der „Pallas“. Die „Pallas“ war ein Holzfrachter. Das wollte ich nur einmal klarstellen.

(Heiterkeit FDP und CDU)

Wenn Sie so argumentieren, wie Sie es eben getan haben, dann kann ich wohl davon ausgehen, dass Sie die Seeschifffahrt komplett verbieten wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Sie müssten es doch begrüßen, wenn Rohöl vor Ort verarbeitet wird und eben nicht um die ganze Welt verschifft werden muss.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Ich muss leider zum Schluss kommen. - Ich wollte noch erwähnen: Die 76 Millionen € im Landeshaushalt verarbeiten Sie immer schön regelmäßig. Da ist das in Ordnung. Wenn es um Geld geht, ist alles gut.

Wir sehen wirklich keine politische Möglichkeit und vor allem auch keinen Sinn darin, Ihrem Antrag zuzustimmen und die Ölförderung zu verbieten. Selbst Greenpeace - mein letzter Satz - sagte am 17. Februar 2008 in der „Welt“: Mittelplate ist eine der sichersten Bohrsinseln weltweit. - Frei nach Dr. Habeck schließe ich mich an und sage: Es ist kein Geheimnis, dass ich diese Aussage für richtig halte. - Danke schön.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kumbartzky, die Formulierung mit dem dämlichen Beispiel lassen wir einmal durchgehen.

Dann wollen wir jetzt gern die Position des SSW hören. Das Wort hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Vergangenheit hat es verständlicherweise immer wieder Diskussionen gegeben, wenn es um die Genehmigung von **Explorationsbohrungen im Nationalpark Wattenmeer** ging; denn die Aufsuchung und Förderung von Öl hat nichts im Nationalpark zu suchen.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Richtig ist aber auch: Die **Mittelplate** hat hier einen **Bestandsschutz**. Unseres Erachtens deckt er sich aber nicht mit den Zielen unseres Nationalparks oder des Weltnaturerbes. Die Ölförderung hat nichts mit nachhaltiger Nutzung zu tun. Dort werden Rohstoffe unwiederbringlich abgebaut, quasi ausgebeutet, und der Nationalpark wird permanent der Gefahr ausgesetzt, verschmutzt zu werden. Zudem hat die Ölförderung im Wattenmeer wenig mit der traditionellen Nutzung zu tun, wie beispielsweise Fischerei oder Tourismus. Darüber hinaus ist niemandem zu erklären, dass seinerzeit aus ökologischen Gründen Nullnutzungszonen im National-

park eingerichtet wurden, die Ölindustrie aber wie bisher im Wattenmeer fördern darf.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Nun plant **DEA** in einer **Explorationskampagne** das Abteufen von drei Explorationsbohrungen im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer; so geht es aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor. Dies haben die PIRATEN nun zum Anlass für ihren Gesetzentwurf genommen. Zugegeben, die Zielsetzung des vorliegenden Entwurfs, den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer vor Risiken von Erdölbohrungen zu schützen, findet auch die Zustimmung des SSW. Die Frage ist jedoch, inwieweit uns der Vorschlag der PIRATEN hilft, um weitere Erkundungsbohrungen künftig zu verhindern.

Das Nationalparkgesetz ist in seiner Zielsetzung bezüglich Erkundungsbohrungen sowie Ölförderung bereits klar. Der **Wissenschaftliche Dienst des Landtages** trifft hierzu in seiner **Stellungnahme** zu Probebohrungen im Wattenmeer vom Juni 2008 eindeutige Aussagen. Darin steht unter anderem:

„Damit bleibt festzustellen, dass Ölbohrtätigkeiten innerhalb des Gebietes des Nationalparks Wattenmeer über die gesetzlichen bestandsgeschützten Aktivitäten hinaus vom Nationalparkgesetz ausgeschlossen werden und auch nicht genehmigungsfähig sind.“

Deutlicher geht es kaum. Jedoch wissen wir aus Erfahrung, dass bei der Genehmigung von Explorationsbohrungen auch Bundesrecht eine Rolle spielt. So stellt sich beispielsweise die Frage, warum das Bundesberggesetz Schutzgüter wie Nationalparks nicht entsprechend berücksichtigt. Das ist aus unserer Sicht ein Fehler im bestehenden System, der wieder einmal verdeutlicht, dass das Bergrecht veraltet ist und endlich novelliert werden muss.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch das Bundesnaturschutzgesetz ist bei einer Entscheidung heranzuziehen. Laut § 67 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz kann eine Befreiung gewährt werden. Gleichwohl will ich hier sagen, dass die Hürden dafür relativ hoch sind.

Wir haben seinerzeit die **Konzessionsverlängerung für RWE-DEA** von über 30 Jahren stark kritisiert. Es hätte keine Verlängerung geben dürfen. Damit wurde letztlich durch die Hintertür die Möglichkeit geschaffen, die Ölförderung geografisch und zeitlich auszuweiten. Stattdessen hätte damals

(Flemming Meyer)

über den Ausstieg aus der Ölförderung im Wattenmeer verhandelt werden müssen. Doch das ist aus heutiger Sicht Geschichte.

Wir freuen uns nun auf das parlamentarische Verfahren und insbesondere auf die Erkenntnisse, die wir dort erlangen können. Für den SSW ist eines klar: Wir wollen den Nationalpark und das Weltnaturerbe erhalten. Nur traditionelle Nutzungen in einem nachhaltigen Umfang sowie der Küstenschutz haben dort unserer Meinung nach einen berechtigten Platz. - Jo tak!

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Klaus Jensen das Wort.

Klaus Jensen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin noch einmal in die Bütt gegangen, weil ich die Entwicklung des Nationalparks so ziemlich von Anfang an mitverfolgt habe und hier aus meiner Sicht noch einige Punkte klarstellen beziehungsweise betonen möchte. Was die **Mittelplate** angeht, so bestand diese, als der **Nationalpark** eingerichtet wurde. Insofern ist der **Bestandsschutz** nachvollziehbar.

(Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Tiere waren zuerst da!)

- In die Diskussion möchte ich jetzt nicht einsteigen; denn wir als Nutzer des Nationalparks können sagen: Der Nationalpark ist so schützenswert, weil wir uns vor Ort immer ein Stück weit darum gekümmert haben. Das wird immer gerne vergessen.

(Beifall CDU und SSW)

Der Bestandsschutz wurde gewährt, weil die wirtschaftliche Nutzung abgesichert werden musste, aber auch, weil sie sich bewährt hat. Das hat Heiner Rickers hier schon deutlich gemacht. Wir würden auch eine Adler-Express heute niemals mehr bekommen. Ich bin froh, dass wir die Adler-Express haben, die Hooge, Amrum und Sylt miteinander verbindet und die Gäste beziehungsweise Touristen hin- und herbringt. Das ging auch nur über den Bestandsschutz. So etwas wäre im Nationalpark nie mehr möglich gewesen. Insofern finde ich das gut.

Ich will noch einmal insgesamt auf die **traditionellen Nutzungen** zu sprechen kommen. Damit ist nicht unbedingt die Ölförderung gemeint, sondern

damit sind viele andere wirtschaftliche Nutzungen gemeint, die es vor Ort im Nationalpark gibt. Der touristische Part ist schon angesprochen worden. Da gibt es viele sinnvolle und gute Vereinbarungen. Ich möchte aber auch noch einmal auf die Fischerei hinweisen und klarstellen, weil wir das wahrscheinlich in den nächsten Sitzungen auf den Tisch bekommen werden: Mit uns sind, gerade was die Krabbenfischerei angeht, keine weiteren Einschränkungen zu machen.

Wenn das unter der Überschrift läuft: „Wir müssen 50 % Nichtnutzung oder eine Nullnutzung im Nationalpark haben, weil das überall so ist“, sage ich: Das passt hier nicht her. Wir leben und arbeiten in einem Nationalpark. Das soll auch weiterhin möglich bleiben.

(Beifall CDU, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten König?

Klaus Jensen [CDU]:

Gerne.

Uli König [PIRATEN]: Ich mache es auch ganz kurz. - Sehr geehrter Herr Kollege, sind Sie für oder gegen eine Ölförderung im Wattenmeer?

- Die Förderung, die jetzt auf Mittelplate gemacht werden darf, unterstütze ich. Insofern wird kein weiterer Punkt im Nationalpark dazu dienen, Erdöl zu fördern. Probebohrungen stehe ich eindeutig abgeschlossen gegenüber.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, weil Andreas Tietze die „Pallas“ angesprochen hat. Die Havarie der „Pallas“ ist deswegen zu einer Katastrophe geworden, weil wir in Kiel zu der Zeit einen grünen Umweltminister hatten - Steenblock, für alle, die sich erinnern -,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Oh ja!)

der total überfordert war, diesen Notfall in den Griff zu bekommen. Insofern ist viel mehr passiert, als vielleicht hätte passieren müssen. Ich will das nicht kleinreden, aber die Verantwortlichkeit noch einmal klar darstellen.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

Danke schön.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir nicht mehr vor.

Jetzt hat für die Landesregierung der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sehr geehrte Damen und Herren! Vieles ist schon gesagt worden. Erlauben Sie mir, einige Dinge aus meiner Sicht zu kommentieren und dann zum Kernpunkt der Debatte vorzustoßen.

Erstens. Das **Gutachten**, das zitiert wurde, wurde damals vom Vorsitzenden der Grünen-Fraktion, Karl-Martin Hentschel, 2008 in Auftrag gegeben. Als ich Fraktionsvorsitzender wurde, war das Gutachten genau der Kenntnisstand meiner politischen Debatte, auf deren Basis ich Minister geworden bin. Niemand braucht uns zu belehren, was in diesem Gutachten steht - mich schon gar nicht.

Zweitens. Ich bin gegen die **Förderung von Öl im Nationalpark**. Daraus mache ich kein Geheimnis. Das habe ich nicht zuletzt bei der Greenpeace-Aktion, sondern schon von Anfang an gesagt. Ich bin aber auch gegen Atomkraft. Ich bin seit viereinhalb Jahren Minister und auch für den sicheren Betrieb des AKW Brokdorf zuständig. Das heißt: Nicht alles, was ich politisch will, kann sich sofort morgen in Gesetze oder Handlungen umsetzen lassen.

Drittens hat Herr Breyer gesagt, dass es viele Gründe gibt, gegen Ölförderung im Nationalpark zu sein: Tourismus, Ökologie, Klimaschutz und so weiter. Es gilt aber, einige Abwägungen zu treffen. Genau das ist in der Genehmigung zu prüfen. Es handelt sich nämlich um eine **Abwägungsentscheidung** der dann zuständigen Behörde, die natürlich vom Ministerium als Fachaufsicht überwacht wird. Dabei wird geprüft, ob alle Gründe richtig gewichtet wurden. Das ist die Rolle des Ministeriums.

Nach dem Nationalparkgesetz ist es unzulässig, nach Öl zu bohren oder überhaupt Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen. Das ist völlig unstrittig. Das heißt: Der Antrag der PIRATEN ist eine Präzisierung, die nicht falsch ist, die aber den eigentlichen Punkt der Schwierigkeit der Genehmigung von Explorationsbohrungen nicht adressiert. Ich bezweifle, dass er helfen wird.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Herr Dr. Breyer, ich trage das vor. Wir müssen nicht diskutieren. Sie wissen, dass ich Sie nicht mehr dazwischen nehme.

(Vereinzelter Beifall CDU, Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich bezweifle, dass der Antrag zur eigentlich intendierten Entscheidung beitragen wird, und zwar aus folgendem Grund. Die DEA schreibt in den Antragsunterlagen: Die DEA Erdöl AG plant das **Abteufen von Erkundungsbohrungen**. An allen drei Lokationen erfolgen Messungen und Untersuchungen, aber keine Fördertests.

Die Frage ist, ob man nach dem mehrfach zitierten § 67 des Bundesnaturschutzgesetzes trotz übergeordneter wissenschaftlicher oder sozialer Interessen die Abteufung von Bohrungen, die nicht zur Förderung führen, die nicht der Testförderung dienen, sondern die für Messungen und Untersuchungen da sind, untersagen kann.

Die Auffassung der alten, schwarz-gelben Landesregierung war, dass das nicht zu untersagen ist. Das ist mehrfach aktenkundig niedergelegt. Insofern haben wir eine von den Genehmigungsbehörden und der Fachaufsicht, dem damaligen Wirtschaftsministerium unter Jost de Jager, hinterlegte Aktenmeinung. Andererseits haben wir in den letzten viereinhalb Jahren viele politische Prozesse gehabt: CCS-Verbotsgesetz, Wassergesetz, das Einführen von Fracking und die Erhöhung des Erdölförderzinses. Selbst die Endlagersuchkommission hat gesagt, wir brauchten stabiles Erdreich, um ein Atomendlager zu finden. Es gab also eine Menge politischer Prozesse, die nahelegen, zu einer Überprüfung dieser Entscheidung zu kommen.

Dazu gehört auch die Wertschöpfung durch Tourismus im Nationalpark. Dazu gehört selbstverständlich auch der völkerrechtlich bindende Klimaschutzvertrag. Dazu gehört auch eine gewandelte Wertschätzung der Ökologie, also des Naturwerts des Nationalparks. All das muss geprüft und abgewogen werden - entlang des beantragten Verfahrens der DEA.

Wenn die DEA beantragt, eine Erkundungsbohrung zur Erdölförderung durchzuführen, bei der auch Erdöl fließt, muss der Antrag nach meiner Auffassung negativ beschieden werden. Das ist völlig unstrittig und wäre längst so passiert.

(Minister Dr. Robert Habeck)

Aber die Antragsunterlagen wurden nachgebessert. Die jetzt beantragten Fördertests sagen explizit, dass nur Messungen und Untersuchungen erfolgen sollen, aber keine Fördertests. Ob das unter die Versagungsgründe mit Blick auf den Nationalpark fällt, wird gerade geprüft.

Die Präzisierung, die die PIRATEN vornehmen wollen, erfasst genau diese Formulierung nicht. Sie ist deswegen keine schlechte Präzisierung, aber sie erfasst das intendierte Resultat nicht, sondern das ist die Abwägungsentscheidung entlang der überwiegend öffentlichen Interessen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Minister, lassen Sie mich folgende Punkte klarstellen: Zum Ersten fällt das, was die DEA will, unter unseren **Gesetzentwurf**. Darin steht ganz klar, dass das **Verbot von Ölbohrungen** auch für Bohrungen zur Aufsuchung von Erdöl gilt. Das ist unabhängig davon, ob Öl fließt oder nicht.

Es geht vielmehr darum, ob die Bohrung dazu dient, nach Öl zu suchen oder nicht. Das tut die Bohrung, die die DEA vorhat, auf jeden Fall, jedenfalls nach den eigenen Antragsunterlagen der DEA und nach dem, was die DEA auf ihrer Website öffentlich schreibt. Unser Gesetzentwurf adressiert also genau den Fall, der jetzt vorliegt. Ich glaube nicht, dass Organisationen wie WWF, BUND, Greenpeace oder andere ihn als sachdienlich beurteilen würden, wenn er komplett am Problem vorbeigehen würde.

Zweitens möchte ich einige Anmerkungen zu dem machen, von dem Sie eben gesagt haben, dass es geprüft werden müsse. Ich verstehe das nicht. Denn wir hatten seit 2008 das **Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes**, das zu dem Ergebnis kommt, dass solche Probe- beziehungsweise Erkundungsbohrungen abzulehnen sind. Dabei wird nicht darauf abgehoben, ob Öl fließt oder nicht. Ich hatte Ihnen schon geschildert, dass die Explorationsbohrungen gefährlicher als Förderbohrungen sind. Das heißt: Es kommt gar nicht darauf an, ob dort Ölvorkommen angebohrt werden. Man weiß das auch gar nicht. Man kann im Vorhinein nicht immer sicher

ausschließen, was da passieren kann. Selbst wenn es keine Katastrophe gibt, wird der Nationalpark gestört. Das ist unvereinbar mit dem Gedanken des Nationalparks. Deswegen verstehe ich nicht, was das Problem ist.

Aber wenn ich mir vor Augen führe, was Sie bei der Protestaktion von Greenpeace gesagt haben, nämlich dass Sie die Entscheidung noch vor der Landtagswahl treffen wollen und dass Sie eine Neubewertung vornehmen wollen, wie Sie es eben dargestellt haben, dass man die Sache anders als die alte Landesregierung beurteilen müsse, die es damals übrigens schon falsch beurteilt hat, finden wir das gut. Wir können das nur unterstützen. Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf etwas beitragen, um das rechtssicher zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/4809 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Die Wahl für den Nordischen Rat wird unmittelbar nach den gesetzten Punkten am Nachmittag behandelt.

Herr Landtagsdirektor, Professor Dr. Utz Schliesky, hat uns alle zu einem Empfang im Schleswig-Holstein-Saal eingeladen.

Für die Mittagspause wünsche ich Ihnen guten Appetit und gute Entspannung.

(Unterbrechung: 13:39 bis 15:04 Uhr)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer der Fachschule der Luftwaffe Fassberg in Niedersachsen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 13 und 37 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Kulturbericht 2013 bis 2016**

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des
SSW
Drucksache 18/4817

**b) Bericht zum Programm „Schule trifft Kultur
- Kultur trifft Schule“**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 184591

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das
ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Ta-
gung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstim-
men, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben wer-
den soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das
Handzeichen. - Das ist einstimmig beschlossen.

Für die Berichterstattung zu a) und zu b), also zu
beiden Punkten, die ich soeben aufgerufen habe, er-
teile ich für die Landesregierung das Wort der
Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke
Spoorendonk.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SSW)

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur
und Europa:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Da-
men und Herren! In der vorigen Woche konnten
wir große und wichtige **Bauprojekte** für die **Stif-
tung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen** fi-
nanziell absichern,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

und zwar über die aktuelle Legislaturperiode hin-
aus. Sie wissen, in Schloss Gottorf wird der Master-
plan umgesetzt, auch mit einem spektakulären An-
bau. Mit 15,6 Millionen € übernimmt der Bund die
Hälfte der Kosten. Die andere Hälfte stellt das Land
als Kofinanzierung aus dem IMPULS-Programm
bereit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Sie werden nach Inkrafttreten des Bundeshaushalts
2017 im kommenden Jahr in der Maßnahmenpla-
nung festgeschrieben.

Gestatten Sie mir, mich auch von dieser Stelle aus
für die hervorragende Zusammenarbeit mit meiner
Kollegin, Finanzministerin Monika Heinold, zu be-
danken, weil sie nicht Kassenwärterin ist, sondern

stets mitdenkt und für inhaltliche Projekte immer
ein offenes Ohr hat. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Gleichzeitig möchte ich mich für die große Unter-
stützung durch unsere Bundestagsabgeordneten in
Berlin, Bettina Hagedorn und Norbert Brackmann,
bedanken; denn ohne deren Hilfe hätten wir größere
Schwierigkeiten zu beseitigen gehabt.

(Beifall SSW und SPD)

Sie wissen, dass wir nicht nur den Masterplan Got-
torf in Angriff nehmen, sondern dass es auch mit
der Sanierung der Lübecker Synagoge weitergeht.
Sie haben auch gesehen, dass weitere Mittel für den
Denkmalschutz und für andere wichtige Maßnah-
men im Land bereitgestellt worden sind.

Doch das ist nicht alles. Das Freilichtmuseum in
Molfsee erhält eine neue Ausstellungshalle. Wir un-
terstützen die Sanierung der Kunsthalle in Kiel
ebenso wie die MuK Lübeck. Die dringend notwen-
dige Sanierung des Wikinger Museums Haithabu hat
in diesem Jahr mithilfe von EU- und Landesmitteln
begonnen. Der 4,4 Millionen € teure Neubau des
Magazins auf dem Hesterberg wird gerade errichtet.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nur nebenbei eine weitere Info: In dieser Legisla-
turperiode konnten wir so erfolgreich wie nie zuvor
Bundesmittel für die **Kultur** einwerben.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein für Investitionen sind es mehr als 26 Millio-
nen €. - Jetzt dürfen Sie applaudieren.

(Lebhafter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe schon angedeutet, dass sich unsere Zahlen
insgesamt sehen lassen können. So ist es uns gelun-
gen - auch das wissen Sie bereits -, den **Kultur-
haushalt** des Landes von **2013 bis 2016** um über
20 % zu steigern.

Meine Damen und Herren, gute Kulturpolitik für
Schleswig-Holstein definiert sich nicht allein über
die Finanzen. Genauso wichtig ist es mir, dass wir
in den vergangenen Jahren die Kulturpolitik im
Land konzeptionell neu und auch erfolgreich ge-
staltet haben. Die umfassende Klammer unserer
Kulturkonzeption sind und bleiben die Kulturper-
spektiven für Schleswig-Holstein. Diese wurden
2013 und 2014 in einem breit aufgestellten Beteili-

(Ministerin Anke Spoorendonk)

gungsverfahren im Rahmen unseres **Kulturdialogs** erarbeitet. Die Kulturperspektiven - auch das ist mir wichtig - bilden damit weiterhin den Maßstab für mein kulturpolitisches Handeln.

Der Erhalt und die **Vermittlung** unseres **kulturellen Erbes** bleiben aktuelle Themen. Besonders die Vermittlung liegt mir hier am Herzen. Ebenso wird es weiterhin notwendig sein, sich für Teilhabe und kulturelle Bildung einzusetzen, insbesondere in einer Gesellschaft, in der die soziale Kluft immer größer wird.

Nicht zuletzt brauchen wir eine stabile und dadurch starke kulturelle Infrastruktur sowie eine moderne Form der Kulturförderung, um die notwendigen Innovationen vorantreiben zu können. Damit bin ich wieder bei dem, was ich eingangs sagte: dass wir in Sachen **kulturelle Infrastruktur** schon einen ordentlichen Schritt weitergekommen sind. Umso mehr kann sich sehen lassen, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben.

Ich möchte einige weitere Beispiele nennen. In der aktuellen Legislaturperiode wurden ein klares, modernes Denkmalschutzgesetz verabschiedet und die Grundlagen für ein „Digitales Archiv Schleswig-Holstein“ geschaffen.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Sven Krumbeck [PIRATEN])

Das in diesem Jahr verabschiedete Bibliotheksgesetz stellt eine rechtliche Aufwertung des Bibliothekswesens in Schleswig-Holstein dar. Es würdigt die Bibliotheken im Land als relevante Standortfaktoren in der Sozialraum- und Stadtentwicklungsplanung. Wir führen zudem das Projekt „Museumsberatung und -zertifizierung“ für alle Museen in Schleswig-Holstein durch.

Mit der Sicherstellung der Finanzierung der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen und deren Entwicklungsplanung bis 2025 sowie der Neugestaltung der Stiftung Schloss Eutin wurden weitere wichtige Meilensteine zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Museen gesetzt.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viel mehr zu nennen. Wichtig ist mir noch zu erwähnen, dass unser Engagement in der **Gedenkstättenentwicklung** und - auch das ist aus meiner Sicht wichtig - für die Unterstützung und Vernetzung der Kultur im ländlichen Raum - Stichwort: **Kulturknotenpunkte** - Teil unserer Kulturkonzeption ist.

Auch den Bereich Bildung und Kultur haben wir weiter ausgebaut. Mit dem Jahr der kulturellen Bildung ist es gelungen, die Bedeutung der kulturellen

Bildung für junge und ältere Menschen in den Fokus zu rücken.

Mit dem **Projekt „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“**, das gemeinsam mit der Stiftung Mercator für die Jahre 2015 bis 2017 initiiert wurde, ist ein Netzwerk von Kulturvermittlerinnen und Kulturvermittlern in Schleswig-Holstein eingerichtet worden, das im Umfeld von Schulen in den sozialen Nahraum hineinwirkt. Über die Fortsetzung des Programms sind das Bildungsministerium und mein Ministerium in guten Gesprächen mit der Mercator-Stiftung. Die Stiftung hat bereits ihre Bereitschaft zur Weiterführung des Projekts signalisiert.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, eine konzeptionelle Kulturpolitik hat sehr viel mit Nachhaltigkeit zu tun. Dabei müssen auch immer die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen bedacht und aktiv angegangen werden. Drei zentrale Themen gibt es aus meiner Sicht: die Digitalisierung, die unter anderem künstlerische Methoden und das Kulturmarketing verändert - ein Projekt für diesen Bereich haben wir in den Haushalt 2017 eingespeist -, die kulturelle Integration von Migrantinnen und Migranten, von Menschen, die zu uns kommen - auch dieser wichtige Ansatz spiegelt sich im Haushalt 2017 wider -, und die kulturpolitischen Antworten auf die Frage, wie man dem Erstarken eines plumpen nationalen Denkens und populistischer Parolen, die auf einem kruden, völkisch-nationalen Kulturbegriff basieren, begegnen muss. Ein starkes Kulturleben stärkt unser gesellschaftliches Zusammenleben und ist gerade in der heutigen Zeit wichtiger denn je.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Recht wird auf europäischer Ebene heute das Thema „cultural ability“ diskutiert. Das soll heißen: Wie kann man durch Kulturfähigkeit der Gesellschaft erreichen, dass eine Gesellschaftsentwicklung nachhaltig wird? Im Hintergrund schwebt auch die Diskussion zu den Nachhaltigkeitszielen der UNO, Agenda 2030, mit.

Wir haben schon einiges erreicht, sicherlich durch mehr Geld, aber vielmehr auch durch gute Ideen, Kreativität, Flexibilität und den Willen aller Beteiligten.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Denn Kultur zeichnet aus, dass sie ständig in Bewegung ist. Kultur in Schleswig-Holstein zeichnet aus, dass alle an einem Strang ziehen. Dazu zähle ich auch, dass wir in Schleswig-Holstein eine gelebte kulturelle Vielfalt haben, nicht zuletzt, weil unsere Minderheiten Teil unserer Kulturarbeit, unseres kulturellen Lebens sind.

Mein Ziel ist, die Kultur zu einem starken Pfeiler unserer Demokratie weiterzuentwickeln. In Schleswig-Holstein sind wir dazu auf einem wirklich guten Weg. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir den Geschäftsführer der Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen, Guido Wendt, und Vertreterinnen und Vertreter von Schloss Gottorf. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

Für die antragstellenden Fraktionen und für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

(Unruhe)

- Die vereinbarte Redezeit wurde um vier Minuten überzogen.

(Zurufe)

Das ist ein wichtiger Hinweis. Dieser Überziehungsbonus steht natürlich allen Fraktionen zur Verfügung. Sie haben also neun Minuten.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor vielen Jahren sagten böse Zungen, der Unterschied zwischen Schleswig-Holstein und einem Joghurt bestehe darin, dass letzterer Kultur habe. Das hat sich gründlich geändert, wie der Kulturbericht der Landesregierung zeigt, für den ich der Ministerin herzlich danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Kultur hat in unserem Land in den letzten vier Jahren einen neuen Stellenwert bekommen - und das, sehr geehrte Frau Ministerin Spoorendonk, liebe Anke, ist vor allem Ihr Verdienst.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unter Ihrer Verantwortung kann nach längerer Zeit des bloßen Verwaltens endlich wieder einmal von **konzeptioneller Kulturpolitik** die Rede sein. Sie haben einen gesamtgesellschaftlichen Dialog initiiert und inspiriert, der in die Kulturperspektiven Schleswig-Holsteins, unsere Kulturleitlinien eingemündet ist.

In den letzten vier Jahren hat der Zwang zur Haushaltskonsolidierung nicht dazu geführt, dass es zu einem Kahlschlag in den kulturellen Strukturen und Angeboten in unserem Land gekommen ist, nach der Devise: „Brot statt Spiele“. Im Gegenteil: Unter Rot-Grün-Blau konnte der **Kulturhaushalt** von rund 26,7 Millionen € im Jahr 2013 auf fast 33 Millionen € 2016 gesteigert werden, ein Plus von rund 20 %!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zugleich haben wir im FAG die Mittel für die Förderung der kommunalen Theater sowie die Mittel für das Bibliothekswesen erhöht. Das beweist: Wir reden nicht nur schön über Kultur, sie ist uns auch etwas wert. - Jetzt könnt ihr klatschen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Bilanz ist wirklich beeindruckend, aber es gibt auch noch viel zu tun. Die Ministerin nennt in ihrem Bericht unter anderem die Themen Digitalisierung und Integration. Ich will drei andere Punkte herausgreifen, die aus meiner Sicht einer weiteren Bearbeitung bedürfen.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren mehrfach mit den Strukturen und Inhalten der politischen Bildung und mit der Gedenkstättenarbeit beschäftigt. Dennoch müssen wir nahezu in jedem Jahr feststellen, dass die Besucherzahlen im Jüdischen Museum Rendsburg ein neues Tief erreicht haben. 2015 haben sich nicht einmal mehr 5.000 Besucher in dieses Haus verirrt, während man in vielen anderen Städten, die **Jüdische Museen** besitzen, oft sehr lange für eine Eintrittskarte anstehen muss. Hier müssen wir über neue Wege nachdenken.

Zweites Beispiel: Wir haben mit der Novellierung des **Denkmalschutzgesetzes** den Blickwinkel wieder weg von der weitgehend wirtschaftlich dominierten Betrachtungsweise hin zum Erhalt unseres kulturellen Erbes verändert. Natürlich wissen wir, dass dies bei den betroffenen Eigentümern auch Ängste, Sorgen und Befürchtungen auslöst - seien sie begründet oder unbegründet. Hilfreich war in jedem Fall die Einsetzung eines Ombudsmanns. Aber

(Beate Raudies)

wir müssen die Informationsangebote in Form und Inhalt weiter verbessern, um die Menschen aufzuklären und zu beruhigen, anstatt sie zu verunsichern.

Drittes Beispiel: Wir haben seit Jahren über den weiteren Umgang mit der sogenannten **Neulandhalle** als Objekt der historischen und politischen Aufklärung debattiert, sind jedoch noch immer nicht zu einer befriedigenden Lösung gekommen. Ich bin mir auch nicht sicher, ob uns dies angesichts des hohen Investitionsbedarfs und des Standorts in Zukunft gelingt. So sehr ich mich über die Bundesförderung für Schloss Gottorf oder die Synagoge in Lübeck freue: Mit einem kleinen Bruchteil dieser Millionen wäre auch das Projekt Neulandhalle inzwischen weiter.

And now to something completely different.

(Zurufe)

- Ja, fluently!

(Zurufe und Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das diskutiere ich mit den Kollegen gleich noch einmal aus. - Jeder von uns weiß, dass die **Vermittlung von Kultur** nicht früh genug ansetzen kann. Darum stärkt das Programm „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“ die kulturelle Arbeit der Schulen, in denen Künstlerinnen und Künstler als Kulturvermittler eingesetzt werden. Ihre Aufgabe ist es, die Schulen mit den kulturellen Einrichtungen vor Ort und in der Region zu vernetzen. Der Bericht der Landesregierung zeigt, wie vielfältig die dabei gewählten Formen sind. Ich freue mich sehr, dass wir dieses Programm auch in Zukunft fortsetzen können, denn ohne kulturelle Bildung fehlt uns etwas in diesem Land.

Ich hätte mich gefreut, wenn uns zur Behandlung der beiden Berichte mehr Zeit zur Verfügung gestanden hätte. Darum sollten wir die Diskussion im Bildungsausschuss fortsetzen, sodass ich bitte, den Bericht der Landesregierung dem Ausschuss zu überweisen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Peter Sönnichsen das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Da freuen wir uns drauf!)

Peter Sönnichsen [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Berichte, mündlich wie schriftlich. Ich will vorab hier gern bestätigen, dass es erhebliche **Fortschritte** im Bereich der **Kultur** gibt, insbesondere auch deren Wertschätzung und Bedeutung für alle gesellschaftlichen Bereiche. Es muss aber auch eine kritische Betrachtung erlaubt sein. Wenn das Erreichte hier so schön herausgestellt worden ist, darf ich vielleicht auch auf das **Nichterreichte** zu sprechen kommen, auch als konstruktive Kritik im Sinne einer Fortsetzung.

Meinen Vorsatz, das Thema nur anhand des Kulturberichts 2013 bis 2016 abzuarbeiten, musste ich schnell aufgeben, dazu ist die Kultur, das bestätige ich hier gern, viel zu vielfältig und damit auch die Themenkreise, die wir uns gesetzt haben. Ich muss mich auf einige Punkte konzentrieren. Die Berichte zitieren den Kulturdialog und die daraus entwickelten **Kulturperspektiven**. Dazu wiederhole ich meine Bemerkung aus deren abschließender Beratung hier im Landtag: Gegenüber der Erarbeitung in den Arbeitsgruppen und in der Lenkungsgruppe waren diese in den Kabinettsberatungen und dem, was hier in den Landtag gekommen ist, doch sehr weichgespült, und die Hürden lagen nicht besonders hoch.

Zum Thema Erhalt des kulturellen Erbes stellen auch Sie das **Denkmalschutzgesetz** an erste Stelle. Im Schnellverfahren wurden bisherige einfache Denkmale in die jetzt einzige Kategorie Denkmale aufgewertet. Bereits jetzt bewahrheitet sich unsere Befürchtung, dass viele Eigentümer eines vorherigen einfachen Denkmals mit der Höherstufung ihrer Immobilie überfordert sind, und das betrifft eben nicht nur die hier schon teilweise genannten ganz herausragenden Denkmale, sondern das betrifft auch - so sage ich es jetzt einmal - jeden einfachen Eigentümer, dessen Immobilie aus Gründen der einheitlichen Straßenansicht unter Schutz gestellt ist und der heute nicht einmal auf der Gebäuderückseite ein VELUX-Fenster einbauen darf.

(Peter Sönnichsen)

(Wolfgang Baasch [SPD]: VELUX-Fenster sind an sich schon eine Bausünde! - Weitere Zurufe)

- Ich kann Ihnen die Briefe dazu vorlegen! Es betrifft Ortsentwicklungen, die durch Aufwertung eines einzelnen Denkmals erschwert werden.

Zum Thema **Erinnerungskultur und Gedenkstätten**: Die Vervielfachung des Haushaltsansatzes - auf das Thema Finanzen komme ich noch zu sprechen - kritisiere ich von der Höhe her selbstverständlich nicht. Das Lob, das Ihnen da entgegenkommt, ist berechtigt. Ich kritisiere aber auch weiterhin die darin beinhaltete Querfinanzierung für institutionelle und wissenschaftliche Begleitung. Was nützt, das sage ich auch in Bezug auf die Besucherzahlen, die hier genannt worden sind, das Wissen um wichtige wissenschaftliche, inhaltliche, historische Dinge, wenn wir nicht in der Lage sind, das zu verkaufen? Da müssen die Schwerpunkte gesetzt werden, und das gilt gleichermaßen für unsere Gedenkstätten. Ich glaube, die Diskussionen vor zwei Tagen hier in diesem Hause haben das noch einmal ganz deutlich gemacht. Was nützen die besten Konzepte, wenn die örtliche Umsetzung nicht begleitet wird?

(Beifall CDU)

Dort handeln weit überwiegend ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, größtenteils die Nachfolgeneration der damaligen Leidtragenden, die Unterstützung gerade in der Pflege und im Erhalt der Stätten und eben deren Präsentation durch überschaubare Öffnungszeiten und dementsprechenden Personaleinsatz ermöglichen.

Ich verkenne nicht die gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen für den gesamten Bereich der Kultur, aber es reicht auch in diesem Bereich der Gedenkstätten nicht aus, punktuell das Theoretische zu fördern und das Pragmatische ganz den Verantwortlichen vor Ort zu überlassen.

Als beispielhafte weitere Punkte des Konzepts nehme ich die bereitgestellten 10.000 € für **Schülerbe-suche** zum Anlass, auf die Querschnittsaufgaben der Kultur hier noch einmal ganz besonders deutlich hinzuweisen. Ihr Bemühen, Frau Ministerin Spoorendonk, will ich anerkennen. Die Unterstützung der Ministerien für Bildung und für Soziales fehlt in diversen Bereichen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern an unseren Antrag auf Kreisfachberater Kultur, der hier im Landtag abgelehnt worden ist. Das hätte zumindest den Einstieg in die Bereitstellung von Lehrerstunden zur Vertiefung

des Themas in den Schulen und die Organisation von Besuchen deutlich verbessern können.

Zum Thema der Erinnerungsstätten gehört - meine Vorrednerin hat das angesprochen, wie immer man zu dem Thema auch stehen mag - auch die **Neulandhalle**. Im Koalitionsvertrag noch verklausuliert unter dem Stichwort der Einwerbung von Bundesmitteln genannt, wurde von Ihnen, Frau Ministerin, hier im Landtag am 19. März 2014 angekündigt, das Konzept fortzuentwickeln. Es gibt eine Vereinbarung mit der Nordkirche, deren finanzielle Zuwendung zum Erhalt des kulturellen Erbes Sie gern entgegennehmen. Zum damaligen Hauptthema und Anlass dieser Vereinbarung Neulandhalle hören wir seit Ablehnung der Bundesförderung aber kein Wort.

Beim schriftlichen Bericht zum Thema „**Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule**“ will ich an meine vorangegangenen Ausführungen zur Gemeinschaftsaufgabe verschiedener Ministerien anknüpfen. Es reicht ganz einfach nicht, Schilder mit der Aufschrift Kulturschule, Kultur-Kita zu verleihen. Der Bericht zeigt, dass die wesentlichen Initiativen von der Kultur ausgehen, nicht von den Schulen. Im Übrigen - Sie haben eben gesagt, es werde fortgeschrieben - kann jede Landesregierung nur darauf hoffen, dass die Mercator-Stiftung auch über das Jahr 2017 hinaus fördert, denn sonst würden diese sinnvollen Programme sicherlich nicht mehr mit dem Leben erfüllt werden können, wie wir es heute erfreulicherweise zur Kenntnis nehmen dürfen.

Aus dem Kapitel Kulturförderung und kulturelle Infrastruktur

(Unruhe - Glocke Präsident)

spreche ich das **Bibliotheksgesetz** an. Es ist und bleibt eine Statusfestschreibung. Darüber können auch eine befristete Dynamisierung und ein Bücherpreis nicht hinwegtäuschen. Der Kollege Dr. Stegner hat heute Vormittag fast euphorisch über die Leistungen in Sachen Konnexität referiert. Beim Bibliotheksgesetz hat ihm Mut und Kraft dazu gefehlt.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie verweisen auf eine über 20-prozentige Steigerung im **Kulturhaushalt**. Die Investition, die Sie hier genannt haben, und deren Förderung durch den Bund nehme ich an dieser Stelle einmal aus, denn auch diese Positionen sind ja einer Extrabetrachtung unterzogen. Aber zu diesen 20 % darf man sicherlich einmal sagen - das will ich ausdrücklich tun -, dass Sie damit, wenn wir die zusätzlichen Aufgaben, genannt sind Inte-

(Peter Sönnichsen)

gration und allgemeine Kostensteigerungen, herausrechnen, die schmerzhaften Kürzungen der Jahre 2011, 2012 in der Summe zurückgenommen haben.

Das ist anerkennenswert. Ich werde aber auch hier nicht auf die Feststellung verzichten, dass diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen nie damit konfrontiert worden sind, mit weniger Geld auskommen zu müssen.

Den Ausblick, Frau Ministerin, haben Sie in dem Kulturbericht, wie er veröffentlicht worden ist, auf einer von 64 Seiten sehr kurz gehalten. Wenn wir an jedem Punkt der **Kulturperspektiven**, der zu 100 % erfüllt ist, einen Haken machen, blieben die überwiegenden Punkte offen. Insofern bleibt viel zu tun. Ich danke für die Berichte im Sinne eines Statusberichts, aber auch im Sinne eines Berichts über die Aufgabenfülle, die noch auf uns zukommt. Mein Dank gilt vor allem unseren Kulturschaffenden, den Förderern und Unterstützern, die diesen Prozess so engagiert begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht. Sehr geehrter Herr Kollege Sönnichsen: Dass Sie hier ein wenig Wasser in den ansonsten, wie ich finde, doch ganz schmackhaften und guten Jahrgangswein - oder Dreijahreswein - gießen müssen, gehört zu Ihrem Job.

Ich möchte mich trotzdem ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie auch die Dinge, die gut gelaufen sind und die Sie als Oppositionskollege unterstützt haben, sehr fair zum Ausdruck gebracht haben. Insofern bedauere ich nicht nur, dass Frau Spoorendonk in der nächsten Wahlperiode nicht mehr dabei ist, sondern auch, dass Sie uns in dieser Arbeit nicht weiter begleiten. Ich fand das immer sehr konstruktiv, vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und vereinzelt CDU)

Kulturelles Erbe bewahren - kulturelle Teilhabe - kulturelle Bildung: Das ist der Dreiklang, unter dem die **Kulturpolitik der Küstenkoalition** steht.

Kulturelles Erbe hat damit zu tun, was uns Heimat oder Identität ist. Es hat damit zu tun, woher wir

kommen, und nicht zuletzt, wohin wir gehen wollen. Dass die Vergangenheit weit in die Zukunft hineinreicht, merken wir alle, wenn wir uns an unsere Wurzeln erinnern und wenn wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte das Heute gestalten.

Gerade wir in Deutschland wissen, dass wir dem neu aufkommenden Nationalismus und der Ausgrenzung von Fremden entschieden entgegenzutreten müssen. Auch das heißt für mich kulturelles Erbe bewahren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kulturelle Teilhabe ist das Gegenteil einer unseligen Debatte über Leitkultur, die derzeit wieder neu intoniert wird. Sie ist aber ebenso wenig beliebiges Multikulti.

Teilhabe meint nach meinem Verständnis den ehrlichen Dialog aller gesellschaftlichen Gruppen, auch derjenigen, die aus anderen Kulturen zu uns kommen, über gemeinsame wie verschiedene Werte und über zivilisatorische Errungenschaften. Dazu gehören in allererster Linie die **unveräußerlichen Rechte aller Menschen** als Grundlage menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Diese Rückbesinnung tut in einer Zeit grundlegender Veränderungen durch Globalisierung und Migration, in einer Zeit, in der Menschen sich abgehängt und verunsichert fühlen, in der vor allem Hassprediger und Populisten das große Wort führen, verdammt not. Auch deshalb muss Kulturpolitik eine starke Politik sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Kulturelle Bildung ist eine Grundlage für genau diese Teilhabe und vor allem für einen emanzipierten Diskurs. Mit dem Jahr der kulturellen Bildung und dem Programm „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“ hat die Landesregierung hier Schwerpunkte gesetzt und einen wichtigen Anfang gemacht.

Wie wir heute gehört haben, ist es viel mehr als ein Anfang: Es ist ein Weg eingeschlagen worden, der weitergeführt werden soll. Auch in diesem Zusammenhang geht es um Finanzen. Die Stiftung Mercator finanziert diese Projekte mit einem erheblichen Anteil. Dass das ins Land geholt werden konnte, ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Marlies Fritzen)

Ich weiß, dass wir an dieser Stelle noch einen weiten Weg vor uns haben. Ich weiß, dass wir im Bildungsbereich prioritär mit dem Ziel einer hundertprozentigen **Unterrichtsversorgung** arbeiten.

Gerade war schon von Brot und Spielen die Rede. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Deutsch und Mathe sind nicht allein Grundlage für selbstbewusstes und kreatives Gestalten von Gesellschaft - wenn ich das einmal so flapsig sagen darf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Küstenkoalition hat in der Kulturpolitik neue Wege eingeschlagen und deutliche Spuren hinterlassen. Einige Punkte sind aufgezählt worden, ich will das hier nicht alles wiederholen.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich kann das gern machen, Herr Arp. Das dient, wie wir ja alle wissen, der Vertiefung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Seien Sie doch nicht so sensibel, wenn ich mal was sage!)

- Ich bin überhaupt nicht sensibel, mit Ihnen schon gar nicht!

Die Küstenkoalition hat neue Wege eingeschlagen. Das begann vor allem mit dem **Kulturdialog**. Die Landesregierung hat zum ersten Mal Kulturakteure an einen Tisch gesetzt, die in dieser Konstellation vorher zum Teil nicht zusammengesessen haben. Man hat quer gedacht und überlegt, in welche Richtung Kulturpolitik und Kulturarbeit hier im Lande gehen könnte.

Es ist schon gesagt worden: Es ist ein Kulturkonzept entwickelt worden, das nicht in Stein gemeißelt ist, das aber in den Perspektiven aufzeigt, wohin die Reise gehen kann. Das ist ein einmaliger, neuer Prozess gewesen, der breit aufgestellt und transparent gewesen ist. Auch wir als Politik konnten teilnehmen. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, den wir unbedingt weiter fortsetzen und an dem wir auch weiter partizipieren sollten.

Die Kulturperspektiven sind das Ergebnis dieses Kulturdialogs. Sie sind auch ein Beginn, weiter im Gespräch zu bleiben. Natürlich sind wir auch weiterhin Konsolidierungsland. Der Spielraum für viele Politiken, auch der Kulturpolitik, ist stark begrenzt. Es ging aber eben nicht nur darum, neue Finanzmittel und neue Töpfe zu erschließen, sondern darum, etwas intelligenter zu sparen, als einfach nur zu kürzen. Es ging auch darum, neue kulturelle Infrastrukturen aufzubauen und neue Kooperationen zu entwickeln.

Das ist schon genannt worden, aber ich möchte es, weil ich es wirklich als innovative Instrumente empfinde, noch einmal wiederholen: Beispielhaft ist die **Kontraktförderung**, mit der wir Institutionen Sicherheit gegeben haben. Das ist nichts, von dem man sagen kann, dass sie zufrieden sein können, was die Summen angeht. Da haben wir nach wie vor durchaus noch Potenzial und Luft nach oben. Es ist aber eine Perspektive über drei Jahre, die gegeben wurde. Das ist etwas, womit Institutionen ganz anders arbeiten können, als wenn sie nicht wissen, wie sie am nächsten Ersten ihre Mitarbeiter noch halten können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Zweite sind die Kulturknotenpunkte im ländlichen Raum. Wir sind ja, wie wir alle wissen, aus ganz verschiedenen Gründen im ländlichen Raum besonders aufgestellt. Da noch einmal durch diese Kulturknotenpunkte Synergien zu schaffen, ist ein ganz neues Instrument. Ich glaube, auch da werden wir positive Effekte erfahren, wenn wir das nach den ersten drei Jahren einmal evaluieren werden. Es wird auch eine neue Vernetzung entstehen. Aus meiner Sicht sind das substanzielle Veränderungen, die weiterhin gestärkt und fortentwickelt werden.

Das Landesmuseum ist angesprochen worden. Ich werde das gerne aufgreifen. Das ist sozusagen der Blockbuster in unserem Land, auch finanziell, das muss man wohl sagen. Aber auch da gibt es neue Strukturen. Die **Volkskunde** wird ganz neu aufgestellt. Molfsee wird endlich ein richtiges Volkskundemuseum. Es gibt in Schleswig Anbauten, auf die wir uns alle schon freuen, sodass auch Schloss Gottorf nicht nur in einem neuen Anstrich dasteht, sondern in das nächste Jahrhundert strahlen kann.

Es ist der **Denkmalschutz** angesprochen worden. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Sönnichsen, bin ich durchaus der Meinung, dass wir nicht nur ein modernes und transparentes Gesetz geschaffen haben, das vieles in den Verwaltungsabläufen vereinfachen wird, wenn wir denn einmal komplett inventarisiert haben.

Das von Ihnen angesprochene VELUX-Fenster, Herr Kollege: Genau darum ging es eben auch. Es gibt ja vielfältige Herausforderungen, auch im Denkmalschutz. Es geht ja nicht nur darum, ein schönes altes Haus zu bewahren, sondern auch darum, weiter darin leben zu können. Dazu gehören auch neue Fenster, damit es nicht zieht.

(Zuruf Peter Sönnichsen [CDU])

(Marlies Fritzen)

Dazu gehört auch eine **energetische Sanierung**. Genau das haben wir genauso auch in dieses Gesetz geschrieben, damit es ganz anders und viel breiter und freier, als das früher der Fall war, ermöglicht wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insofern finde ich, dass Sie mit dem Beispiel leider am Ziel vorbeigesprungen sind.

Zur Neulandhalle sage ich besser nichts. Aber ich glaube, dass wir auch dort in Gesprächen sind. - Die Ministerin nickt, es gibt Gespräche. Es ist eine komplizierte Konstruktion, das wissen wir alle. Ich finde, dass man diese Gespräche führen sollte. Ich finde auch, dass man gerne noch einmal, öffentlich und inhaltlich über dieses Projekt diskutieren sollte.

Ich glaube, dass es möglich ist, eine Lösung zu finden, die nicht den Rahmen hat, den wir ursprünglich ins Visier genommen hatten, dass es trotzdem eine inhaltlich vernünftige Lösung geben kann. Ich wäre froh, wenn wir diese Debatte noch einmal miteinander und durchaus öffentlich führen könnten.

Für mich zeigt das alles aber, dass die Ministerin und wir sehr stolz auf das sein können, was sie geleistet hat. Dass sie dies mit großer Verve und mit großer Leidenschaft geleistet hat, das wissen wir alle. - Anke, vielen herzlichen Dank dafür. Das darf keine Eine-Legislatur-Fliege bleiben. Kulturpolitik ist mehr als ein weicher Standortfaktor. Kulturpolitik muss angesichts der Herausforderungen, die ich am Anfang genannt habe, eine starke Politik sein. Die Küstenkoalition hat diese Politik starkgemacht, und ich wünsche mir, dass sie auch in den nächsten fünf Jahren weiter gestärkt wird. Ich wäre gern weiterhin dabei. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, auch seitens der Liberalen möchte ich Ihnen durchaus unsere Anerkennung für das aussprechen, was Sie für die Kulturschaffenden geleistet haben. Sie sind in Ihrem Engagement wirklich glaubwürdig. Das weiß ich auch aus der letzten Legislaturperiode. Sie ha-

ben sich hier immer sehr deutlich und klar positioniert. Von daher: Mein Dank ist aufrichtig.

Allerdings möchte ich anmerken, dass das, was Sie jetzt kurz vor Ende der Legislaturperiode finanziell noch hineinstecken können - Sie sprechen von einem Plus von 20 % -, das kompensiert, was wir damals angesichts der schlechten **konjunkturellen Haushaltslage** kürzen mussten. Das, was Sie geleistet haben, ist eigentlich, den Status quo wieder herbeizuführen.

Ja, Sie können das umsetzen, weil Sie unendlich viel Glück haben. Wir hatten gute Vorarbeit geleistet. Sie haben eine gute Konjunktur, Sie haben niedrige Zinsen et cetera. Hätten wir diese Chancen gehabt, so glaube ich, dass wir damals auch anders darangegangen wären.

(Zurufe)

Zum Thema **Denkmalschutzgesetz**, das heute schon angesprochen wurde: Wir haben uns dazu kritisch verhalten.

(Zurufe - Glocke Präsident)

Wir sehen, die Inventarisierung ist nicht in dem schnellen Zeitfenster abgewickelt worden, wie Sie es ursprünglich gesagt hatten. Wir werden abwarten, wie sich dies weiterentwickelt. Dafür ist es ehrlich gesagt noch zu früh. Ich habe inzwischen schon die ersten Briefe auf meinem Rechner, in denen sich Eigentümer eines denkmalgeschützten Objektes darüber beschwerten, dass sie für sich Einschränkungen wahrnehmen.

Genauso haben wir uns kritisch zum **Bibliotheksgesetz** geäußert, weil wir gesagt haben: Das ist nur ein Festschreiben des jetzigen Zustandes. Es ist kein zusätzliches Geld da. Für die Bibliotheken ist das eigentlich nur aufgeschrieben worden, viel mehr ist nicht passiert. Sie haben gehört, dass die Bibliotheken formuliert haben, sie hätten sich mehr erhofft, sie hätten mehr erwartet. Sie nehmen das vorliegende Gesetz jetzt so, dass sich später vielleicht einmal mehr daraus entwickeln kann. Das werden dann andere zu verantworten haben.

Genauso ist es mit dem **Gedenkstättenkonzept**. Wir warten noch auf die Ergänzung um die DDR-Zeit. Wir haben den Antrag gestellt, dass Räume, die - wie in Lübeck-Schlutup - noch vorhanden sind, mit in die Förderung aufgenommen werden und dass wir uns nicht nur auf die NS-Zeit reduzieren. Vielleicht schaffen wir das ja in einer Diskussion.

(Beifall FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

(Anita Klahn)

- Frau Raudies, vor ein paar Tagen hatten wir die Diskussion zum Thema Hauptamtlichkeit im Bereich der Gedenkstätten. Hier haben wir gesagt: Ja zur Hauptamtlichkeit, soweit diese in der konzeptionellen Umsetzung möglich ist. Dazu müssen noch Daten und Fakten auf den Tisch. Wir müssen sehen, wie ein Gesamtkonzept aussehen kann. Das haben wir ebenfalls deutlich angemerkt.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Frage oder Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Fritzen?

Anita Klahn [FDP]:

Ja.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich muss leider ein bisschen zurückgehen in Ihrer Rede, denn ich stehe schon eine Weile hier. Wenn ich darf, würde ich gern auf das zurückkommen, was Sie im Zusammenhang mit Schlutup angesprochen haben. Ich glaube, es entspricht weder der kulturpolitischen noch der historischen Diskussion, und es ist - wenn ich das aus meiner Sicht sagen darf - überhaupt nicht angemessen, Schlutup mit den Gedenkstätten in einen Topf zu werfen, die an die NS-Vergangenheit erinnern. Ich glaube, das sollten wir nicht tun, und das sage ich in aller Vorsicht. Ich könnte noch schärfer werden.

Eine zweite Bemerkung: Sie haben den Haushaltsentwurf - so glaube ich - gesehen oder die Diskussion dazu verfolgt. Wir haben deutlich gemacht, und das werden Sie aller spätestens in den Änderungsanträgen sehen, dass wir Schlutup unterstützen wollen. Wir sind vor Ort gewesen und haben deutlich gemacht, dass wir für Schlutup nicht nur eine kleine Lösung wollen, sondern dass wir das Konzept im Zusammenhang mit der Metropolregion neu und breiter aufstellen wollen. Insofern glaube ich, dass Ihr Einwurf hier ins Leere zielt.

- Ich habe Schlutup mit einbezogen, weil - und ich möchte das wie Sie vorsichtig formulieren - es in der heutigen Zeit andere Bereiche gibt, an die wir in der heutigen Zeit mit denken müssen. Sie können gern sagen: Wir koppeln das eine von dem anderen ab. **Schlutup** ist in der heutigen Zeit und bei unserer Vergangenheit unter anderem eine Besonderheit

der Geschichte, die wir nicht verlieren dürfen, die wir erhalten müssen.

(Christopher Vogt [FDP]: Die Erinnerung daran!)

- Entschuldigung, ja, die Erinnerungsstätte soll da sein. In diesem Zusammenhang habe ich dies zusammengeworfen. Ich habe nicht die Themen, nicht die Inhalte, nicht die Auswirkungen zusammengeworfen. Ich glaube, wir können uns darauf verständigen, dass wir uns hier einig sind.

In der Diskussion hat mich dies geärgert: Wir sind in Schlutup gewesen. Dort hat man uns sehr eindrucksvoll geschildert, was dort getan wird und wofür man das Geld dort so dringend bräuchte, nämlich dafür, dass man dort weitermachen kann. Das Ganze wird jetzt einkassiert. Es wird gesagt: An dieser Stelle brauchen wir ein ganz großes Konzept. An vielen anderen Stellen sagen Sie doch auch: Ja, Sie bekommen das Geld. - Wir haben uns schon einmal darüber unterhalten: 10.000 € retten nicht unbedingt den Haushalt.

Ich würde jetzt gern mit meiner Rede fortfahren. Mit großer Freude habe ich gesehen, dass **JazzBaltica** eine erheblich höhere Finanzierung bekommt. Der neue Standort für JazzBaltica in Niendorf ist mit Sicherheit eine hervorragende Lösung. Dadurch wird das Ganze auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung sehr positiv verlaufen.

Die **Kulturknotenpunkte** sind aus meiner Sicht - und ehrlicherweise gesagt - so eine Art Mitnahmeeffekt. Vieles hatte schon stattgefunden. Sie professionalisieren das jetzt wahrscheinlich. Ob dadurch jedoch so viel mehr stattfindet als bisher in den Regionen, bleibt abzuwarten.

Ich komme zu dem Projekt „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“. Hier haben Sie tatsächlich das ganz große Glück, dass wir die **Stiftung Mercator** haben, die mit 500.000 € Kreativpotenziale im Dialog finanziert. Sie müssen - und Sie tun es auch, was ich ausdrücklich honoriere - dies mit Landesmitteln kofinanzieren, aber, ganz ehrlich, ohne die Stiftung Mercator wäre dies mit Sicherheit nicht gestartet.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich werde vom Landestheater und vom schleswig-holsteinischen Orchester angesprochen. Man hätte gern eine sicherere und eine bessere Finanzierung. Sie sagen, die **Kontraktförderung** sei das Mittel der Mittel. Eine Kontraktförderung ist eigentlich eine Zielvereinbarung. Sie ist nicht das, was diese

(Anita Klahn)

Gruppierungen eigentlich gern hätten, nämlich eine institutionelle Förderung. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Das haben wir damals schon angesichts der Haushaltslage als kritisch empfunden. Sie können das auch nicht wirklich verändern.

(Beifall FDP)

Die Neulandhalle wird nur dadurch realisiert werden können, dass die Kirche erhebliche Mittel dazu gibt, und ich springe noch in ein anderes Projekt: Frau Ministerin Spoorendonk, die **deutsch-dänischen Kooperationen**, die Sie mithilfe von INTERREG-Mitteln und 25.000 € aus dem Haushalt des Kulturministeriums finanzieren, sind nur möglich, weil Sie die Kontakte nach Dänemark haben nutzen können.

(Zurufe)

Das heißt, es ist positiv, dass wir diese Kontakte haben. Was ist, wenn der Vertrag in der nächsten Regierungsphase ausläuft? - Was machen wir dann? Können wir Sie dann ansprechen? Engagieren Sie sich dann weiter?

Ich möchte noch ein Thema ansprechen, das mir persönlich sehr wichtig ist. Es ist immer wieder das Thema Musikschulen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Ich sehe, dass wir einen guten Haushalt haben und dass wir mehr Geld hineingeben. Ich sehe, dass wir immer noch 64 % der Kosten der Musikschulen durch Elternbeiträge decken. Das wäre für mich ein Punkt, bei dem ich denke, dass man hier mehr Engagement an den Tag legen könnte. - Ich bedanke mich.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat Herr Abgeordneter Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin Spoorendonk! Vielen Dank für diese Bestandsaufnahme. Mit Ihrem Kulturkonzept haben Sie Schleswig-Holstein kulturell und touristisch auf einen richtig guten Weg gebracht. Darauf kann eindeutig aufgebaut werden.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 20 Millionen € vom Bund zeigen auch, dass sich die Mühe lohnt und dass hoffentlich weitere Investitionen folgen werden.

Trotzdem muss auch ich hier, wie der Kollege Sönichsen, ein bisschen Wasser in den Wein gießen oder ein bisschen Kritik äußern. Denn wie die Frau Kollegin Fritzen festgestellt hat, ist das leider mein Job. Nicht alles läuft nämlich rund in der hiesigen Kulturlandschaft. „Kultur ist kein Spaß, nichts, womit man irgendeinen öffentlichen Haushalt sanieren kann“. Das sagte Generalintendant Peter Grisebach 2012 in einem Interview mit Deutschlandradio Kultur, als es um die **Spielstätte in Schleswig** ging und sie gerade dabei war, ziemlich sicher in der Schlei zu versinken. Seit Juni 2011 ist die Spielstätte geschlossen. Bis heute gibt es keine neue Heimat für das Theater. Das entspricht im Übrigen der Länge einer Legislaturperiode.

Kürzlich las ich in den „Kieler Nachrichten“, dass die Stadt eine neue Idee habe. Sie plane jetzt einen Anbau an dem ehemaligen Mannschaftsheim der Bundeswehr, und das Kulturministerium zeige sich gesprächsbereit. Darin setzen die Schleswiger jetzt ihre Hoffnung. Ich wünsche viel Glück dabei.

Liebe Frau Spoorendonk, Schleswig-Holstein braucht ein Theater, und Schleswig-Holstein als Flächenland braucht ein intaktes **Landestheater**.

(Beate Raudies [SPD]: Das sagt einer, der keine Ahnung hat!)

Ob jetzt dieses oder jenes Gebäude als Spielstätte geeignet ist, ist doch mittlerweile wirklich zweitrangig. Kultur ist ein Grundbedürfnis, so abgedroschen das inzwischen klingen mag. Man muss es anscheinend aber immer wieder aufs Neue betonen.

Da pflegt das Land fast vorbildlich seine Denkmäler und baut seine Gedenkstätten aus. Das aber ist nur eine Seite der Medaille. Kultur bedeutet nicht nur, das Vergangene zu inventarisieren und zu bewahren; Kultur bedeutet auch, in der Gegenwart zu interagieren und Zukunftsentwürfe zu entwickeln. Und Kultur bedeutet Freiheit. Wenn Menschen so stark eingeschränkt werden, dass sie ein Leben in Stagnation führen müssen, solange bis sich die Projekte dann selber erledigt haben, dann sind die Voraussetzungen für künstlerische und kulturelle Freiheit eindeutig nicht gegeben.

(Beifall PIRATEN)

(Sven Krumbeck)

So zäh die Entwicklungen beim Theater- und Gedenkstättenkonzept sind, so erfrischend war es, als die Ministerin verkündete, die **Ergebnisse des Kulturdialogs** auch politisch umsetzen zu wollen. Allen voran die Kulturknotenpunkte, die Einrichtungen und Kulturschaffende besser vernetzen sollen. Zwar wird es noch einige Zeit dauern, bis eine engmaschige Vernetzung gegeben ist. Sechs Kulturknotenpunkte sind zwar eine Anerkennung wert. Aber für ein Bundesland mit elf Kreisen und vier kreisfreien Städten ist das noch nicht vorzeigbar. Trotzdem bin ich gespannt auf den weiteren Fortgang.

Die **Entwicklung des digitalen Landesarchivs** bewerten wir PIRATEN positiv, sehen aber auch Ausbaupotenzial. Auch bei der digitalen Ausstattung der Gedenkstätten ist noch einiges zu tun.

Mit dem Programm „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“ wiederum wurde ein guter Schritt gemacht, den ich aus bildungspolitischer Sicht sehr begrüße.

Ich wünsche mir, dass die **kulturelle Bildung** zukünftig möglichst der allgemeinen Bildung gleichgestellt wird. Ich wünsche mir auch, dass Kulturschaffende für ihre Arbeit angemessen entlohnt werden und dass Kinder und Jugendliche Konzerte besuchen und die Bastelstunde oder die Teilnahme an einem Filmprojekt nicht mehr als „on top“ verstehen, sondern als Selbstverständlichkeit des schulischen Alltags.

(Beifall PIRATEN)

Dafür müsste auch viel mehr in die bereitgestellten Projekte, wie etwa die Schülerwoche, investiert werden; denn - wie auch dem Kulturbericht hervorgeht - die Fördersumme für solche essenzielle Bündnisse hat sich seit 2013 nicht mehr erhöht.

Kultur alltäglich machen, das sollte im Endeffekt das Ziel jeder Kulturförderung sein. Die Landesregierung hat hier trotz aller Kritik einen guten Weg eingeschlagen. Das sieht man auch an den Investitionen, die sie in den letzten drei Jahren getätigt hat. Nur das Hin und Her mit Schleswig sollte meiner Meinung nach beendet werden. Denn kein Theatermacher arbeitet gerne auf wackeligen Brettern, die für ihn doch die Welt bedeuten sollen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt das Wort die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Werte Damen und Herren! Zuallererst möchte ich mich für diesen erfreulichen Bericht bei unserer Ministerin bedanken. - Tusind tak for det!

(Beifall SSW und SPD)

Wie wir erneut sehen, ist Schleswig-Holstein ein Bundesland, in dem kulturelle Vielfalt gelebt wird und durch unsere Regierung explizit unterstützt wird. Gerade aus Sicht der Minderheiten ist dies eine Besonderheit unseres Bundeslandes, die es zu schützen und zu fördern gilt. Wir wollen in Schleswig-Holstein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger an dem kulturellen Leben teilhaben kann. Deswegen ist es uns auch so wichtig, ein **breites Kulturangebot** zu unterstützen.

Wer den Kulturbericht liest, merkt: Es gibt eine große Fülle an verschiedenen kulturellen Projekten. Wir fördern das Theater, die Literatur, die Musik, Film, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren und Volkshochschulen, unsere Museen und Gedenkstätten. Wir unternehmen große finanzielle Schritte, die notwendig sind, und haben trotzdem die kleinen Bereiche im Auge, auch dann, wenn es um Einzelpersonen geht und wir durch Stipendien für den künstlerischen Nachwuchs sorgen. Dabei ist uns völlig bewusst, dass sich unsere Fördermaßnahmen nicht nur auf den urbanen Raum beschränken dürfen. Deswegen gibt es die Kulturknotenpunkte. Sie vernetzen **regionale Kulturarbeit** und unterstützen damit insbesondere kleinere, ehrenamtliche Initiativen.

Über Kreisgrenzen hinweg gibt es nun diese Knotenpunkte, die für eine landesweite Kulturvernetzung sorgen. Wir haben schon Knotenpunkte in Leck, Meldorf, Mölln, Plön, Pinneberg, und weitere sind noch in der Planung.

Nach unseren Regionalkonferenzen 2014 wurden Kulturschulen und -orte ernannt und mit der Stiftung Mercator das landeseigene Projekt „Schule trifft Kultur - Kultur trifft Schule“ geschaffen. Ich bin überzeugt von dem Nutzen dieses Projekts, das Kindern im Schulalter künstlerisches Ausleben ermöglicht.

Kultur- und Kreativwirtschaft sind nicht nur Standortfaktor und tourismusfördernd, sondern wirken sich auf unser aller Leben aus. Deswegen sollten wir sie immer mitdenken, wenn wir von Integration und Identität sprechen.

Minderheiten und Migrantinnen und Migranten müssen noch stärker in das kulturelle Leben einbe-

(Jette Waldinger-Thiering)

zogen werden. Anhand des Berichts lässt sich ablesen, was wir schon alles dafür getan haben:

Die Pflege der Heimat- und Regionalkultur ist ein zentraler Bestandteil unserer Kulturpolitik in Schleswig-Holstein.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Regionalsprachen sind Teil unserer und auch meiner Identität, denn Schleswig-Holstein ist ein Mehrsprachenland. Minderheitenpolitisch ist hier bei uns ein ganz besonderer Reichtum vorhanden. Niederdeutsch als Regionalsprache und Nordfriesisch, Dänisch und Romanes als **Minderheitensprachen** prägen, wie wir wissen, die **sprachliche Vielfalt** und die Kultur in unserem Land. Das Land fördert daher sowohl den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund mit dem angeschlossenen Plattdeutschen Rat als auch die beiden Zentren für Niederdeutsch in Leck und Mölln. Wir unterstützen über die verschiedenen Dachorganisationen das Leben der Minderheiten und stehen im engen Kontakt mit Sydslesvigsk Forening als Kulturträger der dänischen Minderheit und dem Friesenrat - Fräsche Råd -, der Friisk Foriining, Nordfriesisches Institut und die Ferring Stiftung vereint.

Ich freue mich natürlich besonders, dass die regionale Förderung so gut angenommen wird. Gucken wir uns beispielsweise die **Filmförderung** Hamburg-Schleswig-Holstein an, dann wurden mehr als zweihundert Filmprojekte alleine 2015 in diesem Rahmen umgesetzt. Immer öfter ist auch Schleswig-Holstein ein Drehort. Regionale Filmfestivals bereichern das kulturelle Leben in Städten von ganz Schleswig-Holstein.

Mir als Ostseeparlamentarierin sagt auch der Fokus auf den Ostseeraum in den Kulturkooperationen zu. Unser Kulturministerium arbeitet vorbildlich mit Partnern und Partnerinnen in andern Ländern zusammen, damit wir gegenseitig von unserer Kultur- und Kreativwirtschaft profitieren. - Tusind tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die grenzüberschreitende kulturelle Zusammenarbeit richtet sich natürlich auch nach Dänemark und mündet in der deutsch-dänischen „Kulturvereinbarung 2013 bis 2016“. Sie ist Zeichen des Miteinanders und praktischer Ansatz für die Kulturförderung im mehrsprachigen Grenzraum.

Ein weiteres besonderes Merkmal für die Region, in der wir leben, ist das materielle und **immaterielle Kulturerbe**. Auf Antrag des Friesenrats hin ist 2014 das Biikebrennen in die Liste des Weltkultur-

erbes aufgenommen worden. Schleswig-Holstein hat Anfang dieses Jahres den Antrag gestellt, Haithabu und Dannewerk als UNESCO-Kulturlandschaft zu nominieren, ein Vorgang, für den sich der SSW schon seit Langem einsetzt.

Unsere Landesregierung will das kulturelle Erbe des Landes bewahren, die kulturelle Teilhabe und den Kulturstandort fördern und Kulturförderung sichern. Unsere Ministerin Anke Spoorendonk hat mit den **Kulturperspektiven** für eine nachhaltige Finanzierung der Kultur in Schleswig-Holstein gesorgt. Sie ist bekannt dafür, eine aufmerksame Partnerin zu sein und für die Kulturschaffenden immer ein offenes Ohr zu haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem sich Menschen frei entfalten können, in dem es Freiräume für Kunst und Kultur gibt. Unsere Ministerin hat in den vergangenen Jahren einen großen Anteil daran gehabt. Tusind tak. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich ziehe zurück!)

- Sie zieht zurück. Dann liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag in der Drucksache 18/4817 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Wir haben noch den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/4591. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden, um im Bildungsausschuss abschließend über den Bericht zu beraten. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 8:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Hochschulmedizin

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/4813

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident! - Meine Damen und Herren Abgeordnete! Was gut ist, kann noch besser werden. Diesem Credo folgt der vorliegende Gesetzentwurf zur **Neuordnung der Hochschulmedizin** im Hochschulgesetz. Das Hochschulklinikum Schleswig-Holstein ist als unser **Maximalversorger** eine tragende Säule für die Krankenversorgung bei uns im Land. Seine Spitzenmedizin wird über die Landesgrenzen hinaus nachgefragt. Zugleich ist es an beiden Standorten Ausbildungsstätte für unsere angehenden Medizinerinnen und Mediziner, aber auch für die aus aller Welt. **Forschung und Lehre** sind integraler Bestandteil des Universitätsklinikums und haben internationales Renommee. Diese Position wollen wir sichern. Diese Position wollen wir mit dem Gesetz stärken. Dazu ist vor dem Hintergrund von verfassungsgerichtlicher Entscheidung und geänderter steuerrechtlicher Rahmenbedingungen eine Reihe von Änderungen erforderlich geworden. Auch die Empfehlungen des Wissenschaftsrats hatten dabei eine wichtige Leitfunktion. Das UKSH und die Universitäten Kiel und Lübeck wurden von uns von Anfang an in die Arbeit zu diesem Gesetz mit einbezogen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich nun kurz die Eckpunkte des Gesetzes vorstellen.

Erstens. Angesichts der überragenden Bedeutung für die Krankenversorgung im Land bleibt das **UKSH** in seiner fusionierten Struktur unangetastet. Aber die Standorte werden durch die Schaffung zweier standortbezogener Campi als rechtlich unselbstständige Anstalten flexibler aufgestellt. Wir ermöglichen damit unterschiedliche, den jeweiligen Anforderungen angepasste Lösungen für die Zusammenarbeit zwischen den medizinischen Fachbereichen und dem Klinikum.

Zweitens. Um Forschung und Lehre besser zu positionieren, wird der Vorstand in Zukunft durch zwei hauptamtliche Dekaninnen und Dekane gestärkt, der bisherige Medizin-Ausschuss abgeschafft, und eine neu geschaffene Universitätsmedizinversamm-

lung wird in Zukunft die **wissenschaftliche Arbeit** beider Standorte koordinieren.

Drittens. Das Land wird mehr Verantwortung für das UKSH übernehmen. Dabei soll in Zukunft eine Gewährträgersammlung aus Vertreterinnen und Vertretern der für Finanzen, für Wissenschaft und Gesundheit zuständigen Ministerien die Interessen des Landes in betriebswirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Fragen vertreten. Wegfallen wird im Gegenzug das doppelte Stimmrecht im Aufsichtsrat.

Viertens. Die anstehenden Änderungen sehen eine **Stärkung der Arbeitnehmerrechte** vor.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So werden die Personalvertretungen wieder in die sie organisatorisch betreffenden Arbeitsabläufe eingebunden und auch mit ausreichend Zeit versehen, um sich zu positionieren. Das stärkt eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Leitung und Belegschaft des Klinikums. Ohne eine solche werden wir die vor allem durch den Neubau notwendig gewordenen Veränderungsprozesse nicht erfolgreich durchführen können.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch kurz darauf hinweisen, dass das vorgesehene **Direktionsrecht des Vorstandes** gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern lediglich der Klarstellung des Status quo dient. Das Direktionsrecht betrifft nur Unternehmer- und Arbeitgeberpflichten. Keinesfalls werden die durch die Berufsordnung garantierten Freiheiten der Ärztinnen und Ärzte tangiert.

Fünftens. Ein weiterer und hier auch des Öfteren schon debattierter Punkt betrifft die **Rechtsmedizin**. Die vom Universitätsklinikum wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Rechtsmedizin und des öffentlichen Gesundheitswesens werden dem Klinikum mit dem Gesetz als gesetzliche Aufgabe zugewiesen. Mögliche finanzielle Defizite in der Rechtsmedizin, die ja die Vergütungen auf der Grundlage des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes bekommt, werden aus Landesmitteln ausgeglichen. Insoweit werden also die durch das Universitätsklinikum schon bisher erbrachten rechtsmedizinischen Leistungen auf ein festes und neues, gutes Fundament gestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gesetz wird, was die Kostenperspektive angeht, keinerlei Auswirkungen auf die Finanzierungskonzepte der **Baumaßnahmen des UKSH** haben. Auch

(Ministerin Kristin Alheit)

mit Mehrkosten rechnen wir nicht, da sich die durch die Änderung ergebenden Einsparungen und die Mehraufwendungen die Waage halten werden. Es werden also keine weiteren Belastungen im Landeshaushalt erwartet. Allerdings bietet unserer Ansicht nach das Gesetz Potenziale für Mehreinnahmen, die von den Handelnden wirklich genutzt werden können und sollten.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein klares Bekenntnis des Landes zu seinem Universitätsklinikum, zu seiner Universitätsmedizin. Die durch dieses Gesetz auf den Weg zu bringenden Änderungen des Hochschulgesetzes werden den Wissenschaftsstandort und die Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein sichern und stärken. Genau das ist unser Ziel. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Meine Damen und Herren, bevor wir in die Grundsatzberatung einsteigen, möchte ich Ihnen kurz einen Hinweis geben: Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, dass wir nach diesem Tagesordnungspunkt die Punkte, und zwar in der Reihenfolge, in der ich sie nenne, 11 und dann gemeinsam 22, 23 und 30 und danach 29 a - das ist der Bericht zur Geflügelpest - beraten werden. Das nur Ihnen allen zur Kenntnis.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Volker Dornquast von der CDU-Fraktion das Wort.

Volker Dornquast [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Regierung zeitgerecht gearbeitet hätte, wäre dieses Gesetz bereits seit 2013 in Kraft und hätte seitdem positiv wirken können. Doch leider wurde diese Angelegenheit jahrelang verschlafen, obwohl der politische Wecker sehr häufig geklingelt hatte.

(Beifall CDU und FDP)

Bereits im März 2012, also noch vor dem Regierungswechsel, lag ein Vorschlag vor, über den sich die beiden betroffenen Universitäten mit dem UKSH einig waren. Dann kam der Regierungswechsel. Die Wissenschaftsministerin Waltraud Wende hat dann im November, also nach Ablauf eines Dreivierteljahres angekündigt, dass der Entwurf im zweiten Quartal 2013 vorgelegt wird. Doch die-

ser Termin verging, ohne dass etwas Sichtbares geschah. Mitte 2014 wurde der Entwurf der Regierung den Hochschulen und dem UKSH vorgelegt, damit sie Stellungnahmen dazu erarbeiten konnten. Im Januar 2015, also zwei Jahre nach dem erstmalig angekündigten Termin, fand dann ein sogenanntes Schlussgespräch der Beteiligten statt. Dann war doch eigentlich alles klar - nach so einem Schlussgespräch.

Im November 2015, also zehn Monate nach diesem Termin, habe ich gewagt nachzufragen, wie der Sachstand ist. Die Regierung kündigte in der Antwort an, dass im ersten Quartal dieses Jahres endlich die Vorlage erfolgen werde. Gleich danach verfiel Ministerin Alheit aber wieder in ihren bekannten Tiefschlaf.

(Lachen Ministerin Kristin Alheit)

Und es wurde November, November 2016! Und nun ist er da.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Tiefschlaf? Oder was ist da? - Serpil Midyatli [SPD]: Leidenschaft!)

Nach der Genehmigung des Gesetzentwurfs durch den Deutschen Gewerkschaftsbund durfte endlich das Kabinett entscheiden. Überraschenderweise sieht dieser Entwurf den 1. Januar 2017 für das Inkrafttreten vor. Na dann: Toi, toi, toi.

(Heiterkeit Tobias Koch [CDU])

Dann haben wir ja bis zur Dezember-Tagung noch vier Wochen für die Ausschussberatungen mit schriftlicher und mündlicher Anhörung Zeit. Das ist natürlich nicht zu schaffen.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Wenn man schläft schon!)

Wir haben schon mehrere Gesetzesvorhaben gehabt, die in solch undemokratischen Eilverfahren durchgepeitscht wurden.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Undemokratisch? - Christopher Vogt [FDP]: Postdemokratisch! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Stimmt, da war diese Abschaffung des freien Kita-Jahres! - Weitere Zurufe)

Ich hoffe, dass uns die Regierungsfaktionen trotzdem genug Zeit lassen, um zum Beispiel über die Bedenken des Marburger Bundes bezüglich des **Direktionsrechts des Vorstands** im Konflikt zum **Berufsrecht der Ärzte** - das ist vielleicht nur ein Formulierungsproblem - zu sprechen und diese auszuräumen. Zum anderen müssen wir über die Betei-

(Volker Dornquast)

ligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vernünftig reden.

Ich hoffe auch, dass wir dieses Mal von spontanen Anträgen der Koalition eine Woche vor der Beschlussfassung im Landtag verschont bleiben. Sie hatten nun wirklich Zeit genug.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Undemokratisch ist, unser Antragsrecht beschneiden zu wollen!)

Trotzdem kamen noch diese - -

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist Demokratie! Lebendige Demokratie ist das! - Weitere Zurufe)

- Demokratie leben wir auch. Aber dann müsst ihr euch gefallen lassen, dass wir kritisieren, wie ihr das durchführt.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Bei zeitgerechter Arbeit hätte die Landesregierung mit diesem Gesetz fast einen Selbstgänger produziert. Die CDU begrüßt viele der Neuerungen in diesem Gesetz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist doch gut!)

Wir begrüßen die Einbeziehung der Ziel- und Leistungsvereinbarung. Auch wir sind für die Abschaffung des Medizin-Ausschusses und die Einführung von zwei hauptamtlichen Dekanen mit der neuen Struktur. Die Schaffung der Gewährträgersammlung, die neue Campstruktur sowie die Beibehaltung des Aufsichtsrats und des Vorstands mit angepassten Aufgaben finden unsere Zustimmung. Man hätte das gemeinsam, vernünftig und viel zeitgerechter schaffen können.

Bedenken bestehen bei uns bei der **Zusammensetzung des Aufsichtsrats**. Aber auch das wird sicher im Rahmen der Diskussionen im Ausschuss geklärt werden können.

Die Stärkung der Stellung des Ministeriums ist vom Grundsatz her sicherlich richtig, und das allein sollte für eine Gesetzesformulierung ausschlaggebend sein. Wenn ich mir das Ministerium in der aktuellen Besetzung anschau, kommen mir allerdings Bedenken.

(Lachen Ministerin Kristin Alheit)

Lassen Sie uns alle Betroffenen im Ausschuss vernünftig anhören. Vielleicht schaffen sie es, unsere verbleibenden Bedenken auszuräumen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kriegen wir hin!)

Dann lassen Sie uns einen vernünftigen Gesetzentwurf beschließen. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dornquast, ich fasse zusammen: Das ist das richtige Gesetz, aber ein bisschen zu spät und aus Ihrer Sicht von der falschen Ministerin eingebracht.

(Volker Dornquast [CDU]: Nicht ein bisschen zu spät, sondern viel zu spät!)

Es ist nicht schlecht, wenn das die Oppositionsmeinung zu unserem letzten gesetzgeberischen Dick-schiff im Bildungs- und Wissenschaftsbereich ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Nein, nein, nein, da kommt gleich noch etwas! - Heiterkeit)

Das zeigt letztlich auch, dass wir mit solidem Regieren von 2012 bis 2017 die volle Dauer der Legislaturperiode ausschöpfen werden.

Meine Damen und Herren, wollen wir die Ärzte am UKSH entmachten?

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

- Nein!

Könnten wir mit einem Landesgesetz überhaupt Regelungen des Bundes-Heilberufegesetzes einschränken?

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

- Nein, das könnten wir gar nicht.

Nun könnte man auf die diesbezüglichen Sorgen des Marburger Bundes natürlich genau mit diesem Hinweis reagieren. Man könnte aber auch einen erläuternden Satz ins Gesetz schreiben. Dieser hätte nicht viel mehr Sinn als weiße Salbe, aber die kann ja manchmal medizinisch durchaus indiziert sein.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir reden ja über Hochschulmedizin!)

Wir können allerdings wichtige Weichenstellungen für die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein vornehmen. Das werden wir tun. Wir waren klug genug, nicht beim Amtsantritt der Regierung zu versprechen, dass wir das UKSH in dieser Legisla-

(Martin Habersaat)

turperiode finanziell völlig sanieren könnten. Wir werden auch klug genug sein, das auch nicht für die nächste Legislaturperiode zu versprechen, weil der wirtschaftliche Erfolg eines solchen Klinikums von zu vielen Faktoren abhängt, von denen nur die wenigsten allein von unserem Land zu steuern sind.

(Uli König [PIRATEN]: Und dann kommt ihr mit Public Private Partnership!)

Wir haben aber in dieser Legislaturperiode die **bauliche Sanierung des UKSH** auf den Weg gebracht,

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

die auch Voraussetzung für eine bessere Patientenbetreuung ist.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Es war eine richtige Entscheidung der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, das Hochschulgesetz und den medizinischen Teil des Hochschulgesetzes - so will ich es einmal sagen - voneinander zu trennen.

Unsere Eckpunkte für den medizinischen Teil sind: Es bleibt bei einem einheitlichen Unternehmen UKSH; die Fusionierung wird nicht rückgängig gemacht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es bleibt - da waren nicht immer alle in diesem Saal einer Meinung - bei der **Medizinerbildung an den beiden Universitäten in Kiel und Lübeck**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Sie wollten vor zwei Jahren kürzen!)

Wesentliche strategische Entscheidungen des Unternehmens ebenso wie der Hochschulen setzen ein Maximum an Mitbestimmung voraus.

Und schließlich muss die Verzahnung zwischen dem Unternehmen UKSH und den beiden Universitäten so groß wie möglich sein. Dabei sind wir uns mit dem Wissenschaftsrat und mit dem Bundesverfassungsgericht einig. Dem Vorstand werden künftig fünf statt bisher drei Mitglieder angehören. Neu hinzu kommen die beiden Dekane der Medizinischen Fakultäten. Das stärkt Forschung und Lehre. Der Vorstand wird von einem Aufsichtsrat kontrolliert werden, dem künftig drei statt bisher ein Arbeitnehmervertreter angehören. Das stärkt die Personalrechte.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir hören von der Sorge, dass einer dieser drei Vertreter vom DGB benannt werden kann. Der Marburger Bund, der bekanntlich nicht dem DGB angehört, hat das öffentlich kritisiert. Wir sind gern bereit, darüber in der Anhörung zu diskutieren, stellen aber jetzt schon fest, dass ver.di die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am UKSH vertritt und dass ver.di die Tarifverhandlungen beim TV-L anführt. Deswegen ist es kein ganz abwegiger Vorschlag, dem DGB, dem ver.di angehört, dieses Vorschlagsrecht zuzubilligen.

Ich möchte kurz ein paar Punkte nennen. Dass wir in den Kodex für gute Beschäftigung nach § 83 Absatz 4 einsteigen, ist eine gute Nachricht für die Beschäftigten. Richtig ist, die beiden Beratungsgremien, die es künftig geben wird, inhaltlich klar voneinander zu trennen und entsprechend zugewiesene Aufgaben vorzusehen. Es ist richtig, strukturbildende Professuren nicht mehr automatisch mit Chefarztverträgen auszustatten, auch wenn das vielleicht nicht jeder bejubeln wird. Es ist richtig, die beiden Standorte zu stärken, indem es eigene Campusdirektionen geben wird: eine in Kiel und eine in Lübeck.

Es ist auch richtig, künftig den medizinischen Teil der Hochschulbildung mit **Ziel- und Leistungsvereinbarungen** zu steuern, wie wir das in anderen Bereichen machen. Wir werden uns dann noch anzuschauen haben, dass wir die Hochschulen auch von den Kosten der Tarifsteigerungen entlasten. Darüber wird auch bei den Ziel- und Leistungsvereinbarungen im medizinischen Bereich zu sprechen sein.

Meine Damen und Herren, das Wissenschaftsministerium hat intensive Vorgespräche geführt. Es ist typisch für den Oppositionsführer, sich in der Zeitung zu äußern und zu sagen, ein Gespräch mit denen, die es angehe, habe nie stattgefunden. Er sagt nicht, dass das zu wenig sei oder dass man mit den falschen Personen gesprochen habe. Vielmehr sagt er, das habe nie stattgefunden. - In diesem Stil wird in diesem Land Oppositionspolitik gemacht. Ich halte das für falsch. Herr Günther hätte heute die Gelegenheit, sich dafür zu entschuldigen.

Ich habe die Gelegenheit festzustellen, dass das alles in allem ein guter Gesetzentwurf ist. Das struckische Gesetz gilt wie immer. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Gäste sind zu uns gekommen. Auf der Tribüne sitzen Mitglieder des SPD-Ortsvereins Ahrensböök sowie Mitglieder des SPD-Ortsvereins Jübek. Unter ihnen ist die ehemalige Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel mit Asylbewerbern aus ihrem Ort.

(Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort, und ich erteile für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kollegen Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Hochschulmedizin ist aus unserer Perspektive das mit Abstand komplizierteste Feld der Wissenschaftspolitik. Hier spielen Standortfragen, aber auch wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesundheitspolitische Interessen eine Rolle. Diese stehen oft in Konkurrenz zueinander. Die Strukturen sind kompliziert. Die Interessen der Hochschulen, des Klinikums, der Ärzte, der Studierenden und des Personals können sich oft widersprechen.

Nachdem wir für das UKSH in großem Einvernehmen ein riesiges **ÖPP-Bauprojekt** in Gang gesetzt haben, befassen wir uns jetzt damit, wie wir die gesetzlichen Strukturen in der Hochschulmedizin anpassen können. Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung heute vorgelegt hat, schafft, bezogen auf die Hochschulen und das Universitätsklinikum, klarere Strukturen. Fachkompetenz und klarere Strukturen - diese Aspekte rücken in den Mittelpunkt.

Die Hochschulmedizin hat in den vergangenen Jahren mehrfach zu Aufregung geführt. Es ist deshalb wenig verwunderlich, Herr Kollege Dornquast, dass es etwas länger gedauert hat. Wenn man einen Gesetzentwurf gut machen will, dann sollte man sich die dafür notwendige Zeit nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Ach, komm! Hör auf!)

Längere Anlaufzeiten machen Gesetze nicht schlechter; manchmal werden sie dadurch sogar besser. Ich glaube, dass dem auch in diesem Fall so ist. Wir haben übrigens noch genug Zeit.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

- Herr Kollege Dr. Garg, wir haben noch genug Zeit, im Parlament über den Gesetzentwurf zu beraten und in Anhörungen weitere Stellungnahmen einzuholen. Der Gesetzentwurf schafft dadurch, dass zwei hauptamtliche Dekane vorgesehen sind, in weiten Teilen Klarheit hinsichtlich der Struktur. Der Bereich von Forschung und Lehre, also die **Wissenschaft**, wird gestärkt. Das begrüßen wir Grüne. Wir finden es auch richtig, dass der Medizin-Ausschuss, der von vielen Seiten kritisiert wurde, abgeschafft werden soll. Dieser Ausschuss hat viele Ressourcen gebunden, aber wenige Probleme gelöst. Es ist deshalb richtig, ihn abzuschaffen.

Durch die zwei standortbezogenen Campi werden die Strukturen ebenfalls klarer. Einige Kollegen haben es schon gesagt: Es geht nicht darum, die Zusammenarbeit zwischen Lübeck und Kiel abzuwickeln oder zu beenden. Nein, wir stehen zu beiden Standorten und zu einer engen Zusammenarbeit. Aber dafür brauchen wir Klarheit in der Struktur. Bei Fragen, die sozusagen „pro Campus“ geklärt werden sollen, hat es auch Sinn, dies in Zukunft deutlicher so aufzuteilen.

Wir begrüßen es, dass in der neuen Universitätsmedizinversammlung campusübergreifende Fragen der Hochschulmedizin besprochen werden sollen.

Es ist richtig, dass - ähnlich wie für andere Teile der Hochschulen - **Zielvereinbarungen** zwischen Land und Hochschulen auch zur Hochschulmedizin abgeschlossen werden. Dadurch bekommt das Land deutlich mehr Einfluss auf die strategische Entwicklung der Hochschulmedizin; auch das finden wir richtig. Wir gehen davon aus, dass die Zielvereinbarung mehr Transparenz für alle schafft. Ähnlich wie in Bezug auf die sonstigen Zielvereinbarungen, die wir mit den Hochschulen im Land verhandeln, müssen wir auch hier noch einmal darüber sprechen, wie wir als Parlament und Haushaltsgesetzgeber mehr Einfluss auf diese Prozesse nehmen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Frage ist bisher weder dort noch an anderer Stelle gut gelöst. Es ist lohnenswert, sich darüber Gedanken zu machen.

Die **Neustrukturierung der Gremien** begrüßen wir. In der parlamentarischen Anhörung wollen wir aber noch einmal die Meinungen aller Seiten dazu einholen. Diese Zeit sollten wir uns nehmen. Das werden wir auch tun.

In der Debatte in der vergangenen Woche hat ein Thema, das angebliche **Direktionsrecht des Klini-**

(Rasmus Andresen)

kums gegenüber Ärzten, Aufsehen erregt. Auch ich möchte dazu noch einmal Stellung beziehen. Natürlich gibt es nicht die Absicht, in die ärztlichen Entscheidungen einzugreifen. Klar ist: Das Direktionsrecht endet selbstverständlich dort, wo das Berufsrecht der Ärzte beginnt.

In dem Gesetz geht es allerdings nicht darum, sondern es geht um die Urlaubsgewährung, um Dienstpläne, um die Zusammenarbeit mit externen Akteuren. In all diesen Bereichen muss das Klinikum ganz unaufgeregt planen können und die Möglichkeit haben, die entsprechenden Funktionen wahrzunehmen. Wenn es zur Klarheit beiträgt und wenn dadurch die Kritik, die der Marburger Bund geäußert hat, eingedämmt werden kann, sind wir aber gern bereit, in der parlamentarischen Anhörung noch einmal zu schauen, ob Formulierungen im Gesetz präziser gefasst werden können.

Ein anderer Aspekt betrifft die Frage nach der Arbeitnehmerinnen- und **Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat**. Hier möchte ich mich der SPD-Fraktion anschließen, deren Redner darauf verwiesen hat, dass der DGB mit der Gewerkschaft ver.di die meisten organisierten Beschäftigten am Klinikum und an den Universitäten vertritt. ver.di hat übrigens auch die Verhandlungsführung in den Tarifvertragsverhandlungen inne. Deshalb glauben wir, dass es richtig ist, den DGB zu berücksichtigen und ihm den Platz im Aufsichtsrat zu geben. Wir unterstützen deshalb das, was zu diesem Thema im Gesetzentwurf steht.

Der Überweisung stimmen wir zu. Wir werden sicherlich nicht mehr vor so großen Grundsatzdiskussionen stehen wie in der Vergangenheit in anderen Bereichen der Hochschulpolitik. Wir nehmen uns die Zeit für eine gute Vorbereitung im Bildungsausschuss. Morgen beginnen wir damit, indem wir die Anhörung beschließen. Auf diese freue ich mich. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Hochschulmedizin** - genauer gesagt: die Medizinischen Fakultäten an den Universitäten Kiel und Lübeck sowie das Universitätsklinikum an diesen bei-

den Standorten - hat zentrale Bedeutung für den **Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein** und für unser Bundesland insgesamt. Sie ist ein wichtiger Motor der Forschung und Impulsgeber der Entwicklung der Gesundheitswirtschaft, die für unser Land ebenfalls herausragende Bedeutung hat. Es hat daher durchaus Sinn, die Rahmenbedingungen für die Hochschulmedizin in einem eigenen Landesgesetz festzuschreiben.

Es ist wirklich Zeit, die **Empfehlungen des Wissenschaftsrates** aus dem Jahr 2011 aufzugreifen. Das alte Grundproblem, dass man zwei Universitäten und ein Klinikum mit zwei Standorten unter einen Hut bekommen muss, wird damit zumindest ein Stück weit besser zu lösen sein. Grundsätzlich halten wir den Gesetzentwurf für richtig; er ist aber auch überfällig.

Die Ministerin hat im Vorfeld erklärt, dass das Gesetz nach der - vermeintlichen - Neuordnung der Hochschulfinanzen und der Novelle des Hochschulgesetzes der dritte wissenschaftspolitische Pfeiler ihrer Amtszeit sei. Man kann im Sinne unseres Wissenschaftsstandortes nur hoffen, dass zumindest dieses Vorhaben gelingen wird.

Man kann nicht behaupten, dass sich die Ministerin bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs besonders gestresst hätte. Bereits in der vergangenen Wahlperiode wurde intensiv über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates diskutiert. Viele der damaligen Akteure sind heute nicht mehr politisch aktiv, oder sie sind in anderen Funktionen unterwegs. Ich habe vorhin in einem Plenarprotokoll aus dem März 2012 gelesen. Damals betitelte der geschätzte Kollege Jürgen Weber den jungen Kollegen Daniel Günther als „Meister der Begrüßung von Vorschlägen der Regierung“. Man sieht: Die Zeit ist deutlich vorangeschritten.

(Beifall FDP)

Der Gesetzentwurf war wirklich sehr lange in der Pipeline des Ministeriums.

Die beiden Universitäten und der damalige Minister Jost de Jager - die älteren unter uns werden sich erinnern - hatten bereits Vorschläge unterbreitet, die jedoch wegen der Verkürzung der Wahlperiode nicht mehr umgesetzt werden konnten.

Herr Dr. Stegner, der erste gemeinsame Vorschlag der Universitäten und des UKSH ist nun auch schon viereinhalb Jahre alt.

(Beifall FDP)

(Christopher Vogt)

Herr Kollege Dornquast hat an einen interessanten Punkt erinnert: Die damalige Ministerin Wende wollte im zweiten Quartal 2013 einen Gesetzentwurf vorlegen. - Kurz gesagt, man wartet in beiden Universitäten, im Klinikum und im Landtag schon lange auf den Vorschlag.

Herr Kollege Andresen, ich kann nicht ganz nachvollziehen, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf so lange zurückgehalten, das heißt, dem Parlament vorenthalten hat. Wenn aber das Ding auf dem Tisch liegt, die erste Beratung also vorbei ist, soll gleich am nächsten Morgen in einer Sondersitzung des Bildungsausschusses die Anhörung beschlossen werden, weil jetzt angeblich Gas gegeben werden muss.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Entschuldigen Sie, Frau von Kalben, Ihr Kollege Andresen hat gesagt, fünf Jahre für einen Gesetzentwurf seien ja wohl nicht zu lange. Jetzt aber sagen Sie, die wenigen Stunden bis zur Ausschusssitzung seien sicherlich kein Problem. Das ist schon ein bisschen merkwürdig, Frau Kollegin.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass trotz der langen Vorbereitung gleich rechtliche Bedenken aufgekomen sind, spricht nicht gerade für die Arbeit der Ministerin. Ich warne davor, die Bedenken einfach vom Tisch zu wischen. Man sollte in Bezug auf das, was der Marburger Bund kritisiert hat, eine Klarstellung im Gesetzentwurf vornehmen. Die Kritik an der **Regelung zur Mitbestimmung** ist nicht unberechtigt. Der Marburger Bund spielt am Klinikum eine große Rolle. Sonst sind Sie von der Koalition doch immer so für Gewerkschaften; nur beim Marburger Bund sehen Sie das ein bisschen anders. Darüber sollte man noch einmal sprechen.

(Heiterkeit und Beifall FDP und CDU)

Ich möchte noch auf drei Punkte eingehen. Wir plädieren, wie Sie sicherlich mitbekommen haben, für die Stärkung der Hochschulautonomie. Das ist übrigens auch innerhalb der Struktur des UKSH möglich; der Wissenschaftsrat hat dies bereits im Jahr 2011 entsprechend formuliert. Wir werden uns die Eingriffsrechte, die sich das Ministerium vorbehalten will, genau anschauen.

Das Medizinstudium muss so aufgestellt sein, dass es weiterhin in Kiel und in Lübeck möglich ist und dass es bundesweit eine Spitzenposition einnimmt.

Dazu bedarf es übrigens der entsprechenden Ausstattung.

Ein weiterer Punkt, Herr Kollege Andresen: Die hauptamtlichen Dekane sollen im UKSH-Vorstand sitzen. Man muss schauen, wer das eigentlich sein kann. Aus meiner Sicht können das nur Chefärzte sein, weil diese Personen auch von der Krankenversorgung Ahnung haben müssen. In diesem Zusammenhang stellen sich zwei Fragen: Wie werden sie bezahlt? Woraus werden sie bezahlt? - Die Koalition will dafür auf den Etat für Forschung und Lehre zurückgreifen. Das muss man sich noch einmal genauer anschauen.

(Beifall FDP)

Lange Rede, kurzer Sinn. Wir haben extrem lange darauf gewartet. Wir halten den Ansatz im Grundsatz für richtig, den der Wissenschaftsrat schon vor vielen Jahren vorgeschlagen hat. Wir werden uns konstruktiv einbringen. Ich freue mich auf die frühmorgendliche Ausschussberatung. Da werden wir das sicherlich voranbringen.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Abgeordnete Uli König das Wort.

(Zurufe)

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich muss durch Bad Segeberg fahren.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wir werden sehen, ob wir das schaffen. Zum Glück haben wir hier ja Hotels.

Meine Damen und Herren, endlich haben wir es geschafft, und die Landesregierung hat den Entwurf für ein **Hochschulmedizingesetz** vorgelegt. Herr Dornquast hat sich gerade erfolgreich als Chronist betätigt; ich muss nicht wiederholen, wie lange das gedauert hat und was für einen langen Weg dieser Gesetzentwurf hinter sich hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal an die Äußerung des Kollegen Habersaat vom 17. Dezember 2015 im Hohen Hause erinnern:

„Am Ende werden wir ein Hochschulgesetz haben, das vielen Wünschen entspricht und

(Uli König)

das eines der modernsten und besten in Deutschland sein wird.“

(Vereinzelter Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jawohl, großartig!)

Herr Habersaat, bringen wir es einmal auf den Punkt. Wir haben die Kritik des Marburger Bundes. Diese klingt erst einmal sehr übel.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Wir werden im Ausschuss prüfen müssen - - Ich finde es übel, wenn der Marburger Bund recht hat und die Rechte der Ärzte wirklich eingeschränkt werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Auf der anderen Seite muss man anerkennen, dass Frau Alheit und die Koalition sagen, sie wollten die Kritik ernst nehmen und prüfen - Herr Andresen hat das zugesagt -, ob man das noch etwas präzisieren muss. Wenn Sie das nicht gesagt hätten, hätte ich hier schärfere Worte gefunden. Daher vielen Dank für die Präzisierung an der Stelle. Sonst müssen wir uns Gedanken machen, wie das mit der Freiheit von **Forschung** und **Lehre** funktioniert. Wie gesagt, wir sollten das an der Stelle noch einmal präzisieren.

Wir PIRATEN begrüßen, dass die universitären Standorte durch die Campuszentren autonomisiert und gestärkt werden sollen. Auch die geplante Aufteilung in Universitätsmedizinerversammlung und Gewährleistungsträgerversammlung scheint prinzipiell eine vernünftige Lösung zu sein. Ob die frei werdenden Mittel aus dem Medizin-Ausschuss aber wirklich für alle ankommenden Kosten reichen werden, daran habe ich ernsthafte Zweifel. Ich bin gespannt, ob das nachher wirklich passt.

Bei all den verwaltungstechnischen Änderungen ignorieren Sie im Übrigen den Punkt, den wir endlich einmal diskutieren sollten: das Promotionsrecht bei den Medizinern. Erst kürzlich hat sich die Hochschulrektorenkonferenz dazu geäußert - was ja durchaus außergewöhnlich ist - und gesagt, dass die Mediziner bei ihren Promotionen die Einhaltung der allgemeinen Qualitätsstandards bei Dissertationen schaffen sollten. Das ist heute bei **Promotionen** im Medizinbereich leider bei Weitem nicht der Fall. Es gibt Leute, die spotten, dass es in Deutschland einen „Doktor Light“ im Medizinbereich gibt. Wir sollten darüber nachdenken, ob wir uns das in Schleswig-Holstein leisten wollen.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Bohn?

Uli König [PIRATEN]:

Na gut.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte schön? Ich habe Sie nicht gehört.

Uli König [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Frau Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege, habe ich Sie gerade so verstanden, dass das nach Ihrer Einschätzung für alle Promotionen gilt?

Uli König [PIRATEN]:

Nein. Danke für die Frage. Ich möchte das gern präzisieren. Es gibt Promotionen im Medizinbereich, die man in sehr kurzer Zeit mit geringem Aufwand parallel zum Studium machen kann, und es gibt wissenschaftlich durchaus anspruchsvolle Promotionen im Medizinbereich. Vielen Dank für die Frage.

Es gibt zum Beispiel das Problem, wenn Promotionen durch Drittmittel finanziert werden sollen, dass es dann heißt: Das können wir aus bestimmten EU-Töpfen nicht machen, weil die Anforderungen für eine Promotion im Medizinbereich nicht den internationalen Standards genügen.

Wir sollten überlegen, ob wir daran nicht basteln sollten. Hier hätte die Chance bestanden, so etwas in das Gesetz aufzunehmen. Wir müssen in meinen Augen die Gleichwertigkeit vom Doktor der Medizin mit dem internationalen Ph. D. schaffen. So können wir einen Spitzenplatz für die Forschung in Schleswig-Holstein hinbekommen.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es uns ans Ziel bringt, ein bisschen an den Verwaltungskompetenzen herumzudoktern. Dieser Pfeiler in der hiesigen Hochschullandschaft muss eindeutig noch bearbeitet werden und am Ende stabil stehen.

Sie haben vollmundig angekündigt, wie toll das Gesetz werden solle. Ich vermisse viele Punkte in dem

(Uli König)

Gesetz. Der Bereich Open Access, in dem sich Staatssekretär Fischer fleißig beteiligt hat, ist nicht drin. Was beim Medizinstudium regelmäßig vermisst wird, ist der frühe Kontakt von Studierenden und Patienten. Auch das sehe ich im Gesetzentwurf nicht. Den Punkt international anerkannte Promotionen habe ich gerade reichlich ausgeführt.

Daher muss ich leider feststellen, dass Sie den Mund zu voll genommen haben. Zu Ihrer Ankündigung, das sei ein modernes Gesetz, muss ich sagen: Das einzig wirklich Moderne an diesem Gesetz ist das Datum, und das reicht leider nicht.

(Beifall PIRATEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]:
Das war ja eine intellektuelle Großtat!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW hat nun die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe die Ehre, nach dem Abgeordneten König zu sprechen. Sie sprechen davon, nicht das Gesetz, sondern nur das Datum sei modern. Christopher Vogt und Volker Dornquast sagen, es habe zu lange gedauert, bis der Gesetzentwurf auf den Weg gebracht worden sei. Ich muss sagen: Das lange Warten hat sich gelohnt, und der Gesetzentwurf ist modern. Vielleicht hat man ihn bei den PIRATEN nicht richtig gelesen, aber vielleicht kommt das ja noch in der Anhörung.

Das **Universitätsklinikum** Schleswig-Holstein belegt mit seinen Standorten Lübeck und Kiel sowie dem Zentrum für Integrative Psychiatrie in der aktuellen „FOCUS“-Klinikliste der Top-Krankenhäuser und -Fachkliniken 2017 erneut den Spitzenplatz aller Kliniken im Norden.

Gleichzeitig aber hört man schlechte Nachrichten. Diese betreffen unterschiedliche Bereiche: Wartelisten für Patienten, Engpässe beim Personal sowie veraltete Bausubstanz. In den letzten Jahren sind bereits viele Probleme behoben oder verringert worden. Der Ehrgeiz der Küstenkoalition ist ungebrochen, den größten Arbeitgeber im Land Schleswig-Holstein zu unterstützen und dessen Strukturen weiter zu verbessern.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns steht fest: Das UKSH als einziger Träger der medizinischen Maximalversorgung muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorgelegte Entwurf ist ein weiterer Baustein in dieser Strategie, der die Selbstständigkeit und Selbstverantwortung des UKSH stärkt, dabei die Steuerungsverantwortung klarer strukturiert sowie Forschung und Lehre stärkt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden in den weiteren Beratungen auf Herz und Nieren überprüft werden. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Entwurf absolut zukunftsfest ist. Er berücksichtigt die neuen Vorgaben aus Berlin genauso wie den medizinischen Fortschritt und die Interessen der beiden Standorte. **Kiel** und **Lübeck** werden als rechtlich unselbstständige Anstalten in Zukunft flexibel reagieren können. Überflüssige Koordinierungsverfahren werden gestrichen.

Der Wissenschaftsrat hatte den Medizin-Ausschuss als unzureichendes Steuerinstrument infrage gestellt. Darum wird er abgeschafft und durch eine **Universitätsmedizinversammlung** ersetzt. Der Vorstand wird durch zwei hauptamtliche Dekaninnen und Dekane verstärkt, um Forschung und Lehre an beiden Standorten besser zu vernetzen und zu positionieren. Damit nimmt auch die Transparenz insgesamt zu. Das sind nur einige der geplanten Maßnahmen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einen weiteren Punkt hervorheben, die Befristung der **Chefarztverträge**: Hiermit geht ja nicht zuletzt eine Neubewertung der Chefarztfunktion einher. Das ist eine lange geforderte Modernisierung dieser wichtigen Schaltstelle. Die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger werden nun verpflichtet, sich betriebswirtschaftliche Kenntnisse anzueignen. Denn neben der rein wissenschaftlichen Tätigkeit in Forschung und Lehre gehören auch personal- und betriebswirtschaftliche Aufgaben zum Spektrum der Klinikleitung. Ich bin davon überzeugt, dass mit der Befristung die Bildung verkrusteter Strukturen verhindert wird und verstärkt jüngere Bewerberinnen - ich meine hier ausdrücklich Chefärztinnen - zur Bewerbung animiert werden.

Ein Punkt, der hier aus Sicht des SSW besonders wichtig ist, ist die Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Wir begrüßen die Tatsache ausdrücklich, dass die Personalvertretungen nun wieder deutlich stärker in Änderungsprozesse involviert werden.

(Jette Waldinger-Thiering)

Positiv sehen wir auch die Neuordnung um mögliche Defizite in der **Rechtsmedizin**. Diese entstehen bekanntlich auf Grundlage des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes. Weil diese Grundlage vor allem bei komplizierten und sehr aufwendigen Untersuchungen nicht immer kostendeckend war, findet in Zukunft ein Ausgleich aus Landesmitteln statt. Damit sind auch die rechtsmedizinischen Leistungen abgesichert, und dieser Bereich ist für die Zukunft deutlich besser aufgestellt.

Abschließend möchte ich noch kurz darauf hinweisen, dass das Direktionsrecht ausschließlich Unternehmer- und Arbeitgeberpflichten umfasst. Die durch die Berufsordnung garantierten Freiheiten der Ärztinnen und Ärzte werden hiervon keineswegs berührt.

Ich bin gespannt auf die weiteren Diskussionen und die Bewertungen von fachlicher Seite. Mein Dank geht an die Wissenschaftsministerin Alheit, an Staatssekretär Rolf Fischer und auch an Herrn Weber, der dort oben sitzt, die mit ihrem hervorragenden Gesetzentwurf die Grundlage für eine fundierte Diskussion gelegt haben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 18/4813 dem Sozialausschuss und, wenn ich den Kollegen Rasmus Andresen richtig verstanden habe, auch dem Bildungsausschuss mitberatend zu überweisen.

(Zurufe)

Dann frage ich Sie: Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen?

(Wortmeldung Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Kollegin, ich war schon in der Abstimmung und habe vorher gefragt, ob der Gesetzentwurf dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss überwiesen werden soll.

(Zurufe)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich bitte um Nachsicht. Es gab hier ein bisschen Verwirrung. Ich ha-

be das vorhin so verstanden, dass morgen schon der Bildungsausschuss tagen würde. Insofern bitte ich darum, noch einmal in die Abstimmung einzusteigen: Überweisung an den Bildungsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss gerne.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay. Dann frage ich Sie, ob darüber Einigkeit besteht, dass wir den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss überweisen. Gibt es Gegenstimmen dazu? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann mir ja wohl kein Mensch erklären! - Zurufe - Dr. Heiner Garg [FDP]: Es gibt einen neuen Ressortzuschnitt, und dann ist der Bildungsausschuss federführend?)

- Aber Herr Kollege, ich habe gefragt, und Sie haben dem zugestimmt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war keine Kritik an Ihnen, aber ich verstehe es wirklich nicht!)

- Nein, nein. Ich glaube, wir haben jetzt abgestimmt, und ich glaube, im Rahmen von Selbstbefassung und -organisation können die Ausschüsse auch ihre Arbeit weiterhin tun. In beiden liegt es. Ich würde vorschlagen, dass Sie sich darüber verständigen und wir hier weitermachen.

(Zurufe)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 11 auf.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Weitere Zurufe - Dr. Heiner Garg [FDP]: Es geht doch nicht nur darum!)

- Worum es auch immer geht, Herr Dr. Garg und alle anderen Kollegen, nicht nur Sie selbstverständlich: Regeln Sie das, aber nicht an dieser Stelle. Ich rufe jetzt nämlich Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beobachterstatus für das Land Schleswig-Holstein im Nordischen Rat

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4839

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, dass die Wahl der vorgeschlagenen Ab-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

geordneten nur bis zum Ende dieser Wahlperiode erfolgen soll. Mit dieser Änderung lasse ich über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 18/4839 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so angenommen, und die vorgeschlagenen Mitglieder sind als beobachtende Mitglieder beim Nordischen Rat gewählt. Ich gratuliere den Abgeordneten Birte Pauls, Jette Waldinger-Thiering sowie den Abgeordneten Petra Nicolaisen und Dr. Ekkehard Klug als stellvertretende Mitglieder beim Nordischen Rat. - Herzlichen Glückwunsch und danke schön!

(Beifall)

Wir fahren in der Tagesordnung fort, und ich rufe die Tagesordnungspunkte 22, 23 und 30 auf:

Gemeinsame Beratung**a) Umsetzung der Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee in Kiel und Entschließung zu nachhaltigem Wirtschaften**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4843

b) Umsetzung der Resolution der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz in Riga und Entschließung zum Arbeitsmarkt

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4844

c) Ostseeaktivitäten der Landesregierung 2015/2016 (Ostseebericht 2016)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/4397

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses
Drucksache 18/4639

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich würde jetzt gern dem Herrn Berichterstatter des Europaausschusses, dem Abgeordneten Peter Lehnert, das Wort erteilen, sehe ihn nur zurzeit nicht. Übernimmt jemand von Ihnen diese Aufgabe? - Gibt es ein Mitglied im Europa-

ausschuss, das jetzt die Berichterstattung übernehmen will? - Herr Kollege Wiegard, vielen Dank dafür. Sie haben das Wort.

Rainer Wiegard [CDU]:

Ich verweise auf die Vorlage.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Sehr geehrter Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die politischen Entwicklungen auf internationaler Ebene sind nicht sehr ermutigend. Auch der Ostseeraum befindet sich nach wie vor in einer politisch angespannten Situation. Ostseepolitik gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung. Denn **Ostseekooperation** war von Anfang an auch ein Modell für gemeinsame Werte, für Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass Landtag und Landesregierung in diesem Punkt gemeinsam am gleichen Strang in dieselbe Richtung ziehen.

Die schwedische Regierung hat auf dem Jahresforum zur EU-Ostseestrategie, das letzte Woche in Stockholm stattfand, eine Debatte um die Zukunft der Ostseeregion angestoßen. Basis der Diskussionen ist eine Studie, die die globalen Trends bis 2030 und ihre Auswirkungen auf den Ostseeraum aufzeigt. Stichwort sind auch hier die UN-Nachhaltigkeitsziele. Schwedens Premierminister Stefan Löfven hatte mich eingeladen, im Eröffnungspanel mitzudiskutieren, aber leider musste ich meine Teilnahme in letzter Minute absagen, weil mein Flug wegen Schnees und technischer Probleme zunächst verschoben und schließlich völlig gecancelt wurde. Bitter genug, aber es wird hoffentlich andere Möglichkeiten geben, die ich und mein Ministerium nutzen werden, um diese wichtige Debatte weiterhin mitzugestalten.

Als Erstes möchte ich darauf hinweisen, dass am 1. Dezember zu diesem Thema hier im Plenarsaal das Ostseeforum 2016 stattfindet. Das ist eine gemeinsame Veranstaltung von Landtag, Europa-Union und meinem Haus. Sie sind alle herzlich eingeladen.

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Dem diesjährigen Ostseebericht ist das ostseepolitische Handlungskonzept der Landesregierung vorangestellt. Vor dem Hintergrund der politisch angespannten Situation im Ostseeraum war es mein Wunsch, noch einmal fokussiert darzustellen, warum wir uns ostseepolitisch engagieren und welche Schwerpunkte wir uns aus welchen Gründen setzen.

Warum also engagieren wir uns? - Aus wirtschaftlichen Gründen: Die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Region liegt über dem EU-Durchschnitt. Diese Position wollen wir gemeinsam erhalten.

Aus regionalpolitischen Gründen: Gemeinsam mit anderen Regionen sind wir stark, zum Beispiel in und gegenüber Brüssel.

Aus umweltpolitischen Gründen: Wir werden den Zustand der Ostsee nur mit vereinten Kräften zum Positiven wenden können.

Aber wir tun dies durchaus auch aus friedenspolitischen Gründen, zum Beispiel durch unsere Partnerschaft mit **Kaliningrad**. Unsere Partnerschaft mit Kaliningrad ist allerdings schwer belastet, seitdem das föderale russische Justizministerium das Hansebüro in Kaliningrad im Mai dieses Jahres in das Register sogenannter ausländischer Agenten eintragen ließ. Die Diskussion dazu haben wir gemeinsam in diesem Haus geführt, und ich habe auch im Ausschuss darüber berichten können. Wir sahen uns also gezwungen, das Büro zu schließen, und nun sind wir auf der Suche nach einer neuen organisatorischen Konstruktion, mit der wir diese jahrelange gute Zusammenarbeit vor Ort fortsetzen können.

Im September war ich in Kaliningrad, nicht nur um die 6. Deutsch-Russischen Dokumentarfilmtage zu eröffnen, sondern auch um mit der Gebietsregierung und den Mitarbeitern vor Ort die vorhin skizzierte schwierige Situation zu erörtern.

Auch auf höherer politischer Ebene sollten wir den Dialog fortführen. Wir wissen es alle: Nur der Austausch von Mensch zu Mensch kann Vorbehalte und Vorurteile wirklich abbauen. Hier sehe ich im Rahmen der Ostseekooperation unseren Auftrag. Ich würde es sehr begrüßen, wenn 2017, nach dann vier Jahren, erstmals wieder ein Treffen des Ostseerats auf Ebene der Staatschefs oder wenigstens der Außenminister stattfinden könnte.

Der **Ostseebericht** stellt auf gut 140 Seiten dar, was die Landesregierung zur Intensivierung der Ostseekooperation in den letzten zwei Jahren getan

hat. Einige wenige Beispiele möchte ich gern erwähnen.

Wir engagieren uns im Netzwerk der Ostseeregionen und tragen so zur Kohäsion der Regionen im Ostseeraum bei. Wir engagieren uns in der STRING-Kooperation für eine ökonomische wie ökologische nachhaltige Entwicklung dieser zusammenwachsenden Region. Als Koordinatoren des Politikbereichs Kultur der EU-Ostseestrategie bringen wir schleswig-holsteinische Akteure und Interessen in die Weiterentwicklung der Strategie ein.

Wir sind in dem internationalen Gremium des Ostseeprogramms in verantwortlicher Position vertreten und engagieren uns für die Einbeziehung möglichst vieler schleswig-holsteinischer Akteure in INTERREG-Projekte. Wir tun dies mit Erfolg: Bereits durch die erste Antragsrunde der laufenden Förderperiode fließen Strukturfondsmittel in Höhe von 4,5 Millionen € nach Schleswig-Holstein. 18 schleswig-holsteinische Partner sind beteiligt, vier schleswig-holsteinische Institutionen federführend.

Wir arbeiten enger mit unseren Nachbarregionen in **Dänemark** zusammen als jemals zuvor. Wir sind in der Umsetzung unseres Rahmenplans zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit bereits weiter vorangekommen als geplant.

Kurzum: Die Ostseekooperation ist und bleibt für mich und für die Landesregierung ein Arbeitsfeld von hoher politischer Bedeutung.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Frau Ministerin. - Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Frau Kollegin Regina Poersch von der SPD-Fraktion das Wort, die jetzt sechs Minuten Zeit für ihre Rede hat.

(Zurufe)

- Alle Abgeordneten haben sechs Minuten Zeit für ihre Reden.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dona nobis pacem - ich weiß nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, welches Lied in Ihrer Stadt oder Gemeinde am vergangenen Sonntag bei Ihrer Gedenkfeier zum Volkstrauertag im Mittelpunkt stand. In Eutin war es „Dona nobis pacem“, dieser wunderbare Kanon.

(Regina Poersch)

Dona nobis pacem: Gib uns deinen Frieden. - Wir gedachten am Sonntag der Opfer von Terror, Gewalt und Krieg. Zwei entsetzliche Kriege auf europäischem Boden gehören dazu. Es sind zwei mörderische Kriege, die vom Nationalismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgelöst wurden.

Heute sind Nationalisten wieder auf dem Vormarsch. Auch das Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den USA muss uns sorgenvoll stimmen. Wir fragen uns, ob niemand aus den furchtbaren todbringenden Kriegen gelernt hat. Warum fallen so viele in den **Nationalismus** zurück, der für Kriege gerade den Nährboden bereitet?

Wir stehen heute fast ratlos da und fragen uns, was all die Engstirnigen leitet, die Europa, die Europäische Union und Europas Vielfalt am liebsten abwickeln würden. Die einfältige Rückkehr zu Nationalismus und Abschottung macht uns schwächer und auch in jeder Hinsicht ärmer.

Vielfalt, Toleranz, Neugier und der Blick über den Tellerrand machen **Europa** und auch die Ostseeparlamentarierkonferenz sowie ihre kleine Schwester, das Parlamentsforum Südliche Ostsee, aus.

(Beifall SPD und SSW)

Das Zusammenkommen von Parlamenten im Ostseeraum, der friedliche, fruchtbare und freundliche Austausch von Ideen, der Wunsch, gemeinsam Lösungen für anstehende Herausforderungen zu finden und auch sich gemeinsam dem Terrorismus entgegenzustellen: Für mich ist dies auch in diesem Jahr wieder etwas ganz Besonderes gewesen.

Unser Entschließungsantrag zu den Ergebnissen der diesjährigen **Ostseeparlamentarierkonferenz** zeigt auf, welche Wege wir im Bereich Arbeit und Ausbildung gemeinsam gehen wollen.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit wurde gemeinsam in der Resolution von allen Delegationen betont. Schauen Sie einmal in Nummer 31. Ziel ist die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes in der Ostseeregion. In Nummer 46 fordern alle Delegationen gemeinsam, faire Löhne zu gewährleisten und sich für die Reduzierung von Leih- und Zeitarbeit und Werkverträgen einzusetzen.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und solide Übergänge von der Schule ins Berufsleben haben alle Delegationen als gemeinsame Ziele in der Resolution beschrieben. Resolution Nummer 34 fordert, gute Ansätze wie die EU-Jugendgarantie zu nutzen; Resolution Nummer 16 möchte Bildung und **Arbeitsmarkt** enger miteinander verknüpfen.

Die Resolution bekennt sich dazu, die „Erfahrungen der Vergangenheit für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft zu nutzen, damit die Integration der Ostseeregion voranschreitet und gleichzeitig regionale Identitäten bewahrt werden“.

Das gilt auch für die Positionen des **Parlamentsforums Südliche Ostsee** zum nachhaltigen Wirtschaften. Die zentralen Punkte finden sich in unserem vorliegenden Entschließungsantrag, Drucksache 18/4843.

Was für die Parlamente gilt, gilt auch für unsere Landesregierung. Der **Ostseebericht** zeigt auf 143 Seiten, dass unsere Landesregierung in allen Ressorts nicht nur zu einem Blick über den Tellerrand fähig ist, sondern dass sie daraus auch Vorteile für unser Land zieht. Da sind die maßgebliche Mitgestaltung der EU-Ostseestrategie, die maritime Modellregion Ostsee, unsere Schleswig-Holstein-Büros als Informations- und Vermittlungsstellen für die Wirtschaft. Da ist die Wissensregion Ostsee, da sind viele Schul- und Hochschulpartnerschaften. Da ist die Einbindung der Jugend in alle Belange der Ostseeregion. Genauso wie der Ostseerat zur Ostsee-Jugendkonferenz einlädt, lassen wir beim Ostsee-Jugendforum zur BSPC nicht locker und planen für März 2017 schon das dritte Ostsee-Jugendforum.

Zum Blick über den Tellerrand gehört für mich übrigens auch der Dialog mit **Russland**. Liebe Frau Ministerin Spoorendonk, ich danke Ihnen sehr für Ihr Bemühen, für Kaliningrad und das Schleswig-Holstein-Büro dort eine Lösung zu finden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mein herzlicher Dank gilt allen Ministerien, aber im Besonderen Ihnen und Ihrem Haus, liebe Frau Europaministerin.

Schleswig-Holstein leistet einen vielleicht kleinen, aber unverzichtbaren Beitrag für ein friedliches Europa. Der Frieden in Europa ist die Voraussetzung für unseren Wohlstand.

Dona nobis pacem: Nicht von ungefähr wird dieser Kanon schon seit den 1950er-Jahren zum Abschluss des europäischen Folklorefestivals in Neustadt in Holstein gemeinsam von allen Teilnehmenden gesungen, mögen sie aus Bulgarien, Deutschland, Irland, Litauen oder der Ukraine kommen. Dona nobis pacem, das ist heute auch mein Wunsch.

Ich beantrage die Überweisung der beiden Anträge zu den Resolutionen der Ostseeparlamentarierkon-

(Regina Poersch)

ferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee an den Europaausschuss, die Drucksache 18/4844 mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss und die Drucksache 18/4843 mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich erteile jetzt das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin weit davon entfernt, jede kleine Zuckung, die sich irgendwo in Europa auftut, gleich zu einer Krise Europas zu stilisieren, insbesondere nicht zu einer Krise der europäischen Institutionen. Meistens ist es eher ein - ich sage es einmal vorsichtig - besonderes Verhalten einzelner Mitgliedstaaten. Davor ist bedauerlicherweise auch die Ostseeregion nicht gefeit, denn auch wir haben zwischen den westlichen Mitgliedstaaten der Ostseeregion ein bisschen Knirschen im Gebälk.

Wir haben zwischen Mitgliedstaaten der östlichen Ostseeregion Sorgen feststellen müssen, und wir haben Spannungen zwischen beiden Regionen.

Lassen wir einmal kurz einige Punkte Revue passieren, die man dankenswerterweise auch im Ostseebericht der Ministerin findet: Die Grenzkontrollen, die sowohl zwischen Deutschland und **Dänemark** als auch zwischen Dänemark und Schweden eingeführt sind, haben durchaus zu Behinderungen geführt, die erste Verhinderungen bewirkt haben, beispielsweise die Streichung der Direktverbindung Hamburg - Aalborg. All das sind Belastungen, die die Menschen in der Region ertragen müssen.

Zu nennen ist ferner die Beratung der Grenzpendler im Grenzraum, die auf unserer Seite allein von den Kommunen getragen wird. Hier braucht es dringend Unterstützung, weil die Auswirkungen in diesem Bereich für die Menschen eine besondere Bedeutung haben. Ich darf auf das große Leuchtturmprojekt verweisen, das wir in der Strahlentherapie in Flensburg viele Jahre lang gemeinsam gesehen haben. Dieses Projekt hat sich wahrscheinlich erledigt, weil auf der anderen Seite, auf der dänischen Seite, ein neues und anderes Denken Fuß gefasst hat.

Ein zweiter Punkt: Alle, die bei der **Ostseeparlamentarierkonferenz** in Riga dabei waren, haben es nahezu körperlich spüren können, dass viele Menschen im baltischen Raum und zum Teil in Polen Sorge, ja Angst davor haben, dass sich möglicherweise Dinge wie die Annexion auf der Krim auch in anderen Teilen Europas wiederholen könnten. Man muss diese Sorgen ernst nehmen, auch wenn es als nahezu unbeteiligter Dritter schwer ist, dies zu verstehen.

Einen dritten Punkt hat die Frau Ministerin vorhin besonders angesprochen, und ich will diesen aufnehmen, nämlich die Zwangsregistrierung des Hansebüros als „ausländischer Agent“. Dieser Vorgang ist ein Tiefpunkt in den Beziehungen seit 1990.

(Beifall CDU)

Es ist sehr lobenswert, wenn wir versuchen, die Aufgaben, die das **Hansebüro** wahrgenommen hat, nun auf andere Beine zu stellen. Hier werden wir alle Anstrengungen unterstützen, aber es ist natürlich zwischen souveränen Staaten ein unglaublicher Akt, der hier vollzogen worden ist. Ich glaube, darauf muss man besonders eingehen.

Wir brauchen auf allen Ebenen insbesondere diplomatische Lösungen. Wir brauchen aber nicht nur allein diplomatische Lösungen, wie wir sie formal zwischen Regierungen kennen, denn wir haben gesehen, dass im Augenblick die Parlamentarierkonferenzen die einzige Gesprächsgrundlage bilden, auf der alle miteinander reden. Das hat auf den Regierungsebenen nicht mehr so stattgefunden. Wir brauchen hin und wieder auch ein paar materielle Beiträge und nicht nur die Förderung von Maßnahmen mit wohlgesetzten Worten. Als Beispiel nenne ich die Grenzpendlerberatung, für die dies auch gilt.

Wir brauchen immaterielle Unterstützung. Hier will ich einen Punkt herausgreifen, der vielleicht auf den ersten Blick nicht so bedeutend sein mag. Unter den 61 Punkten der Resolution von Riga gibt es einen Punkt, dem wir uns gern anschließen würden. Er umfasst, dass die Parlamente in den Mitgliedstaaten künftig einheitlich abgestimmte Fragen an ihre Regierungen zum Stand der Umsetzung der Resolution stellen. Das mag auf den ersten Blick so aussehen, als sei dies aus unserer Sicht eine Einigung auf niedrigstem Niveau, aber es kann ein Weg für andere Mitgliedstaaten und für andere Parlamentariergruppen sein, auf diese Weise Fragen an ihre Regierung stellen zu können, die sie sonst nicht stellen könnten, weil es im Wesentlichen darauf ankommt, regierungsfreundliche Fragen zu platzieren. Ich glaube, wir sollten uns alle einig sein, dass wir

(Rainer Wiegard)

im Schleswig-Holsteinischen Landtag diesen Weg mitgehen.

Wir werden den Anträgen zustimmen, soweit Ausschussüberweisung beantragt ist. Im Übrigen nehmen wir den Bericht zur Kenntnis. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst einmal der Landesregierung für diesen **Ostseebericht**. Er zeigt, dass wir mit unseren Kooperationen im Ostseeraum sehr breit aufgestellt sind. Die Kooperationen bleiben aber getragen von einem übergreifenden Konzept, von Leitgedanken und Zielen, die Richtschnur für unser Handeln sind. Die zentralen Begriffe für diese Richtschnur lauten: weltoffen, integrativ, friedfertig, konstruktiv, nachhaltig und innovativ. Fokussierung bei den Themen und Bildung strategischer Allianzen sind Bestandteile dieses übergreifenden Konzepts.

Die Zusammenarbeit der Parlamente im Ostseeraum im Rahmen der **Ostseeparlamentarierkonferenz** und des **Parlamentsforums Südliche Ostsee** ist so aufgestellt, dass sie dazu dient, Lösungen für grenzüberschreitende Herausforderungen zu entwickeln. Hier sind viele Dinge entwickelt worden, die positive Auswirkungen auf die jeweiligen Lebensverhältnisse in den Regionen haben.

Beide Foren liefern mit ihren gemeinsamen Arbeitsergebnissen immer wieder wertvolle Hinweise für die Landesregierung, für die unterschiedlichen Verwaltungsebenen, aber auch für die Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Sie wissen, dass die **Ostseekooperation** letztlich von über 20 Netzwerken rund um die Ostsee getragen ist.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich 1991 gebildet. Blicken wir zurück: Vor 20 Jahren waren gerade einmal 5 % der Ostseeanliegerstaaten Teil der EU, heute sind es über 95 %. Ich glaube, das macht deutlich: Dieses Meer ist letztlich ein Meer der westlichen Demokratien, um gerade in diesen Tagen dieses Stichwort zu nennen.

Russland ist über ein regionales Programm Nordwestrussland in jüngster Zeit besser in die Projekte der Ostsee einzubinden. Ja, die Zusammenarbeit mit Russland dient letztlich dazu, in schwierigen Zeiten mit Russland und der Zivilgesellschaft und auf der Parlamentarierenebene im Dialog zu bleiben. Wir müssen aber positiv festhalten, dass es gerade unter dieser polnischen Regierung, die wir sehr kritisch sehen, geklappt hat, dass die Treffen im Ostseerat auf Ministerebene wieder stattgefunden haben.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz hat sich in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit dem Thema grenzüberschreitender **Arbeitsmarkt** befasst. Das ist im Grunde auf Wunsch des Gastgeberlandes erfolgt. Auch wenn die Ostseeregion eine reiche Region ist, müssen wir vor Augen haben, dass Lettland eines der ärmsten Länder Europas ist. Es ist das drittärmste Land. Die Bevölkerung ist in den letzten 25 Jahren von 2,7 Millionen Menschen auf ungefähr 1,9 Millionen Menschen geschrumpft.

Die Impulse, die von der Abschlussresolution ausgehen, sind daher natürlich auch von den Fragen des Arbeitsmarkts, der Aus- und Weiterbildung und der Jugendarbeitslosigkeit, der Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, aber auch der Mobilität von Arbeitskräften und von Investitionen in den Wirtschaftsstandort sowie von Zusammenarbeit in der Wirtschaftskette getragen.

Ich glaube, an diesen Punkten sieht man unmittelbar, dass wir in der Ostseeregion erheblich mehr aufeinander Rücksicht nehmen müssen. Wir müssen erheblich mehr beachten, was jeweils in den anderen Ländern dieser Region passiert.

Die Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz mögen sehr allgemein sein, aber sie wirken. 2012 wurde in Sankt Petersburg ein Beschluss gefasst. Zum ersten Mal wurde eine europäische Jugendgarantie gefordert. Ziel war, längere Zeiten der Arbeitslosigkeit beim Übergang von der Schule in den Beruf zu vermeiden. Wir hatten dieses Thema hier im Landtag. Inzwischen stehen auf europäischer Ebene über 6 Milliarden € an zusätzlichen Fördermitteln hierfür bereit. Ich glaube, man sieht dies auch in anderen Bereichen, zum Beispiel sichere, saubere Schifffahrt, Green Growth, Energie und Klimawandel. Diese Beschlüsse zeigen Wirkung. Sie haben Wirkung.

Das hoffen wir auch für die Beschlüsse des Parlamentsforums Südliche Ostsee. Das hat dieses Mal ja hier in Kiel getagt. Das erste Mal waren die Themen ländliche Entwicklung, Ernährungswirtschaft

(Bernd Voß)

und Landbewirtschaftung im Fokus. Wenn wir zurückblicken, dann war gerade die Ostseezusammenarbeit schon sehr früh von HELCOM und von internationalen Umweltabkommen der Anrainerstaaten geprägt, die auch sehr erfolgreich umgesetzt worden sind. Wir müssen aber auch feststellen, dass zugleich eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft eine Herausforderung darstellen, um auch bei der Sauberkeit der Ostsee voranzukommen.

Es ist schon bezeichnend, dass gerade in diesem Frühjahr der Europäische Rechnungshof in einem Sonderbericht deutlich gemacht hat, dass gerade die Mittel für EU-Agrarpolitik erheblich zielgerichteter für die Sauberkeit der Ostsee eingesetzt werden müssen.

Sie wissen alle: Tourismus, Wertschöpfung und nachhaltige ländliche Entwicklung stehen allesamt in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Vielleicht noch ein letztes Beispiel dafür, wie auch die Arbeit der beiden Parlamentsforen miteinander vernetzt wird. Wir haben zum Beispiel das Thema Arbeitsmarkt. Das Thema Arbeitsmarkt ist auch wichtig für die Ernährungswirtschaft und für den ländlichen Raum. Bei den Stichworten Arbeitnehmerfreizügigkeit, Leih- und Zeitarbeit sowie Werkverträge haben wir im Landtag gerade erst einen Beschluss gefasst und werden eine Anhörung durchführen. Das ist etwas, was die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rund um die Ostsee erheblich betrifft.

Von meinen Vorrednern ist bereits einiges gesagt worden, welche Situation wir aktuell haben. Aber es hilft nichts: Wir müssen Europa jeden Tag und jede Woche neu erarbeiten. Aber ich glaube, dabei werden wir erfolgreich sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank Herr Kollege. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die regionale Kooperation im Ostseeraum ist im Windschatten der großen Politik zu einem der kleinen Stützpfeiler der europäischen Integration geworden. Darüber hinaus bezieht die **Ostseekooperation** ja sowohl im Ostseerat als auch in der **Ostseeparlamentarierkonferenz** wie auch im **Parlamentsfo-**

rum Südliche Ostsee auch Partner aus Russland mit ein. Das ist, wie wir wissen, ein in den letzten Jahren zunehmend schwieriger gewordener Partner.

Beachtlich finde ich, dass, obwohl gerade die ost- und mitteleuropäischen Partner aus der EU in wachsendem Maße mit Misstrauen nach Moskau blicken, vor allem seit der Ukraine Krise, diese trotzdem in Sachen regionale Zusammenarbeit mit **Russland** bei der Stange bleiben. Auch die neue nationalkonservative Regierung in Warschau hat während ihres Vorsitzes im Ostseerat zu diversen Treffen auf Ministerebene eingeladen.

Auf der regionalen Ebene ist die europäische Welt also noch erkennbar heiler, als das zwischen den Regierungen in den Hauptstädten Europas der Fall ist. Gleichwohl spürt man auch auf der regionalen Ebene eine veränderte Stimmung. Ich finde, Rainer Wiegand hat sehr zutreffend auf einige wichtige Punkte hingewiesen.

Ich will einiges ergänzen und mich darauf beziehen. Herr Kollege Bernd Voß, Sie waren ja bei den Vorgesprächen zur Ostseeparlamentarierkonferenz für den Resolutionsentwurf für uns dabei. Es ist sehr verdienstvoll, dass Sie diese Arbeit auf sich genommen haben. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie uns berichtet, dass das Thema **Arbeitnehmerfreizügigkeit** bei unseren Partnern in Osteuropa und dem Baltikum durchaus nicht auf das gleiche Maß an Begeisterung stößt, wie das vielleicht oder tatsächlich bei uns der Fall ist. Ich muss das gar nicht einschränken.

Bei unseren östlichen Nachbarn sieht man dieses Thema natürlich sehr viel deutlicher unter dem Aspekt der Abwanderung der Begabtesten und der Bestqualifizierten. Es ist also ein Brain-Drain, den die Menschen und die Regierungen sowie die dortigen Politiker sehen, der individuell natürlich mit enormen Chancen verbunden ist für diejenigen, die beispielsweise nach Deutschland oder woanders in die prosperierenden Teile der EU gehen. Das ist aber für die betroffenen Staaten und Volkswirtschaften durchaus nicht in gleichem Maße eine glückliche Entwicklung.

Nehmen wir einmal das Beispiel Polen. Es gibt ein enormes Wachstum der polnischen Wirtschaft seit 2004, also seit dem Beitritt zur EU. Aber in der EU-Statistik gibt es dort immer noch das viertniedrigste Pro-Kopf-Einkommen. Man kann also sagen: Die makroökonomischen Daten auf der einen Seite und das, was mikroökonomisch, also im Portemonnaie ankommt, stehen noch nicht in einem Einklang.

(Dr. Ekkehard Klug)

Deshalb finde ich auch den Hinweis wichtig, den Regina Poersch vorhin gegeben hat. Für unsere Nachbarn in Osteuropa wird das Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit immer mitgedacht mit dem Begriff faire Löhne. Es ist kein Wunder, dass dieser Begriff auch dabei auftaucht.

(Beifall FDP)

In der Entwicklung, die ich beschrieben habe, liegt übrigens auch einer der Gründe zuletzt für die Wahl der nationalkonservativen PiS-Regierung in Polen. Denn die Empörung der Abgehängten, der Unzufriedenen ist zumindest zu einem Teil dort die Ursache für diesen Rechtsruck gewesen. Das kann man durchaus in gewisser Weise parallelisieren mit Entwicklungen, wie wir sie beim Brexit oder jetzt bei der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA gesehen haben. Zumindest ist das ein Teil der Erklärung.

Die Schlussfolgerung ist für mich also, dass Europa nur dann, wenn die EU das Versprechen einlösen kann, als Wohlstandsgemeinschaft Vorteile für alle zu gewährleisten, auch wieder stärkeren Rückhalt erlangen wird.

Letzte Anmerkung: Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA könnte vielleicht für Europa zumindest einen Vorteil haben. Diese Spekulation will ich mal wagen oder diese Hoffnung will ich zum Ausdruck bringen. Sie könnte nämlich den Vorteil haben, dass die Europäer nach der zentrifugalen, das **vereinte Europa** auseinandertreibenden und untergrabenden Entwicklung der letzten beiden Jahre nun vielleicht wieder enger zusammenrücken wird. Den Osteuropäern ist jedenfalls bei dem Gedanken an die Arm in Arm auftretenden Präsidenten Trump und Putin richtig der Schrecken in die Knochen gefahren. Vielleicht werden sie deshalb nun auch kooperationsfreudiger im Verhältnis zu ihren Partnern in der EU. Das ist aber kein Grund für Häme. Den gleichen Gedanken sollten wir Deutsche auch hegen und uns vielleicht auch nahebringen; denn wir sind die Europameister der Alleingänge in der EU in der letzten Zeit gewesen.

(Beifall FDP)

Und auch wir haben ein Interesse daran, dass dieses Europa wieder zusammenkommt. Anderenfalls wird Europa in der Weltpolitik neben den USA, China und Russland überhaupt keine Rolle mehr spielen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Danke schön. Für die Piratenfraktion erteile ich jetzt das Wort der Frau Abgeordneten Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass trotz aller Probleme, die jetzt aufgerissen worden sind, die wir aber nicht zu Ende diskutieren können, deutlich wird, dass es hier eine breite politische Unterstützung sowohl für den Ostseebericht der Landesregierung gibt, den wir wohlwollend zur Kenntnis nehmen, als auch für die weitere Arbeit im Hinblick auf das **Parlamentsforum Südliche Ostsee** und die **Ostseeparlamentarierkonferenz**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade wieder ist angesprochen worden: Das Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel ist gerade in der jetzigen Zeit ein wichtiges Instrument für den gemeinsamen Dialog. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir wohl sagen, dass wir manchmal gedacht haben: „Hoffentlich klappt es diesmal wieder, dass wir eine gemeinsame Position finden.“ Ich bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, und das betrifft insbesondere Bernd Voß.

(Beifall SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vom Dialog zur friedlichen Zusammenarbeit, der Verabschiedung und Umsetzung gemeinsamer politischer Positionen ist es ein langer und steiniger Weg. Ich hoffe, dass es auch in Zukunft gelingen wird, diesen Weg gemeinsam zu gehen und bestimmte Streitigkeiten schlichtweg beiseitezulassen.

Wie lang und steinig dieser Weg sein kann, zeigt das Übereinkommen zum Beispiel zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen innerhalb Europas. 1985 wurde das Schengener Übereinkommen unter anderem von Deutschland unterzeichnet und 1990 ratifiziert.

Unser nördlicher Nachbar **Dänemark** trat im Dezember 1996 bei, und 2001 sind die **Grenzkontrollen** endlich weggefallen. Wir werden uns weiter damit auseinandersetzen müssen. Knapp 15 Jahre später nämlich wurden die Grenzkontrollen stichprobenweise wieder eingeführt.

Gerade deshalb, glaube ich, ist es so wichtig, Zeichen gegen die nationale Abschottung zu setzen, egal, wo sie auftauchen. Europa und vor allem die Menschen, die ihr Vertrauen in ein gemeinsames Europa und in die Zukunft eines friedlichen Euro-

(Angelika Beer)

pas immer mehr verlieren, brauchen offene Grenzen. Viele von uns haben kein Verständnis, wenn aus populistischen Gründen temporäre Kontrollen wieder eingeführt werden, gerade in unserer Grenzregion. Der freie Austausch von Ideen ist doch das Fundament für das friedliche Zusammenleben der europäischen Regionen und Kulturen. Auch das wird an den Resolutionen, die wir diskutieren, deutlich. Dies muss, gerade auch angesichts zum Beispiel der aktuellen Situation in Großbritannien - Brexit als Stichwort -, verstärkt gefördert werden. Das ist unsere Verantwortung, und der Landtag nimmt sie wahr.

Aus diesem Grund wollen wir die Resolution des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee und der 25. Ostseeparlamentarierkonferenz ernst nehmen und umsetzen. Diese Veranstaltungen dürfen nicht zu Lippenbekenntnissen werden. Der Kollege Klug hat es angesprochen: Durch gemeinsame Initiativen können wir auch die Demokratien in jenen Ländern stützen und stärken, die sonst eher regierungsabhängig positive Nachrichten senden, und damit können wir die Gemeinsamkeit im parlamentarischen Raum stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich will kurz die Krim ansprechen. Wir alle haben das Vorgehen Russlands zu Recht verurteilt. Aber gerade in diesen Parlamentsforen wird wahnsinnig deutlich, dass der **Dialog mit Russland** unverzichtbar ist. Er ist unverzichtbar. Er ist schwierig, er ist manchmal wirklich so, dass man sagt: Können wir das demokratisch verantworten? Wie weit gehen wir? Aber diesen Dialog wird es nur mit und nicht ohne Russland geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind einige Punkte angesprochen worden. Ich will nicht alles wiederholen. Der Ostseeraum ist eine der wohlhabendsten Regionen Europas. Lasst uns unsere Nachbarn mitnehmen. Lasst uns aufmerksam sein. Das Beispiel Lettland ist angesprochen worden.

Die Breitbandversorgung in der gesamten Ostseeregion gehört zu den Kernanliegen nicht nur meiner Fraktion, sondern wir wissen, dass dadurch auch Mobilität, Flexibilität, Ausbau und Forschung für einen gemeinsamen **Arbeitsmarkt** gestärkt werden und dass dies zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels bei den Ostseerainern beitragen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch kurz den **Umwelt- und Naturschutz** ansprechen. Ich denke, wir sollten ihn nicht ignorieren; das tun wir ja auch nicht. Die konsequente Umsetzung der Wasserrahmen- und Nitratrichtlinie ist nicht nur für

die Wasserqualität wichtig, sondern für das Ökosystem insgesamt. Letztendlich ist es für die Fischerei von entscheidender Bedeutung. Dass die Europäische Kommission Deutschland wegen steigender Nitratbelastungen des Grundwassers vor dem EuGH verklagt, ist konsequent; denn wir müssen hier unsere Hausaufgaben machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und freue mich auf die weiteren Beratungen der Resolution im Ausschuss. Wir werden den meisten Punkten zustimmen und freuen uns auf die nächste Konferenz. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Nun hat für die Kolleginnen und Kollegen des SSW die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede anfangen möchte, möchte ich noch einmal etwas zu dem Abgeordneten Rainer Wiegand sagen. Es ist nicht richtig, dass das Regionskontor in Padborg nur von deutscher Seite aus finanziert wird. Da gibt es in der Tat auch dänische Partner. Der Ursprung ist in Deutschland und Dänemark gewesen. Die Region Sønderjylland, der Kreis Schleswig-Flensburg und Nordfriesland sowie die Stadt Flensburg haben sich zusammengetan, um etwas für ihre Region zu tun. Insofern beruht das nicht nur auf deutscher Seite.

Die Ostsee ist mehr als nur endlose Weiten, goldene Sonnenuntergänge und beschauliche Inseln; vielmehr ist es vor allem eines: Nachbarschaft. Wir in Schleswig-Holstein haben diese Denkweise verinnerlicht, und dies wird nicht nur im aktuellen **Ostseebericht** der Landesregierung deutlich. Schleswig-Holstein ist ein aktiver Partner in dieser Nachbarschaft und wird nicht müde, den Ball auch nach Rückschlägen wieder aufzunehmen. Das zeigt wieder, dass wir es wirklich ernst meinen mit unserem Engagement; denn wir müssen uns bewusst machen, dass in Zukunft bei all dem Fortschritt auch Rückschläge und Stagnation zu verzeichnen sein werden. Von Bedeutung ist ebenso, die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mitzunehmen, um der Angst vor der Globalisierung durch Transparenz entgegenzutreten. Fakt ist: Die nationalen Herausforderungen im Ostseeraum sind bisweilen beachtlich, was die Zusammenarbeit na-

(Jette Waldinger-Thiering)

türlich auch beeinflusst. Dessen sollten wir uns bewusst sein, und mit dieser Tatsache sollte die Landesregierung feinfühlig umgehen. Ich bin mir sicher, dass sie dies auch tun wird.

Im Sommer haben meine Kollegen vom Europaausschuss und ich das 25-jährige Bestehen der **Ostseeparlamentarierkonferenz** in Riga gefeiert. In den 25 Jahren ist der Kreis der Mitglieder weiter angewachsen. Die Zusammenarbeit hat sich weiter professionalisiert, und in der kommenden Zeit gibt es noch viel zu tun. Ganz grundsätzlich geht es darum, mehr Vergleichbarkeit zu schaffen, um die Umsetzung in allen Regionen besser darstellen zu können. Mit den Ergebnissen aus der Darstellung kann dann konkret analysiert und weitergearbeitet werden. Von daher ist es ganz entscheidend, die Informationen letztendlich an den richtigen Stellen zusammenzutragen.

In Riga haben wir uns neben der Verstetigung der Zusammenarbeit im Ostseeraum im weitesten Sinne mit dem Thema Wirtschaftsraum beschäftigt. Thematisch gesehen ist die Konferenz quasi direkt an unser **Parlamentsforum Südliche Ostsee** ange-dockt, welches im Juni bei uns in Kiel stattgefunden hat. Von mir und vom SSW von hieraus noch einmal ein ganz großer Dank an die Mitarbeiter des Europareferats der Landtagsverwaltung. Sie haben eine hervorragende Arbeit geleistet. Deshalb konnten wir hier auch so ein tolles Parlamentsforum abhalten. Tausend Dank hierfür.

(Beifall SSW, SPD, PIRATEN und vereinzelt CDU)

In dem Parlamentsforum haben wir uns mit dem Forcieren des nachhaltigen Wirtschaftens auseinandergesetzt. Dabei ging es insbesondere um die Landwirtschaft und die Fischerei. Die Herausforderung besteht vor allem darin, die Sicherung der Wertschöpfung herbeizuführen, ohne allzu große Strukturbrüche vorzunehmen, und dabei gleichzeitig die Umweltentwicklung weiter voranzutreiben. Gerade was die **Umweltpolitik** angeht, brauchen wir einander im und um den Ostseeraum.

Deshalb ist es absolut richtig, dass die Resolution auch Bezug auf das UN-Klimaschutzabkommen nimmt. Nur gemeinsam können wir diese Ziele auch erreichen. Dieses Thema wird uns also auch bei den kommenden Tagungen begleiten. Für uns als SSW ist dabei entscheidend, das Meer ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu lenken, wenn wir über Klimaschutz reden. Ziel muss es sein, Schleswig-Holstein als eine echte maritime Modellregion mit Vorbildcharakter weiterzuentwickeln.

Die Sicherheit auf See sollte dabei eine ebenso große Rolle spielen wie der Umweltschutz. Ich glaube, an dieser Stelle sollten wir als Land nicht mit Elan und Ehrgeiz zurückhaltend sein. Wir sollten auf EU-Ebene dafür werben, weitere, gerne auch längerfristige Projekte in Anlehnung an das Clean Baltic Sea Shipping auf den Weg zu bringen; denn der Schutz des Meeres kann sich schließlich eher schlecht als recht auf Projektbasis verstetigen. Wir sollten also nicht zögern klarzustellen, dass in puncto Weiterentwicklung der integrierten **Meerespolitik der EU** ein Nachschlag beziehungsweise weiterer Aufschlag dringend nötig ist.

Alles in allem ist im Ostseebereich ganz genau dargestellt, wie die Zusammenarbeit der Landesregierung mit unseren Nachbarn der Ostsee aussieht und was sie bezwecken soll. Das Handlungsfeld ist nahezu umfassend und anspruchsvoll. Wir als Parlamentarier sollten darauf achten, dass man sich auf dieser Position nicht ausruht.

Denn um eine echte Vorreiterrolle Schleswig-Holsteins zu erwirken, ist noch eine weite Wegstrecke zu gehen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Aber jetzt kommen noch einige Sätze.

(Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe 2014 gesagt, als wir nach **Kaliningrad** reisen sollten: Wir wollen nicht schweigen, wir wollen reden und reisen. - Deshalb ist das ein ganz wichtiger Punkt. Ich habe mal wieder das letzte Wort in dieser Runde.

(Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Weißt du doch gar nicht!)

- Da magst du recht haben, Heiner. - Ganz wichtig ist, dass wir uns als Ostseeparlamentarier im Ostseeraum weiterhin vernetzen. Denn das ist der einzige Austausch, den wir haben. Gute Gespräche helfen manchmal und meistens auch, um Themen besser zu verstehen oder auch kleine Probleme zu beseitigen.

Insofern freue ich mich auf nächstes Jahr, wenn wir wieder reisen sollen. Mit euch zusammen können wir hoffentlich etwas Ordentliches erreichen.

(Heiterkeit und Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das macht ja neugierig. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, die Drucksachen 18/4843 und 18/4844 dem Europaausschuss zu überweisen. Darüber hinaus soll der Antrag Drucksache 18/4844 dem Wirtschaftsausschuss und dem Bildungsausschuss und der Antrag Drucksache 18/4843 dem Umweltausschuss jeweils zur Mitberatung überwiesen werden. So hat es die Kollegin Poersch beantragt. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4397. Der Ausschuss empfiehlt die Kenntnisnahme des Berichts. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung.

Meine Damen und Herren und insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, möchten Sie an der Abstimmung teilnehmen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Haben wir doch!)

- Es gibt eine Neuabstimmung über den Bericht der Landesregierung. Kenntnisnahme? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp, es gab zwei Abstimmungen. Aber das können wir gern an anderer Stelle vertiefen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das war eine Sammelabstimmung! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das fällt nicht auf!)

- Wir klären das noch, wir haben ein bisschen Zeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 a auf:

Bericht zur Geflügelpest

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/4881

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das

Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Danke, dass ich die Gelegenheit habe, über den aktuellen Sachstand beziehungsweise rückblickend über die letzte Woche zu berichten. Ich will dem Bericht einen Dank vorwegschicken für die konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen und Parteien in diesem Haus. Das ist bei solchen Situationen nicht selbstverständlich. Ich hoffe, dass wir es geschafft haben, zeitnah zu informieren. Das war immer mit heißer Nadel gestrickt - das räume ich ein -, aber eigentlich war immer der gute Wille vorhanden, allen möglichst schnell Informationen zukommen zu lassen - jedenfalls wenn es relevant war. Manchmal waren das SMS von mir auf die Handys der agrarpolitischen Sprecher. Nicht immer habe ich jeden Abgeordneten vor Ort erreicht. Johannes Callsen, ich hatte deine Handynummer nicht mehr, aber ich hoffe, dass das doch bei dir angekommen ist.

(Johannes Callsen [CDU] signalisiert Zustimmung)

Sehr geehrte Damen und Herren, vor zehn Jahren hatten wir schon einmal Geflügelpest in Schleswig-Holstein. Vor zwei Jahren gab es einen Verdacht auf H5N8 in Mecklenburg-Vorpommern. Vor zehn Jahren gab es in Schleswig-Holstein den Erreger H5N1. Damals wurden den gesamten Winter über etwa 1.000 Vögel gesammelt. Nur wenige, etwa 10 bis 20, hatten dieses Virus. In diesem Jahr ist das anders. Wir haben in einer Woche mehrere hundert Vögel untersucht. Wir haben Proben genommen. Alle Proben sind Treffer. Das heißt: Dieses Virus ist pathogener und offensichtlich aggressiver als die Geflügelpest vor zehn Jahren. Entsprechend weitläufig und entsprechend radikal waren unsere Maßnahmen.

Sie erinnern sich, dass wir vor anderthalb Jahren ein **Aufstellungsgebot** entlang der Gewässerlinien, der Seen, der Küsten im Abstand von 3 km zu diesen Gewässern erlassen haben. Das hat bereits zu erheblichen Debatten geführt. Dieses Jahr haben wir gleich das gesamte Land in dem Wissen unter Aufstellungsgebot gestellt, dass das erhebliche Probleme mit anderen Rechtsbereichen sowie Konflik-

(Minister Dr. Robert Habeck)

te auslösen wird. An dieser Stelle sei nur der **Tierschutz** genannt. Natürlich werden die Tiere jetzt indoor gehalten, was nicht Ziel der Landwirtschaftspolitik ist. Perspektivisch kann es zu Konflikten kommen mit Freilandverordnung und Biolandverordnung, weil die Tiere eigentlich nur zwölf Wochen lang eingestallt leben dürfen. Aber das ist noch etwas länger hin. Wir wissen aber nicht, wie sich das Szenario entwickelt. Dennoch halten wir es für geboten, so vorzugehen, weil das Virus so aggressiv ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, PIRATEN und SSW)

Die infizierten Tiere, die wir finden, waren wohlgenährt. Das heißt: Sie haben kein langes Siechtum hinter sich, sondern sie sind sehr schnell gestorben. In den beiden Fällen, die wir jetzt haben und in denen **Nutztierbestände** befallen waren, war das der Fall. Beim großen Fall in Twedt mit den 30.000 Hühnern waren es am ersten Tag nur wenige Tiere, dann mehrere Hundert, und als die Keulungsaktion durchgeführt wurde, also 36 Stunden später, schon mehrere Tausend Tiere. Die Geflügelpest grassiert wirklich.

Wir haben entsprechend eine zweite Verordnung in Kraft gesetzt, die ab Morgen gilt. Auch sie stellt einen radikalen Schnitt dar; das will ich einräumen. Danach muss die Biosicherheit in Betrieben mit unter tausend Tieren derjenigen in den großen Betrieben entsprechen. Das heißt: Es ist eine andere Kleidung, ein Overall, anzuziehen. Man braucht anderes Schuhwerk, wenn man in die Ställe geht. Es wird eine Matte mit Desinfektionsmittel davor benötigt. Desinfektionsmittelspender für die Hände sind vor den Ställen anzubringen, und die entsprechenden Vorschriften sind einzuhalten. Auch das gibt Ärger; das ist mir wohl bewusst.

Einige Halter sagen: Mit meinen drei Hühnern muss ich jetzt solche dramatischen Aktionen machen. - Der Punkt ist, dass wir, wenn eines dieser drei Hühner Geflügelpest bekommt, im Umkreis von 3 km einen Sperrbezirk einrichten müssen. Wir haben sehr viele größere Betriebe. Das heißt dann, dass, wenn ein Huhn krank wird, Betriebe mit etwa 30.000 Legehennen keine Eier mehr ausliefern dürfen - und das wochenlang.

(Zuruf SPD: Genauso ist es!)

Insofern appelliere ich an dieser Stelle an die **Solidarität von allen Geflügelhaltern**, auch von denjenigen, die davon leben müssen.

(Beifall)

Deswegen kommt es nun zu diesem Schritt, der in der Tat erheblich ist.

Der Bund allerdings wird nachziehen. Am 18.11. - so ist es angekündigt - wird der Bund die Biodiversitätssicherungsverordnung für ganz Deutschland erlassen. Wir schwimmen also ein bisschen vor der Welle des Bundes.

Der Bund selbst hat einen Krisenstab einberufen - das kann ich nur begrüßen -, um die Maßnahmen der Länder zu koordinieren. Die Staatssekretäre werden sich absprechen. Die Bundesinstitute werden in diesen Ablauf integriert. Das Friedrich-Loeffler-Institut und die Bundesanstalt für Risikobewertung sind für uns die Referenzinstitute. Sie sagen - das zu betonen, ist mir wichtig -, dass der **H5N8-Virus** ein **Geflügelvirus** ist und noch nicht beim Menschen nachgewiesen wurde. Gemäß diesem Ergebnis der Bundesinstitute ist die Gefahr einer Infektion von Menschen sehr unwahrscheinlich.

Weiterhin gibt es kleinere Maßnahmen. Wir haben ein **Bürgertelefon** eingerichtet, sodass die Polizei dauernd erreichbar ist. Dies wird vom MELUR begleitet, sodass auch Fachpersonal zugegen ist. Wir reden mit den Jägern, dass sie möglichst die Jagd auf Wasservögel jetzt einstellen, damit die Tiere nicht aufgeschreckt werden, weit wegfliegen und das Virus im Land verbreiten.

Ich kann Ihnen mitteilen - das wäre wahrscheinlich vor vier bis fünf Tagen noch eine große Nachricht gewesen, aber heute ist das eine Routinemeldung -, dass wir einen elften **Sperrbezirk** einrichten werden. Das wird vielmehr der Kreis Schleswig-Flensburg tun, weil an der Flensburger Förde bei Glücksburg ein totes Tier mit bestätigtem Befall mit H5N8-Virus gefunden wurde, sodass wir inzwischen tote Tiere aus allen Arten haben: Enten, Möwen, Reiher, Schwäne, Tauchenten und Gänse. Weiterhin sind auch Bussarde und Raben, die infiziert waren, gefunden worden. Das Virus ist also in der freien Natur präsent. Da werden wir es auch nicht herausbekommen. Das ist eine **Influenza-Epidemie**, von der keiner vorhersagen kann, wie lange sie in Schleswig-Holstein bleibt und wie weit sie sich ausbreiten wird. Aber sie wird uns noch eine Weile beschäftigen; das dürfte sicher sein. Unsere Aufgabe ist es, zu versuchen, das Virus von den Nutztierbeständen fernzuhalten und dafür geeignete Maßnahmen zu treffen.

Schließen möchte ich - ich habe mit dem Dank an die Parteien und an die Fraktionen begonnen - mit dem Dank an alle, die sich dieser Aufgabe stellen. Das sind im Moment nicht wenige Personen. Das

(Minister Dr. Robert Habeck)

sind die Kreisveterinäre. Das sind die ehrenamtlichen Helfer. Als wir diese Keulungsaktion durchgeführt haben, mussten ungefähr - jetzt rate ich - 50 Leute auf ihr Wochenende verzichten. Die Polizei hat Sonderschichten gefahren. Die Johanniter haben eine Feldküche aufgebaut. Das Rote Kreuz stand Gewehr bei Fuß, falls den Leuten schlecht wird oder sie krank werden. Die Freiwillige Feuerwehr hat alles abgesperrt. All diese Leute hätten sonst auch mit ihren Kindern auf dem Sofa liegen und das Fußballspiel Deutschland gegen San Marino schauen oder das tun können, was man sonst am Sonntag mit der Familie macht. Das alles ist nicht selbstverständlich, deswegen möchte ich herzlichen Dank dafür sagen.

(Beifall)

Schließen möchte ich mit dem Dank an alle, die gegenwärtig im Ministerium - stellvertretend für alle nenne ich Frau Dr. Wallner -, im Landeslabor, im Friedrich-Loeffler-Institut und auf der Kreisebene mitarbeiten, und das häufig bis 22 Uhr. Sie leisten Sonderschichten und bilden das Rückgrat dieser Krisenbewältigung. Ihre Arbeit nötigt mir großen Respekt ab. - Vielen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die Fraktionen haben jetzt jeweils 7 Minuten Zeit, ihre Redebeiträge zu halten. Ich erteile das Wort zunächst der SPD-Fraktion zu und rufe Frau Abgeordnete Sandra Redmann auf.

Sandra Redmann [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für den ausführlichen Bericht! Er verdeutlicht, in welcher angespannten, ja ernster Lage wir uns zurzeit in Schleswig-Holstein befinden. Umso wichtiger ist es, gerade mit einem solchen Thema richtig umzugehen - mit Bedacht, Souveränität und vor allem Transparenz. Dies ist Ihnen gelungen, sehr geehrter Herr Minister Habeck. Dafür möchte ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich danken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Uli König [PIRATEN])

- Herr König, Sie müssen das ja nicht so sehen. Das können Sie auch sagen. Aber ich sehe es so.

Herr Minister, die von Ihnen getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen waren und sind richtig. Es

muss absolute Priorität haben, ein weiteres Ausbreiten der Vogelpest zu verhindern. Sofortige **Unterstützung der Öffentlichkeit** und des Parlaments, regelmäßige Aktualisierungen und das zügig eingerichtete Bürgertelefon - das waren wichtige Schritte, um Vertrauen zu schaffen. Dies ist gerade bei einem solchen Thema unerlässlich. Da ist es gut, auch vor Ort ansprechbar zu sein, damit die Betroffenen ihre Sorgen und Nöte vortragen können. Vor Ort können wir auch erläutern, welches die weiteren Schritte sein werden.

Viele der notwendigen Maßnahmen werden für die Geflügelhalter, ob mit großen oder mit kleinen Beständen, große Probleme mit sich bringen. Bei allen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, ist aber Prävention das Allerwichtigste. Das Ausbreiten muss, wie ich schon betont habe, verhindert werden.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Labore, die in unterschiedlicher Form an der Bewältigung der Krise mitwirken, möchten auch wir ausdrücklich danken. Wir werden sie auf diesem Weg weiterhin begleiten und unterstützen. Das kann ich Ihnen zusichern. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Namen der CDU-Fraktion - ich spreche sicherlich im Namen des gesamten Parlaments - schließe ich mich dem Dank an. Es ist eine höchst dramatische Situation bei uns eingetreten. Schleswig-Holstein ist das erste Bundesland in Deutschland, das von dem sehr pathogenen Keim der **H5N8-Vogelpest** befallen wurde. Wir stellen uns immer wieder die Frage: Warum?

Vor zehn Jahren - ich erinnere mich gut daran - hatten wir hier in Schleswig-Holstein ähnliche Vorfälle. Die große Panik brach aus. Im norddeutschen Raum war ein Schaden in Millionenhöhe zu beklagen. Genau deswegen ist es richtig, dass die Schritte, die jetzt über das Ministerium und die Fachbehörden eingeleitet werden, konsequent durchgezogen werden.

(Heiner Rickers)

Herr Minister, Ihre Angst, dass die Menschen, die im System arbeiten - ob sie von der Geflügelzucht leben müssen oder ob sie sie als Hobby betreiben -, in irgendeiner Form Probleme mit der Umsetzung haben, ist unberechtigt; zumindest herrscht Verständnis für die angeordneten Maßnahmen. Alle haben begriffen, dass das, was auf uns zurollt, zu unwahrscheinlich großen Problemen, zu richtig großen Einbußen für die Menschen, die betroffenen Tiere und das gesamte System der Nutztier- und der Hobbyhaltung im Geflügelbereich führen kann.

Nicht nur das: Nach wie vor ist nicht ganz geklärt, wie wir im Zuge der Beschränkungen mit den anderen Nutztieren umgehen sollen. Es gibt einen **Sperrbezirk mit einem Radius von 3 km** um den Fundort eines positiv getesteten oder toten Tieres; das Beobachtungsgebiet hat einen Radius von 10 km. Es ist schwierig festzulegen, wie zu verfahren ist, wenn in diesem Gebiet andere Tiere transportiert werden müssen. Das betrifft aber eher Nutztiere, weniger Tiere im Hobbybereich. Es gibt durchaus Schweine-, Rinder- oder Pferdehalter, die gleichzeitig zehn Hühner halten. Vielleicht hält auch der Nachbarbetrieb Geflügel. Zum Teil spielt auch **Wildgeflügel** eine Rolle. Die Tiere werden zum Teil in offenen Fahrzeugen transportiert und können dadurch diesen pathogenen Keim weiter schleppen. Um dies zu verhindern, müssen Sie klare Antworten in die Öffentlichkeit senden, Herr Minister.

Ein Hinweis von mir: Im **Hobbybereich** ist es oft so, dass die Betroffenen nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen, wenn es um Maßnahmen der Hygiene und um sonstige **Vorsorgemaßnahmen** geht. Dabei geht es zum Beispiel um die Frage, woher ich ein anerkanntes Desinfektionsmittel für ein Fußbad bekomme. Vielleicht ist es möglich, einen Landeszuschuss zu gewähren, damit solche Desinfektionsmittel über die Ordnungsämter beziehungsweise die Kreise kostenfrei in kleinen Dosen zur Verfügung gestellt werden können.

Sicherheit geht vor. Einige Fragen sind, wie gesagt, noch zu klären. Uns, die wir die Entwicklung über viele Jahre hinweg beobachtet haben, beschäftigt folgendes Phänomen: Riesige **Zugvögelschwärme** aus dem östlichen Raum, vornehmlich aus Sibirien, aber auch aus Fernost, kommen nach Mitteleuropa. Mit Voranschreiten der Kälte ziehen sie immer weiter in Richtung Süden, wo es wärmer ist. Merkwürdigerweise ist viel Geflügel betroffen, vor allem die genannten Nutztiere. Die großen Zugvögel aber, zum Beispiel die Gänse, scheinen resistent zu sein. Wir fragen uns, warum dem so ist. Darauf müssen

Antworten gefunden werden. Wenn wir den Bestand der Wildgänse an der Küste sehen - auch darüber ist hier im Parlament mehrmals gesprochen worden -, machen wir uns natürlich berechtigt Sorgen, da der Bestand, der täglich anwächst, zu riesigen Problemen führen kann.

Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft und seine norddeutschen Landesverbände weisen seit Jahren auf dieses Problem hin. Wir müssen dem entgegenwirken. Große Bestände rasten nicht mehr nur an der Küste, sondern mittlerweile auch im Binnenland. Sie halten sich oft an Binnengewässern auf, weil der Platz an der Küste schon knapp wird. Ich formuliere es platt: Wir füttern die Tiere an und umsorgen die riesigen Wildgansbestände. Wir sorgen dafür, dass es ihnen so gut geht, dass sie sich stark vermehren, das heißt, immer mehr werden; Lars Harms, du kannst es bestätigen. Dann fliegen sie zum Brüten Richtung Osten und kommen im Jahr darauf mit der ganzen Familie wieder. Das kann auf Dauer so nicht gehen. Das Problem wird sich noch verschärfen.

In Mecklenburg-Vorpommern ist schon ein Verbot der Jagd auf alles, was sich in der Luft befindet, ausgesprochen worden. Das hat Sinn, darüber sollte man auch in Schleswig-Holstein nachdenken. Sie können sich sicher sein, dass damit nicht nur die Gänseproblematik, sondern ein Stück weit auch die andere eingedämmt werden könnte. Die Jäger hätten dafür Verständnis.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sie können darauf bauen, dass wir alle die Problematik erkannt haben und gemeinsam an einer Lösung, zumindest nicht an einer Verschärfung, arbeiten werden. Natürlich denken wir an diejenigen, die betroffen sind. Wir denken an diejenigen, die in der Angst leben, morgen in einem Sperrbezirk zu landen, was ihre komplette Existenz infrage stellen würde. Insofern danken wir für die Wachsamkeit und das schnelle Umsetzen der Maßnahmen. Ich habe versucht, Ihnen Hinweise aus der Praxis mitzugeben. Ich hoffe, dass sich angesichts all der Sicherheitsmaßnahmen das Ganze von allein erledigen wird und dass wir kein großes Chaos erleben werden. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön an den Minister für seinen Bericht, aber auch für die stets nüchternen Darstellungen der Situation in der vergangenen Woche.

Ebenfalls geht unser Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums, der Untersuchungslabore, der Kreisveterinärbehörden und der vielen anderen, die in den letzten Tagen erhebliche Mehrarbeit geleistet haben. Wir danken auch den vielen ehrenamtlich Tätigen, die mitgewirkt haben, um der Ausbreitung dieser Seuche Einhalt zu gebieten.

Wir haben in Schleswig-Holstein bisher noch keinen vergleichbar schwerwiegenden Fall gehabt. Es ist gut, dass die Landesregierung die Dimension so schnell erkannt und sofort nach der **Identifizierung des Erregers** die richtigen Schritte eingeleitet hat. Es handelt sich um den **Virustyp H5N8**, der anscheinend besonders aggressiv ist - der Minister hat es ausgeführt -, daher wird er auch als Geflügelpest bezeichnet.

Wir wissen, wie schwierig die Situation vieler Geflügelhalter durch die Aufstallungspflicht ist. Aber die Einschätzung des Risikos - da unterstützen wir den Minister voll und ganz - ließ überhaupt keine andere Wahl zu als die Entscheidung vom Dienstag vergangener Woche.

(Beifall)

Auch die Einbeziehung kleinerer Betriebe in die besonderen Bio-Sicherheitsmaßnahmen, die - wenn ich richtig weiß - ab morgen greifen, ist aus Vorsorgegründen unverzichtbar.

Es mag ein Stück weit schizophren sein, dass gerade die Betriebe, die artgerechte **Freilandhaltung** betreiben, davon am härtesten betroffen sind. Es müssen Wege gefunden werden, bei längerem Andauern der Sperre den Freiland- und den Ökostatus für die Betriebe zu sichern. Die Maßnahmen, die die Landesregierung konsequent und kurzfristig ergriffen hat, sind erforderlich und richtig gewesen.

Welche Ausmaße der Ausbruch einer Geflügelpest mit diesem Erreger erreichen kann, dazu ganz kurz ein paar Zahlen aus dem vergangenen Jahr aus den USA. In den Geflügelhochburgen des Mittleren Westens der USA, besonders in den Staaten Iowa und Minnesota, mussten im vergangenen Jahr mehr als 43 Millionen Hühner und Puten getötet werden. 30 Millionen Legehennen waren dabei; das entspricht etwa 10 % der US-Eierproduktion. Eine

durchschnittliche amerikanische Hühnerfarm hat 1,5 Millionen Hühner. Das macht deutlich, in welchem Ausmaß gekeult werden muss. Vier der US-Bundesstaaten haben den Notstand ausgerufen.

Die immer stärker werdende **Konzentration der Tierhaltung**, die im Geflügelbereich am weitesten fortgeschritten ist, stellt nicht nur ein Umweltproblem dar, sie birgt auch Risiken und hat Konsequenzen bei der Seuchenhygiene.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Daher müssen bei der Ergründung der Ursachen auch die Wege in der sehr differenzierten Erzeugungskette, soweit es möglich ist, betrachtet werden, um beim nächsten Mal besser und klarer davor zu sein.

Aber das konsequente Handeln war gut und richtig. Mit uns wird es kein Wildvogelflugverbot geben. Wir müssen ein bisschen vorsichtig bei der Diskussion sein, wo die Ursachen und wo die Wirkungen liegen. Das Thema ist zu differenziert für Spekulationen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank an den Minister anschließen für seine Information heute und generell an die Fachsprecher, den Landtag und vor allem die Öffentlichkeit und die Betroffenen. Ich halte alle getroffenen Maßnahmen für absolut unterstützenswert und richtig.

(Beifall)

Die **Stallpflicht** ist ohne Zweifel geboten. Natürlich muss jetzt den betroffenen Geflügelhaltern mit Rat und Tat zur Seite gestanden werden. Ich habe zur Kenntnis genommen und begrüße, dass die Regierung über die aktuelle Nachschiebeliste gestern den Titel „Erstattung für Tierverluste, insbesondere an den Tierseuchenfonds“ um rund 125.000 € erhöht hat. Auch das ist eine richtige Maßnahme.

(Vereinzelter Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(**Oliver Kumbartzky**)

Mein Dank und Respekt gilt den betroffenen Geflügelhaltern, die keine Kosten und Mühen scheuen, die entsprechenden Schutzmaßnahmen umzusetzen, um die Geflügelpest einzudämmen. Es ist für alle eine sehr anstrengende, schwierige Situation. Man kann nur hoffen, dass die Situation schnell vorübergeht.

Auch die betroffenen Anwohner sollten einmal erwähnt werden. Auch sie erfahren durch die neuen Vorschriften Einschränkungen. Es ist gut, dass die ganze Bevölkerung bei dem Thema kooperiert.

Nicht zu unterschätzen ist auch der **Einsatz der Helfer vor Ort** wie etwa bei dem Großeinsatz im Kreis Schleswig-Flensburg. Herr Dr. Habeck, Sie haben es erwähnt. Gerade den Feuerwehrleuten, THW, Johannitern et cetera ist großer Dank auszusprechen, weil so eine Situation auch für Hartgesottene sehr belastend ist, ein ganzes Wochenende lang, ohne Schlaf, quasi rund um die Uhr.

(Beifall)

Es bleibt abzuwarten, woher die Ursachen kommen und ob es gelingt, die Geflügelpest einzudämmen. Natürlich ist da noch viel Unterstützung vonnöten.

Gleichzeitig ist eine Lage wie diese für uns alle und die Gesellschaft an sich auch eine Mahnung, dass die Einsatzkräfte, wie beispielsweise die Löschzüge Gefahrgut, top ausgestattet sind. Denn Lagen wie diese oder Katastrophenfälle können immer wieder passieren, ohne dass man damit rechnet.

Herr Dr. Habeck, wir unterstützen Sie hier gern, wir stehen an Ihrer Seite. Was Sie machen, halten wir in diesem Fall für absolut richtig. Sie gehen einen richtigen Weg. Wir begrüßen das, was das Land in dieser Krise gerade tut. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Nun hat für die Piratenfraktion die Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

(Unruhe)

Angelika Beer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Robert Habeck, ich kann für meine Fraktion sagen: Wir bedanken uns für die sofortige Information, für ein transparentes Vorgehen, auch gegenüber der Öffentlichkeit, und den Versuch, immer ruhig zu bleiben, um Panik zu verhindern.

Ich habe gerade einmal viereinhalb Jahre Revue passieren lassen, wenn wir hier Unterrichtungen der Landesregierung angefordert haben. Wir sind ja immer für einen Streit zu haben. An dieser Stelle kann ich aber sagen: Sie haben in Ihrem Bericht alles ausgeführt. Alles Weitere an Diskussion ist überflüssig. Vielen Dank und viel Glück weiterhin!

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Schließlich erteile ich für die Kollegen des SSW Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wie schon erwähnt hatten wir vor rund zehn Jahren in Deutschland bestätigte Fälle von Vogelgrippe mit dem H5N1-Erreger. Seinerzeit war die Verunsicherung deutlich zu spüren, wie mit einer solchen Lage umzugehen ist. Es wurden zwar Krisenstäbe eingerichtet, und es gab seinerzeit auch Notfallpläne für solche Lagen, aber rückblickend können wir feststellen, dass man vielerorts nicht wirklich vorbereitet war.

Ich rede hier nicht von Schleswig-Holstein, aber es wurden Fehler gemacht, Zuständigkeiten waren nicht geklärt, und es gipfelte in gegenseitigen Schuldzuweisungen in der öffentlichen Diskussion. All das hat damals natürlich nicht dazu geführt, dass die Bevölkerung besonderes Vertrauen in die Schutzmaßnahmen hatte. Auch die Art und Weise der Berichterstattung hat damals nicht zu einer sachlichen Aufklärung geführt.

Nun haben wir wieder bestätigte Fälle der **Vogelgrippe**, und ich stelle fest: Es hat sich seit 2006 vieles geändert. Mit der ersten Bestätigung des Vogelgrippevirus wurde bei uns im Land die Maschinerie in Gang gesetzt. Unser Umweltminister Robert Habeck hat sofort alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet und die Öffentlichkeit sachlich aufgeklärt. Er hat über den Erregertyp informiert, über die eingeleiteten Maßnahmen berichtet, ein Bürgertelefon eingerichtet und zusätzliche relevante Informationen auf der Homepage des MELUR eingestellt, die regelmäßig aktualisiert werden. Hierfür möchte ich mich bei dem Minister und seinen Mitarbeitern bedanken.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN - Unruhe)

In so einem Fall, gerade zu Beginn einer solchen Lage, ist ein unaufgeregter und sachlicher Umgang

(Flemming Meyer)

notwendig, um die Bevölkerung zu informieren, damit es nicht zu Überreaktionen kommt.

Besondere Aufmerksamkeit gilt im Moment den Geflügelhaltern und -züchtern im Land, denn sie befinden sich in einer Situation, in der sie nicht wissen, inwieweit ihr Bestand von der Seuche unberührt bleibt. Für die Betriebe und die Familien ist das eine unheimlich belastende Situation.

Die strengen Restriktionen, die absolut notwendig sind, und die damit verbundenen Maßnahmen stellen alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Auf allen Ebenen arbeiten derzeit viele auf Hochtouren. Daher gilt auch all denen unser Dank, die helfen, die Seuche einzudämmen und zu bekämpfen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag mit der Drucksachennummer 18/4881 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr und wünsche Ihnen bis dahin allen einen guten Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:00 Uhr